

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränummerando: Viertel-
jährlich 3,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. 50 Pf. Monat. Einget.
in der Post-Beilage-Preisliste
für 1896 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die
fünftägige Beilage oder deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen 20 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr Vor-
mittags geöffnet.

Korrespondenz: Juni 1. Nr. 1895.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntag, den 27. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Wie Hans Blum zitiert.

Wir haben in unserer gestrigen Nummer bereits nachgewiesen, daß die entscheidenden Stellen, welche Hans Blum dem französischen „Politischen Jahrbuch“ entnommen hat und durch welche er den Beweis dafür geliefert zu haben behauptet, daß General Boulanger mit deutschen Sozialdemokraten Beziehungen angeknüpft habe zu dem Zwecke, damit sie, wenn Frankreich den Krieg an Deutschland erklärt hätte, im Hintergrunde der deutschen Heere die Revolution entfesselten, und so die Wehrkraft unserer gegen Frankreich kämpfenden Brüder schwächen und sie zwischen zwei Feuer brächten, theils gefälscht wiedergegeben sind, theils dadurch jeder Beweiskraft entbehren, daß diese Angaben, durch andere, aber von Blum unterschlagene Stellen desselben Buches widerlegt werden.

Daß die Angaben, auf welche sich Hans Blum stützt und durch welche er die deutsche Sozialdemokratie „moralisch vernichtet“ zu haben glaubt, von General Boulanger herrühren, und daß dieser die Schrift, aus welcher Blum zitiert, zum Zwecke der eigenen Verteidigung gegen die schwerste Anklage, welche gegen einen Staatsbürger und Soldaten gerichtet werden kann, geschrieben hat, das müßte für jeden anständigen Mann schon genügen, Angaben aus solcher Quelle mit größter Vorsicht zu begegnen. Seit wann gelten Angaben eines Angeklagten, die dieser zum Zwecke seiner Vertheidigung vorbringt, als zweifelsfreie Thatfachen, die einer Nachprüfung nicht bedürfen?

Herr Hans Blum hat aber nicht nur diese Nachprüfung unterlassen, er hat sogar, wie wir nachgewiesen haben, Stellen, die das Gegenheil von seinen Schlussfolgerungen beweisen, unterschlagen. Dieses Verfahren nach Gebühr zu würdigen, können wir ruhig den anständigen Angehörigen aller Parteien überlassen.

Im nachstehenden wollen wir nun zeigen, wie Herr Blum die deutschen Quellen behandelt hat, aus welchen er die Beweise beibringen will, daß: „die deutsche Sozialdemokratie (bereits war) zu der kritischen Zeit, von der Boulanger spricht, daß wir „dem Kriege niemals näher waren“, d. h. zu Anfang 1887 und beim Schnäbele Fall (20. April 1887) — zur Ausführung der feinen Dienste, die Boulanger von seinen Soldaten im Lager der deutschen Sozialdemokratie erwartete.“

Die Dienste, von denen in dem vorstehenden Zitate die Rede ist, sollten nach Blum darin bestehen, daß die durch Boulanger gekauften Führer der deutschen Sozialdemokratie „vom Vorabend des Kriegsausbruches“ an das revolutionäre und vaterlandslose Programm ihrer Partei in Thaten umsetzten und damit die Widerstandskraft der deutschen Heere gegen Frankreich brachen, mindestens erheblich abschwächten.

Läßt auf Seite 173 unserer Partei die Bereitwilligkeit zu diesem Vaterlands-Verrat verhanden war, das will Herr Blum durch „eine Reihe amtlicher Zeugnisse“, die die Führer der deutschen Sozialdemokratie selbst auszusprechen die Freundschaft hatten“, beweisen.

Welchen Werth diese „amtlichen Zeugnisse“ des Herrn Blum haben, wollen wir im nachstehenden zeigen, indem wir neben den Blum'schen Zitaten die wirklichen Äußerungen, wie sie in den stenographischen Berichten enthalten sind, wiedergeben.

Herr Blum führt als ersten Zeugen für seine Anschuldigung unseren Genossen Grillenberger an, von dem er schreibt:

„Als zu Ausgang des Jahres 1886 die Kriegsgefahr aufs höchste gestiegen war, schloß Herr Grillenberger im Reichstag am 4. Dezember eine Rede gegen die deutschen Heeresbedürfnisse mit den Worten:

„Jeder derartigen Forderung der Regierung gegenüber haben wir nur ein Wort, das entschiedene, unabänderliche non possumus! Eine Kommissionsberatung halten wir eigentlich für überflüssig, aber wir werden uns daran betheiligen, um zu hören, was für Aufschlüsse vom Kriegsminister gegeben werden sollen, und um diese Aufschlüsse beim Volke zu verwerthen.“ (Stenogr. Bericht. S. 102.)

Die vorstehend angeführte Äußerung Grillenberger's lautet im amtlichen Stenogramm:

„Eine Kommissionsberatung hielten wir eigentlich für vollkommen überflüssig, aber wir werden uns trotzdem betheiligen, um zu hören, was eigentlich für Aufschlüsse seitens des Herrn Kriegsministers gegeben werden sollen, und um diese Aufschlüsse beim Volke dann zu verwerthen. (Zuruf.) Im übrigen, m. H., haben wir gegenüber jeder derartigen Vorlage nur einen Standpunkt, nur eine Antwort, und das ist ein entschiedenes, unabänderliches non possumus.“

Die Scheu vor jedem ehrlichen Zitiere, welche bei Herrn Blum, wie wir noch weiter zeigen werden, zur wahren Manie ausgeartet ist, hat ihn dazu gebracht, die von Grillenberger ausgesprochenen Sätze einfach umzukehren und den Anfang an das Ende und dieses an die Spitze zu setzen. Indes kommt dieser Punkt kaum in Betracht gegenüber den sonstigen Leistungen, die wir noch aufzudecken haben.

Blum fährt, nachdem er die Äußerung Grillenberger's zitiert hat, fort wie folgt:

„Der Kriegsminister Brosart v. Schellendorf hatte schon tags zuvor, am 3. Dezember, erklärt (Sten. Bericht S. 70), daß er in der Kommission diese Aufschlüsse nur geben könne mit Rücksicht auf die Verschwiegenheit der Kommission. Herr Grillenberger aber wollte in dieser Kommission, obwohl er und seine Genossen der Militärforderung doch nur ein „unabänderliches non possumus“ gegenüberstellen, nur erscheinen, um die Aufschlüsse des Kriegsministers beim Volke — d. h. natürlich auch beim französischen Volke — zu verwerthen.“ Der Kriegsminister nagelte den fränkischen Cicero sofort auf diesem Geständnis fest (Sten. Bericht S. 108) mit den Worten:

„Der Herr hat die Bereitschaft seiner Partei erklärt, an den Verhandlungen der Kommission theil zu nehmen, nicht um daran mitzuwirken, sondern um Kenntniß von dem zu erhalten, was dort gesprochen wird, um dasjenige, was im Interesse des Deutschen Reiches nicht im Plenum verhandelt, sondern in der Kommission vertraulich besprochen wird, an die Öffentlichkeit zu bringen.“

trüchtigkeit begangen haben, wenn ich nicht gefürchtet hätte, nicht nur mir, sondern auch den Meinigen den Lebensunterhalt abzuschneiden. Glaubt zu mir, Messant?

Armer Burche! sagte René mit mir.

O ja, armer Burche! erwiderte Caprolaz. Ein armer Burche, der das Gewand eines bezahlten Spasmachers trägt! Da ich sie so lange getragen, lebt die Maske jetzt fest auf dem Gesicht. Schließlich bin ich wirklich so geworden, wie ich sein wollte. Ich habe schließlich mit der Ehre und dem Leben von Menschen gespielt, die hundert mal besser waren, als ich, und ich weiß wirklich nicht mehr, ob ich noch im Stande bin, wieder in die Haut des braven Burche, der seinen Freunden, wenn nicht gar seinen Feinden treu bleibt, zurückzutreten. Doch habe ich es versucht. Am Tage nach unserem Duell habe ich den „Unparteiischen“ laufen lassen. Es war mir, als müßte ich dort fortan in dein Blut getauchtes Brot essen. Ich weiß wohl, daß dadurch nichts besser wird, leider. Willst du mir trotzdem verzeihen, Messant, und mir die Hand reichen?

René reichte ihm schweigend die Hand. In diesem Augenblick erschien Frau Messant, die durch die lange Dauer der Unterhaltung, die den Kranken erwidern mußte, benommen war. Ihr Sohn wies auf Caprolaz, der gedemüthigt und traurig mit gesenktem Kopfe fortging.

Mutter, sagte er, gib ihm auch die Hand. Er ist unglücklicher als ich.

XVIII.

Und wieder verging ein Tag nach dem andern. René begann aufzustehen und umherzugehen. Aber als er zum ersten Male die Treppe hinabsteigen wollte, war seine Wunde aufgebrochen, und er war von neuem zur Ruhe verurtheilt.

Tennoch litt er weniger, als er gefürchtet hatte, unter dieser gezwungenen Ruhe. Er konnte lesen, schreiben, und es war ihm sogar durch Caprolaz' Vermittelung gelungen,

Obwohl Blum nur amtliche Zeugnisse beibringen will und er die vorstehende Äußerung des Kriegsministers, wie alle seine übrigen Zitate, in Gänze einleitet, was doch den Anschein erwecken soll, als zitiere er wörtlich, so ist das doch keineswegs der Fall. Herr Blum giebt auch die Rede des Kriegsministers in gefälschtem Texte wieder, in Wirklichkeit lautete dieselbe: (Sten. B. S. 108).

„Ich muß gerade zunächst auf denjenigen Herrn näher eingehen, welcher der Vorlage ein festes non possumus entgegen-gesetzt hat, welcher gleichwohl die Bereitschaft seiner Fraktion erklärt hat, an den Verhandlungen in der Kommission theilzunehmen, nicht um daran mitzuwirken im Interesse einer Verständigung, sondern, wie er sagte, um Kenntniß zu erhalten von dem, was dort gesprochen wird, um es im Interesse des Volkes zu verwerthen.“

Mit Rücksicht auf diese Äußerung möchte ich doch hier die Frage aufwerfen, wie denn der Herr Abgeordnete und event. andere Herren seiner Fraktion zu der Pflicht stehen, die Erklärungen, die ich da in vollster Offenheit zu geben bereit bin, vertraulich zu behandeln. (Sehr richtig! hört, hört!)

Ich kenne die politischen Gesinnungen und politischen Grundsätze dieser Partei nicht hinlänglich, um mir selbst im Augenblick darauf eine Antwort zu geben; aber das erkläre ich schon jetzt: wenn der Herr Abgeordnete seine Theilnahme an der Kommission nur dazu begehrt, um dasjenige, was hier im Interesse des Deutschen Reiches im Plenum nicht verhandelt wird, sondern in der Kommission vertraulich besprochen wird, an die Öffentlichkeit zu bringen, so würden wir recht unangenehme, mir persönlich recht unangenehme Schranken in Bezug auf die Darlegung der Verhältnisse da auferlegt werden.“

Auf diese Ausführungen des Herrn Kriegsministers gab unser Genosse in Gestalt einer persönlichen Bemerkung in derselben Sitzung sofort nachfolgende Erklärung ab (St. B. S. 114/15):

„Die Art und Weise, wie der Herr Kriegsminister das sagte, hat den Anschein gehabt, als ob wir gewissermaßen landes-verrätherische Absichten hätten bei etwaigen solchen Aufschlüssen. Ich muß darauf erklären: Der Herr Kriegsminister hat gestern, als er davon sprach, daß in der Kommission Aufschlüsse gegeben werden würden, nichts davon erwähnt, daß das vertrauliche Aufschlüsse sein würden. Wenn in der Kommission solche vertraulichen Aufschlüsse kommen, dann kann der Herr Kriegsminister ja sagen: Das ist etwas, was ich als vertraulich aufzufassen bitte. Wenn mir das nicht paßt, kann ich sagen: Das akzeptiere ich nicht; dann kann der Herr Minister seine Aufschlüsse für sich behalten. (Lebhafter Widerspruch.)“

Ich führe das nur als Möglichkeit an, erkläre aber zu gleicher Zeit, daß uns das gar nicht einfallt; im Gegentheil, wenn der Herr Kriegsminister mit solchen vertraulichen Aufschlüssen kommt, dann werden wir dieselben, wenn sie uns als solche bezeichnet werden, genau so respektiren, wie die Herren von den anderen Parteien.

Was ich mit der Verwerthung sagen wollte, bezog sich darauf, daß wir den Geist, der sich in den Kommissions-verhandlungen widerspiegelt, selbstverständlich unseren Wählern schildern werden, und wir selbstredend auch berechtigt sein müssen, unsere politische Stellung nach diesen Verhandlungen zu richten. Etwas anderes wollte ich damit nicht ausdrücken.“

einige Aufsätze und Skizzen zu veröffentlichen. Eine schwache Bewegung der Sympathie schien sich für ihn geltend zu machen, seit man wußte, daß er verwundet war, und die letzten Monate waren einträglich genug gewesen, um ihm zu gestatten, daß er seine Genesung geduldig abwartete.

Allein, warum hatte sein Freund Henri Roveray, sein Gergensbruder, ihm nur ein lakonisches Billet geschickt, das sich unter der Fülle der übrigen Bezeugungen der Theilnahme und der Wünsche fast verlor? René wußte, daß er sich nach ihm erkundigt hatte, als seine Thür noch vor anderen verschlossen gehalten wurde. Aber seitdem waren nur diese wenigen Zeilen gekommen. Zweifellos war Henri für die Osterferien nach der Schweiz gegangen. Und dennoch wunderte und betrübte dieses Schweigen den Nelsonvaleszenten.

Endlich erkannte er den Poststempel Beven auf einem schwarzumrandeten Briefe, den er in fieberhafter Hast nicht ohne eine Vorahnung öffnete. Das Schreiben lautete folgendermaßen:

Mein lieber Lehrer und Freund,
Nein, wir haben Sie hier nicht vergessen, wir haben in der letzten Zeit viel an Sie gedacht. Doch waren wir selbst durch sehr ernste Ereignisse in Anspruch genommen. Meine Schwester ist seit drei Wochen Witwe.

René unterdrückte einen Schrei. Annette, Witwe! Annette frei! Wollte das Glück ihm wirklich noch einmal leuchten? Mit der mitleidlosen Grausamkeit der Leidenschaft gegen alles, was sich ihr in den Weg stellt, sah er in dem Tode des Mannes, der ihn von der jungen Frau trennte, nur das Verschwinden eines Hindernisses.

Er wollte weiterlesen. Aber der Brief zitterte ihm in der Hand, die Buchstaben tanzten ihm vor den Augen. Er mußte einige Minuten warten, um die Fortsetzung lesen zu können.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Am Exil.

62

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Caprolaz schwebte einige Augenblicke. Er schien vor einem Geständnis, das ihm schwer wurde, zu zögern. Endlich begann er mit der plötzlichen Entschlossenheit eines Mannes, der sich in das Wasser stürzt, mit leiser Stimme:

Du mußt alles erfahren. Ich fürchtete meine Stellung beim „Unparteiischen“ zu verlieren, weil ich Geld brauchte, viel Geld. Du fragst, warum? Nun, ich über-liefere Dir mein Geheimnis. Ich habe eine Frau und vier Kinder. Eine Frau, die ich nicht heirathen kann, weil sie verheiratet ist, eine Französin, die mich dort drüben in Amerika liebt, die mir alles geopfert hat, die mich nach Paris gefolgt ist und der ich, das wirst Du zugeben, ein Stück Brot und auch ein wenig Komfort schuldig bin. Für sie und unsere Kleinen habe ich soviel zusammen-geschieben, den Rücken gebeugt, bin ich eine Schreib-maschine geworden, ein Mädchen für alles. Wir wollten eben leben.

Caprolaz las auf René's Antlitz ein nur schlecht ver-hülltes Stöhnen. Er fuhr traurig fort:

Ich verstehe, Du erkennst Caprolaz nicht wieder, der immer sagte: Ich pfeife auf alles. Siehst Du, ich will mich nicht besser machen, als ich bin. Ich bin der Versuchung gegenüber schwach. Ich liebe ein behagliches Leben, ich mache es mir zum Vorwurf. Ich habe nicht, wie Verdier und Du, den Muth, arm zu sein. Aber, glaube mir, ich würde niemals einen Freund verrathen, eine Nieder-

Diese Erklärung Grillenberger's, welche jeden Zweifel über das Verhalten unserer Abgeordneten gegenüber eventuellen vertraulichen Mittheilungen ausschloß, unterzeichnet hat Hans Blum seinen Lesern.

Mit seinem Worte nimmt er Notiz von derselben, dagegen schreibt er:

„Was würde in Frankreich damals einem Abgeordneten geschehen sein, der offen in der Kammer eingestanden hätte, er wolle sein Abgeordneten-Mandat nur dazu mißbrauchen, um die vertraulichen Mittheilungen des Kriegsministers in der Deeres-Budgetkommission der Öffentlichkeit zu verrathen?“

Als zweites amtliches Zeugniß führt Herr Blum, eine Rede unseres verstorbenen Genossen Haseklee an.

Blum schreibt da:

Am 8. Januar 1887, kurz vor der Auflösung des Reichstags wegen Verweigerung des Septennats und der Wehrvorlage, sagte Herr Haseklee:

„Wenn Sie das Volk (!) durch das Sozialistengesetz so arg quälen, dann können Sie auch in Zeiten der Gefahr auf das Volk sich nicht verlassen (Lachen). Und am 12. Januar (Sten. Bericht S. 362) sagte er hinzu: „Ein Krieg (gegen Frankreich) erscheint dem arbeitenden Volk als gar keine Gefahr.“ Ferner S. 364: „Wir werden uns der Abstimmung enthalten (ah!) — wie 1870! — Wir wollen diesen häuslichen Krieg (!) — denn weiter ist es doch nichts — nicht führen.“

Für die Schlamperci, mit der Herr Blum seine Artikel zusammen stolpert, ist es bezeichnend, daß Haseklee am 8. Januar 1887 überhaupt nicht gesprochen hat. Die am 12. Januar gehaltene Rede unseres Genossen, aus der Herr Blum einzelne Sätze heraus gerissen hat, um dadurch ein total entstelltes und gefälschtes Bild zu geben, lautet wie folgt (St. B. S. 362):

M. H.! Es ist ganz etwas anderes, wenn Sie im Lande selbst das Volk zur Verteidigung seiner Interessen aufrufen können. Wenn Sie das Volk so stellen, daß es dem Vaterlande treu sein will, wenn Sie solche Einrichtungen treffen, dann wird keine Kriegsgefahr vorhanden sein. Aber wenn Sie das Volk durch das Sozialistengesetz, durch Polizeimaßregeln, durch die sogenannte Puttkamererei so arg quälen, dann können Sie auch in Zeiten der Gefahr auf das Volk sich nicht verlassen (Lachen).

Wenn Herr Haseklee erklärt hat, daß die Männer, welche Unglück durch ihr Verhalten über das Vaterland heraufbeschworen, eigentlich zur Verantwortung gezogen werden müßten, so will ich dem nicht widersprechen. Aber ich erkläre, wenn er alle Leute, die schon Unglück über das Vaterland heraufbeschworen haben, zur Rechenschaft einzeln einmal ziehen will, so kann er sich in seiner Nachbarschaft umsehen, von wo aus so viel Unglück gegenwärtig über das Vaterland heraufbeschworen, daß ein Krieg unter Umständen dem arbeitenden Volk als gar keine Gefahr erscheint. So steht die Sache!

Die Bemerkung wegen dem „häuslichen Krieg“, welche Blum in einer Form bringt, als ob Haseklee einen eventuellen Krieg in Frankreich damit habe bezeichnen wollen, befindet sich auf Seite 366 der Stenographischen Berichte und bezieht sich auf Anträge der liberalen Parteien, die Präsenzliste nur auf drei statt, wie die Regierung verlangte, auf sieben Jahre zu bewilligen. In bezug auf diesen nebensächlichen Punkt erklärte Haseklee:

„Wir werden nun bei der Abstimmung, ob sie heute, ob sie morgen kommt, bei allen diesen Amendements, auch beim Amendement Payer, uns der Abstimmung enthalten. (Ausruf: Ah!) Wir wollen diesen häuslichen Krieg — denn weiter ist er doch nichts — nicht führen; für uns ist es keine Prinzipienfrage, ob drei Jahre, ob sieben Jahre.“

Herr Blum behauptet weiter in seinem Artikel, daß die sozialdemokratische Partei 1887 als Großpensionärin Frankreichs in den Wahlkampf gezogen sei. Und zwar soll dies ganz in

den selben Gesinnungen und Absichten geschehen sein, welche jene unbekannten sozialdemokratischen Pensionäre Boulangers bis zum „Vorabend des Kriegsausbruchs“ in ihres Herzens Schrein verschlossen. Denn das amtliche Parteiblatt, der „Sozialdemokrat“, brachte im Januar 1887 an seiner Spitze die Quittungen über die aus Frankreich an die deutsche Sozialdemokratie für Reichstagswahlen eingelaufenen sehr bedeutenden Beiträge. Und unmittelbar darunter, als Gegenleistung, einen Zeitarbeitsartikel „Zu den Reichstagswahlen“, welcher den französischen Spendern die vaterlandlose Gesinnung der deutschen Sozialdemokratie zur weitestgehenden Verfügung stellte. Denn da heißt es:

„Die Reichstags-Wahlen bedeuten nichts anderes, als einen Protest gegen alles, was im Reiche besteht, gegen das Reich selbst, gegen die kaiserliche Regierung, gegen die Gesellschaftsordnung, gegen die Heeresmacht des Reiches, gegen die Produktionsweise, kurz gegen alles.“

Enthält also nach Blum alle diese Dinge sein durch die Abgeordneten v. Friesen in der Sitzung des

„Sie wollen wissen, wie sich dies zugegetragen hat? Habe ich Ihnen gesagt, daß Herr de Marand (der Vater) vor acht Monaten gestorben ist? Sein Sohn war kaum Herr des Vermögens, als er sich daran machte, es mit einem holländischen Durs zu verlinken. Was mein Schwager in diesem Winter an Yvoorne fieschen, an Champagner schäumen ließ! Wie oft hat der Unglückliche seine Vernunft im Glase gelassen!

Ich würde Ihnen von dieser unangenehmen Seite seines Lebens nichts erzählen, wenn sie nicht die Ursache seines Todes gewesen wäre. Am Abend des 28. März hatte mein Schwager nach einem sehr reichlichen Souper mit Kameraden die Idee, eine Kahnfahrt bei Mondschein zu machen. Wahrlich! waren die Herren weder im Kopf noch in den Füßen mehr fest. Der Kahn schlug um, man eilte sofort herbei, um die Unvorsichtigen zu retten. Herr de Marand, der am längsten im Wasser gewesen war, wurde bewußtlos in das Haus getragen. Eine Stunde später war alles zu Ende. Eine Konzeption, sagte uns der Arzt.

Sie können sich denken, welche Unruhe dieser Unglücksfall mit sich brachte. Aber dies allein hinderte mich nicht, Ihnen zu schreiben. Wir wollten nicht, daß Sie durch eine der üblichen Traueranzeigen in Ihrem Krankbett überlastet werden sollten und haben einige Zeit gewartet in der Hoffnung, daß dieser Brief Sie wieder wohl auf finden würde.

Schreiben Sie uns bald, und glauben Sie sowie Ihre Mutter an unsere herzlichste Zuneigung.

Ihr ergebener

Henri Roveray.

Neu! Las den Brief noch einmal, wie wenn er fürchtete, der Spielball einer Einbildung zu sein. Er erwog alle Sätze aufs genaueste und suchte in die Gedanken des Schreibers einzudringen, er glaubte zwischen den Zeilen Annette zu sehen, die nicht unwirksam war, und als er daran dachte, was von nun an Möglichkeit war, wurde er ganz bleich und seine Augen stammten.

(Fortsetzung folgt.)

Reichstags vom 10. Januar 1886 (Sten. Ber. S. 362) und dem Abgeordneten Dr. G. H. in der Reichstags-Sitzung vom 5. Mai 1887 (Sten. Ber. S. 445).

Die bei den Arbeiten des Herrn Blum übliche Schlamperci zeigt sich zunächst wieder darin, daß Herr von Friesen im Jahre 1886 gar nicht Abgeordneter zum Reichstag war, sondern erst im Februar gelegentlich der sogenannten Falschingswahlen gewählt wurde. Daß die Enthüllung also nicht am 10. Januar 1886 im Reichstage gemacht sein konnte, ist klar.

Allerdings hat Herr von Friesen im Reichstag einmal in „Enthüllungen über die Sozialdemokratie“ gemacht, das war aber am 10. Januar 1889 und das Nähere darüber ist auf Seite 372 n. f. im Sten. Ber. nachzulesen.

Herr von Friesen führte in der betreffenden Sitzung aus:

„Wir haben Beweise in die Hände bekommen, die ein Licht darauf werfen, warum unsere Wähler den Herren Sozialdemokraten ihre Stimmen nicht gegeben haben. Sie haben auf dem Tage in St. Gallen am 3. und 4. Oktober 1887 einen Bericht erstattet über ihre Verhältnisse; in diesem Berichte haben sie angegeben, daß sie 52 000 M. aus Frankreich zu den Wahlen bekommen haben. (Hört! hört!) Laß das sächsische Volk keine Lust hat, Herren zu wählen, die aus Frankreich zu den Wahlen unterläßt werden, das ist wohl sehr erklärlich.“

Auf diese Anzuspinnung antwortete unser Genosse Bebel in derselben Sitzung in Gestalt einer persönlichen Bemerkung sofort wie folgt:

„Der Abgeordnete Friesen hat Bezug genommen auf den Rassenbericht, der auf dem St. Gallener Kongress erstattet wurde, und der Richterfall war ich, und hat behauptet, daß über 50 000 M. aus Frankreich an den Wahlen der sozialdemokratischen Partei geleistet worden seien. Diese ganze Behauptung ist total falsch und unwahr, und ich fordere Herrn von Friesen auf, mir den offiziellen Bericht zu zeigen, in dem diese Angabe steht.“

Meine Herren, die Sache ist so, die ganze Summe, die aufgeführt ist, bezieht sich auf das Ausland überhaupt, und darunter sind weit über 40 000 M. aus den Vereinigten Staaten von Mexiko. Die übrigen Summen sind aus der Schweiz, aus England u. s. w. und aus Frankreich sind im ganzen vielleicht leider nur 300 Frank eingegangen.“

Statt die von Bebel geforderten Beweise für seine Behauptung beizubringen, quittierte der sächsische Junker über die ihm applizierte Ohrfeige wie folgt:

Der Herr Abgeordnete Bebel hat mich aufgefordert, ihm den Nachweis darüber zu bringen, daß in dem Rassenberichtsbericht die 50 000 M. aus Frankreich gestammt hätten. Ich gebe zu, daß ich mich darin irren kann, daß sie nicht allein aus Frankreich, sondern auch aus Amerika und anderen Staaten eingegangen sind. Sie sind aber sicher vom Auslande eingegangen, und Herr Bebel hätte die 50 000 Mark auch genommen, wenn sie aus Frankreich gekommen wären, denn er hat gesagt: leider haben wir aus Frankreich nur 300 M. bekommen.

Daß Herr Blum diese schmählische Retirade seines Landsmannes und Kartellbruders verschweigt und ebenso die Richtigstellung unseres Genossen Bebel, ist selbstverständlich.

Was die weiteren Angaben Blum's betrifft, wonach Dr. G. H. enthält haben soll, daß der „Sozialdemokrat“ im Januar 1887 an seiner Spitze die Quittungen über die aus Frankreich an die deutsche Sozialdemokratie für Reichstagswahlen eingelaufenen sehr „bedeutenden Beiträge“ enthalten habe, und daß als „Gegenleistung“ dafür „unmittelbar darunter“ ein Artikel gestanden habe, „welcher den französischen Spendern die vaterlandlose Gesinnung der deutschen Sozialdemokratie zur weitestgehenden Verfügung stellte“, so wissen wir nicht, ob Blum seinen Parteigenossen auch falsch oder ob er ihn ehrlich zitiert.

Was wir aber wissen und jeden Moment — zwar nicht durch amtliche Zeugnisse à la Blum — aber durch die betreffenden Nummern des genannten Blattes beweisen können, ist, daß die Angaben des Blum'schen Artikels auch in diesem Punkte von A—Z erfunden und erlogen sind. Weder in den fünf Nummern des „Sozialdemokrat“, welche im Monat Januar 1887 erschienen sind, befindet sich ein Artikel, in dem das von Blum „enthüllte“ Zitat enthalten ist, noch hat jemals ein solcher Satz überhaupt in dem genannten Blatte gestanden. Das Zitat ist eine aus den Fingern gesogene Lüge.

Was es aber mit den „bedeutenden Beiträgen“ auf sich hat, welche angeblich aus Frankreich gestiegen und im Januar 1887 an der Spitze des „Sozialdemokrat“ quittiert sein sollen, so konstatieren wir, daß während des ganzen Monats nur in der Nr. 5 ein Beitrag aus Frankreich quittiert ist und zwar lautet diese Quittung: P. D. 2 y o n 5 F r k s.

Was aus Frankreich überhaupt an Geld kam zu den 87er Wahlen, darüber hat Bebel vorstehend klaren Wein eingegossen.

So also sehen die „amtlichen Zeugnisse“ des Herrn Blum aus.

Unsere Leser werden jetzt begreifen, warum das „Leipziger Tageblatt“ trotz der Blum'schen „Beweise“ nach Quittungen über die ausgezahlten Bestimmungssummen schreit, wie der Hirsch nach frischem Wasser.

Das Tageblatt kennt den Werth der Blum'schen „Beweise“, es weiß, daß es sich dabei nicht nur um Fälschungen, sondern auch um dumme und plumpe Lügen handelt, hinter denen gar nichts steht und die nur Zeugniß ablegen für die blinde und ohnmächtige Wuth unserer Gegner.

Herr Blum erzählt im Eingange seines Artikels, daß in dem Prozeß, den er gegen uns angestrengt hat, das Gericht zur Annahme kam, daß er „war die Behauptungen in seinem Werke gutgläubig aufgestellt habe, daß sie aber nicht erwiesen seien.“

In dem betreffenden Prozeß gegen uns hatte sich Herr Hans Blum geweigert, sein Beweismaterial vorzuführen, daselbe konnte also vor Gericht nicht auf seinen Werth geprüft werden. Jetzt kennen wir dies Material und wir haben nachgewiesen, daß es Satz für Satz gefälscht ist, oder aus frei erfundenen Lügen besteht.

In Zukunft wird kein Richter mehr Gutgläubigkeit annehmen können, sondern es wird nur mehr die Thatsache zu konstatieren bleiben, daß mit einer Frivolität ohne gleichen gegen die größte politische Partei Deutschlands die Verleumdung in die Welt geschleudert wurde, ihre Führer haben gegen Bestechung die Hand zum Landesverrathe geboten.

Der Verleumder ist entlarvt — sein Urtheil brauchen wir nicht niederschreiben, jeder anständig Denkende wird es selber finden.

Zur deutschen Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895.

In Nr. 299 des „Vorwärts“ hatten wir die neue deutsche Berufsstatistik einer Besprechung unterzogen und nur nebenbei den Gewerbebogen mit ein paar Worten gestreift. Bei der großen Wichtigkeit dieses Gegenstandes — werden doch die Ergebnisse dieser Erhebung nicht nur wissenschaftlich von hohem Werthe sein, insbesondere nach der Richtung des zahlenmäßigen Nachweises der Fortschritte in der Auffassung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe, sondern auch einer Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen für lange Jahre als zahlenmäßige Grundlage dienen — verlohnt es sich wohl, der Gewerbezahlung ein paar besondere Betrachtungen zu widmen.

Über den landwirtschaftlichen Fragebogen, die sogenannte Landwirtschaftskarte können wir uns kurz lassen. Um einem der wichtigsten statistischen Prinzipien, der Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen gerecht zu werden, lehnt sie sich zweckmäßig an das 1882er Formular an, nur sind einzelne Fragen präziser gefaßt oder genauer ausgeführt. Während z. B. 1882 nach der Größe der zur Haushaltung gehörigen Fläche gefragt und erst in den Erläuterungen hinzugefügt wurde, daß hierunter Wirtschaftseinheit, also nicht rechtliche zu verstehen sei, ist diesmal gleich nach der Größe der von der Haushaltung aus bewirtschafteten Gesamtfläche gefragt worden. Hinsichtlich des so überaus wichtigen Besitzverhältnisses war 1882 nur die Pachtung erfragt worden, 1895 ist eine weitgehendere Detaillierung eingetreten, die, wenn sie gut ausgearbeitet wird, über die Besitzverteilung z. B. manchen neuen Aufschluß geben und somit die Beurteilung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse in der Landwirtschaft wesentlich fördern wird. So wird gefragt nach der Größe des „auf Halbscheid oder gegen einen anderen Ertragsantheil bewirtschafteten Landes“, nach dem „Anteile am Gemeindegeld (Almend, Gemeindegeld, Bürgergeld) zur zeitweiligen Benutzung“, nach der Größe des „Trutlandes“ (d. i. Kartoffelland, Feinland und dergl. als Teil des Bodens). Leider ist hier gar keine Frage nach der Güte des Bodens gestellt. Es wäre ja auch sonst Gefahr vorhanden, daß den Agrariern höchst unangenehme Thatsachen weiter bekannt würden, die auf ihre so überaus väterliche Arbeiterfürsorge doch ein bedenkliches Streiflicht werfen würden, zum Beispiel wenn sich so herausstellte, daß das dem Arbeiter als Teil des Bodens eingeräumte Trutland zum großen Teil auf minderwertigem Sandboden liegt u. s. w.

Nach hinsichtlich der Benutzung landwirtschaftlicher Maschinen ist eine bemerkenswerthe Erweiterung des Fragebogens eingetreten. 1882 befragte man sich noch damit, fünf Arbeitsmaschinen zu erfragen, 1895 ist diese Zahl auf 10, also das Doppelte gestiegen, auch ein Zeichen dafür, daß unsere Landwirtschaft aus dem alten kleinfäherlichen Betrieb, wo der Bauer mit eigener Hand und den allhergebrachten Geräthen, den ererbten Acker bestellte, sich immer mehr in moderne großkapitalistische Unternehmungen umwandelt, daß auch hier mehr und mehr an Stelle der Hand- die Maschinenarbeit tritt.

Außer den Fragen nach dem Viehstand folgen schließlich noch ein paar Fragen über die landwirtschaftlichen Nebengewerbe. Über die landwirtschaftlichen Arbeiter, die doch gewiß mit in erster Linie zum landwirtschaftlichen Betriebe gehören, über ihre Zahl, ihre Stellung, als Tagelöhner, als Instmann, als Fohrgänger, als Knecht oder Magd, über ihr Geschlecht, über ihren Zivilstand (ob verheiratet) u. s. w., darüber verlanst nicht das mindeste. Auch nach der Verwendung jugendlicher Arbeiter wird natürlich nicht gefragt. Es wäre doch auch ärgerlich, wenn zahlenmäßig festgestellt würde, wieviel arme Kinder z. B. die Schule verlassen müssen, damit die für Ordnung, Sauberkeit und Profit kämpfenden Zuckerbarone ihre Rüben billig verziehen lassen können. Dies gänzliche Ignorieren der Verhältnisse der Landarbeiter ist in der That auffallend, um so auffallender, als schon private Vereinigungen, wie der Verein für Sozialpolitik, sich bemüht haben, diese empfindliche Lücke durch private Erhebungen auszufüllen. Es scheint in der That, als ob die amtliche Statistik, ebenso wie der Bund der Landwirthe, die Nothlage der Landwirtschaft nur darin erblickt, daß die fallende Grundrente die ewig leere Tasche der Agrarier nicht mehr ausreichend füllt, aber die Nothlage der Landarbeiter — ja Bauer, das ist ganz was anderes. Die neue deutsche Statistik hat höhere Aufgaben, als daß sie sich hierum kümmern könnte.

Weit höheres Interesse bietet uns der Gewerbebogen, aus dessen Ergebnissen nachher ein genaues Gesamtbild der deutschen gewerblichen Thätigkeit hervorgehen soll. Er zeichnet sich schon auf den ersten Blick durch eine bemerkenswerthe Reichhaltigkeit der Fragen aus (14 zum Theil sehr ausführliche und detaillierte Fragen und zwei Anhänge).

Während vor der Gewerbebefreiheit die einzelnen Zweige gewerblicher Thätigkeit scharf von einander abgegrenzt und daher statistisch leicht erfassbar war, änderte sich dies nachher vollkommen. Die harten Grenzen wurden fließend und die Statistik sah sich plötzlich Stabilitätsgegnern gegenüber, die verschiedenartige Gewerbe in sich vereinigen, die sich daher in die Rubriken, in welche die Statistik die gesamte gewerbliche Thätigkeit zerlegt, nirgends einreihen konnten. Man greift daher auch diesmal wieder zu dem Mittel, diese Unternehmungen, die mehrere Gewerbe in sich vereinigen, in soviel selbständige Betriebe zu zerlegen, als sie Betriebe enthalten, ganz unbekümmert darum, daß hierdurch ein ganz falsches Bild von unserer gewerblichen Thätigkeit entsteht, daß so Zahlen entstehen, die nur scheinbar gemacht sind, denen nichts Thatsächliches entspricht. Die Zahl der einzelnen Eisenbahngesellschaften macht nicht den Werth der Eisenbahnen aus, sondern ihr Zusammenarbeiten, das einheitliche planmäßige Geseß dieser gewaltigen Organisation. Was sagt man nur, wenn ich weiß, in einer Stadt besteht ein Kohlen- und Eisenbergwerk, ein Hochofen, eine Eisengießerei, gegenüber der volkswirtschaftlich so eminent wichtigen Thatsache, daß diese vier Establishments einer einheitlichen Produktion von Eisenwaren dienen? Und was nützt dieser Auflösung eines Betriebes in seine einzelnen Theile bei den detaillierten Fragen gegenüber nachher eine fälschliche Benennung des Gesamtbetriebes, wie sie Frage 14 fordert? Und außerdem wird durch diese widernatürliche Trennung noch das erreicht, daß die Kleinbetriebe weit zahlreicher erscheinen als sie in Wahrheit sind, während die weitgehende Akkumulation der Industrie im Dunkel bleibt.

In der Berufsstatistik ist die Einheit, auf welche die Erhebung zurückgeht, das einzelne Individuum, dessen Beruf sie erfragt; in der Gewerbebefreiheit ist es der einzelne Betrieb; sein Besitzer, der Art und Dauer des Betriebes, die in ihm beschäftigten Arbeiter, die in ihm benutzten Maschinen, das sind die Momente, worauf der Gewerbebogen sein Augenmerk richtet.

Mit dem Besitzverhältnis beschäftigen sich 6 Fragen. 1 Frage nach Name und Firma, 2 nach der Wohnung des Besitzers, 3 nach dem Kommando, 4 ob eine Gesellschaft oder Korporation u. s. w. der Besitzer ist, 5 ob Pächter, Administrator u. s. w., und 6 ob das Gewerbe den Hauptberuf oder nur ein Nebenbeschäftigung des Besitzers ausmacht? Wie ersichtlich, wird das Besitzverhältnis mit aller Sorgfalt und nach allen Richtungen hin ausreichend erfragt, was ja in einem Klassenstaate, wo der Besitz das Maßgebende ist, weiter nicht Wunder nehmen kann. Hinsichtlich des Gewerbebetriebes selbst wird in Frage 3 nach dem Sitz, in Frage 4 nach der genauen Art respektive Spezialität gefragt, während Frage 5 die Dauer des Betriebes im Jahre, also die Saisonarbeit, berührt. Hier lag noch eine Frage nahe, die für die Produktion eines Gewerbebetriebes von größter Wichtigkeit ist, die Frage, ob die betreffende Unternehmung einem Kartell, Ring oder dergleichen angehöre. Doch hat man es offenbar vorgezogen, über diesen wichtigen Punkt den Mantel des Schweigens zu decken. Eine Sache, womit sich nicht nur der Parteitag der Sozialdemokratie,

sondern auch der altmodische Verein für Sozialpolitik beschäftigt, ist denn doch zu modern, als daß sie für amtliche Statistiker Interesse haben könnte.

Den breitesten Raum, wenn auch nicht der Zahl, sondern der Ausführlichkeit, der Fragestellung nach, nehmen die Fragen nach den Maschinen und dem Arbeiterpersonal ein. Und mit Recht, sind sie doch die beiden wesentlichsten Faktoren unserer modernen Industrie. Frage 11 bezieht sich auf die Art der benutzten Kraftmaschinen, ob Wind, Wasser, Dampf, Gas, Petroleum, Benzin, Aether, Heißluft, Druckluft, Elektrizität u. s. w., Frage 12 auf die Anzahl der Pferdekräfte, welchen diese Kraft- oder Umtriebs-Maschinen entsprechen. In Frage 13 wird die Zahl und Art der Arbeitsmaschinen in Betracht gezogen. In einem angehängten Verzeichnis sind für 6 Gewerbe (Industrie der Steine und Erden, Nahrungsmittel-Industrie, Holzindustrie, Textilindustrie, Metall- und Maschinenindustrie und Papier- und typographische Industrie), die in ihnen besonders zur Verwendung kommenden Arbeitsmaschinen, Apparate, Oefen u. s. w. aufgeführt, wobei aber die z. B. bei der Gewerbebeziehung von 1875 gegebene Vollständigkeit bei weitem nicht erreicht wird.

Es bleibt nun noch die Erhebung hinsichtlich des Arbeitspersonals übrig, womit sich die sehr ausführliche Frage 10 und 8b beschäftigt. Die Hausindustriellen, um dies gleich vorweg zu nehmen, werden auch diesmal wieder zum theil doppelt erfragt werden, einmal wird der Unternehmer unter 10 Ba die Hausindustriellen angeben, die in deren eigener Wohnung für ihn arbeiten, und dann werden sie selbst, soweit sie mit Gehilfen oder ihren Familienmitgliedern in ihrer eigenen Wohnung für ein fremdes Geschäft arbeiten, sich in Frage 8b eintragen. Leider ist bei den mitarbeitenden Familienangehörigen der Hausindustriellen garnicht nach dem Alter gefragt, während doch gerade deren Kinder schon im jüngsten Alter für den Geldsack des Unternehmers der Arbeit harte Qual auf sich nehmen müssen. Ob bei dieser Fragestellung das sogenannte sweating-System, die Zwischenmeister und ähnliche Ausbeuter erfaßt werden, was doch so bitter nötig wäre, erscheint uns zum mindesten sehr zweifelhaft. Von den außerhalb der Betriebsstätten thätigen Arbeitern werden — außer den erwähnten Hausindustriellen, Heimarbeitern u. s. w. — noch die Hausierer und die in Straf- und Besserungsanstalten für ein Geschäft thätigen Personen erfragt, und zwar für alle drei Arten die Zahl der am 1. Juni thätigen, und die Zahl der im Durchschnitt des Jahres oder der Betriebszeit in der Regel thätigen, beide nach Geschlechtern geschildert.

Die innerhalb der Betriebsstätten beschäftigten Arbeiter werden in 4 Gruppen getheilt, während 1882 b und c noch vereinigt waren:

- thätige Inhaber, Mitinhaber, Pächter, Geschäftsleiter
- Verwaltungs-, Komptoir- und Bureaupersonal (Prokuristen, Disponenten, Buchhalter, Rechnungsführer, Schreiber, Lehrlinge u. s. w., auch Handlungsreisende), darunter Lehrlinge: . . . männl. . . . weibl.
- technisches Aufsichtspersonal und höhere Techniker (Ingenieure, Chemiker, Werkführer und sonstige Betriebsbeamte),
- anderes Personal (Gehilfen), mit Einschluß der gewerbmäßig und regelmäßig als Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge im Betriebe beschäftigten Familienangehörigen.

Die unter d zusammengefaßten Arbeiter werden dann wiederum nach ihrer tatsächlichen Beschäftigung und in gelehrte und ungelehrte (gelehrte Arbeiter sind solche, die in der nebenbezeichneten Beschäftigung eine Lehrzeit durchgemacht haben) Arbeiter unterteilt; ein wesentlicher Fortschritt gegen früher, da nun z. B. ein Aftensmacher in einer Klavierfabrik nicht mehr unter den Klavierarbeitern, wie bisher figurirt wird, sondern unter den Tischlern u. s. w. Ferner soll für das unter d aufgeführte Personal noch angegeben werden, wie viel in der Regel im Jahresdurchschnitt beschäftigt werden, ob und wie viel verheiratete Frauen und Kinder unter 16 Jahren beschäftigt werden, die Zahl der Lehrlinge und diejenigen, welche im Hause des Betriebsunternehmers wohnen. Letztere Frage hätte auf das gesamte Personal ausgedehnt werden müssen, wenn sie brauchbare Resultate zu Tage fördern sollte. So wohnen die meisten Wäldergesellen im Hause des Meisters, so wohnt z. B. in der Schuttschneiderei ein großer Theil der Arbeiter in dem Etablissement u. s. w. Doch das sind nur kleine Ausstellungen. Was wir an diesem Punkte vor allem anzuführen haben, ist, daß eine Reihe wichtiger Fragen gänzlich fehlt, die zur Erkenntnis unserer sozialen Zustände und für unsere reichsdeutsche Sozialgesetzgebung von größtem Werthe sein müssen. So fehlt jede Frage nach der Arbeitszeit, nach der Ueberstundenarbeit, nach der Sonntagsarbeit, so fehlt jede Frage, ob die nötigen Sicherheitsvorrichtungen vorhanden, die Schutzmaßregeln getroffen sind, so fehlt auch jede Frage, ob Arbeiterauskünfte vorhanden sind u. s. w. u. s. w. Doch wir haben hier nicht auszuführen, was eine wirkliche Gewerbebeziehung in unserem Sinne erfragen müßte.

Betrachtet man den neuen Fragebogen mit dem der 1882er Föhlung, so ergibt sich, daß er in vielen Punkten sorgfältiger ausgeführt, detaillierter und umfassender gestaltet ist, daß er aber an wirklich neuen Gesichtspunkten eigentlich garnichts hinzugefügt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar.

Der Reichstag hat heute schnell gearbeitet. Die Gesetze über die Binnenschiffahrt und Flößerei, Gesetz über die Berufszählung und Verordnung wegen des Zollzuschlags gegenüber Spanien wurden in erster Lesung erledigt. In der Fortsetzung der Debatte über die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt sprachen noch der Antisemit Zimmermann, der Centrumsmann Wellstein und der wilde Bismarckswärmer Dr. Hagin. Nach diesen Neben, die nichts Neues boten, wurde die Vorlage einer Elgliebigen Kommission überwiesen. Der gleichen Kommission wurde nach kurzer Debatte, in der Gerlich in präziser Weise den Standpunkt der Partei darlegte, der Gesetzentwurf über die privatrechtlichen Verhältnisse der Flößerei überwiesen. Der nationalliberale Abgeordnete Placke nahm bei der Verhandlung über diesen Gesetzentwurf Anlaß, ebenso unrichtige wie unaufrichtige Vorwürfe gegen unser Blatt vorzubringen, die wir in einer besonderen Notiz (Der Schutz der Flößereirechte) gebührend zurückweisen. Eine etwas längere Debatte rief der Gesetzentwurf über die Berufs- und Gewerbebeziehung hervor. Die Debatte begann mit einer längeren Rede des Abgeordneten Schoenlant und wurde von dieser beherrscht. Wir verweisen in bezug auf dieselbe unsere Leser auf die ausführliche Wiedergabe in unserem Reichstagsbericht. Dem Unterstaatssekretär v. Rottenburg waren die Ausführungen des sozialistischen Redners recht unangenehm, er konnte ihnen aber nur Verlegenheitsphrasen und Geisteserleiden entgegenstellen. Einzig interessant an seinen Ausführungen war die Mittheilung, daß in diesem Jahre außer der Berufsstatistik auch eine Volkszählung vorgenommen werden soll. Der Nationalliberale Hass und der Centrumstreiber Pöze brachten nichts Neues über den Gegenstand vor. Die Vorlage ging an einen Ausschuß von 24 Personen. Eine kleine Holdebatte schloß sich hierauf an. Den Anlaß dazu gab die Vorlage, welche der Reichsregierung die Waffen

zum Kollkriege mit Spanien liefern sollte. Die nächste Sitzung findet erst Dienstag statt. —

Der Schutz der Flößereirechte. Der Abgeordnete Placke hat heute im Reichstag behauptet, daß wir in unserem Leitartikel vom 28. Dezember „Der Schutz der Flößereirechte“ bewußt die Unwahrheit gesagt hätten, als wir behauptet haben, daß durch den Gesetzentwurf über die Dienstboten hinabgedrückt werden. Das ist keine bewußte Unwahrheit, sondern es ist die Wahrheit, und wir halten diese Aeußerung aufrecht. Die Flößereirechte werden nicht ausdrücklich der Gesinde-Ordnung unterstellt, das haben wir nicht gesagt; sie unterstehen sogar in gewissen, ausdrücklich genannten Punkten der Gewerbe-Ordnung. Aber das ausschlaggebende ist, daß die wesentlichen, die Verhältnisse der Flößereirechte regelnden Bestimmungen des Gesetzentwurfs die Flößereirechte eben in die Klasse der Dienstboten hinabdrücken.

Es heißt da z. B. in § 18:

„Ein Flößmann, welcher dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstes sich rechtswidrig entzieht, kann durch die Polizeibehörde zwangsweise zur Erfüllung seiner Pflicht angehalten werden.“

Und in § 19:

„Er darf das Floß ohne Erlaubnis des Flößführers nicht verlassen.“

Das sind Bestimmungen, genau wie sie in der Gesindeordnung den Dienstboten auferlegt sind, während die der Gewerbeordnung unterstehenden „freien“ Arbeiter bei Zwangsleistungen mit dem Arbeitgeber nicht polizeilich zur Verrichtung der Arbeit gezwungen werden können und gesetzlich nicht gehindert sind, die Fabrik u. s. w. in jedem Augenblick zu verlassen. Der industrielle Arbeiter u. s. w. ist eben persönlich „frei“ und der Flößmann ist, wie der Dienstbote, persönlich unfrei.

Bei dieser Sachlage dürfen wir jeden Ehrlichen die Verantwortung der Frage überlassen, ob wir in dem zitierten Artikel bewußt die Unwahrheit gesagt haben, wenn es da heißt, daß die Flößereirechte in die Klasse der Dienstboten hinabgedrückt werden, — oder ob wir die Wahrheit gesprochen. —

Bundesrath. Dem Entwurf eines Tabaksteuer-Gesetzes, dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reichs, dem Entwurf des Staatsgesetzes für Elbschiffbrücken auf das Staatsjahr 1895/96, der Vorlage wegen Behandlung der abgestimmten Schuldverschreibungen der russischen ersten Staats-Premienanleihe von 1864, sowie den Ausschüßanträgen zu den Entwürfen von Bestimmungen betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit in gewerblichen Anlagen, und zu dem Entwurf einer Verordnung wegen des völligen Inkrafttretens der auf die Sonntagsruhe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom 1. Juni 1891 wurde die Zustimmung erteilt. Den unabhängigen Ausschüssen wurden überwiesen der Reichstagsbeschluss zu der Denkschrift, betreffend die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze, der Reichstagsbeschluss, betr. die Einführung des Beschäftigungsnachweises für das Handwerk, die Einrichtung von Handwerkerkammern und die Einschränkung der Beschäftigung der Strafgefangenen, der Entwurf eines Gesetzes über die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zolltariffs, sowie der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1879. Von der Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten bis Ende Dezember 1894 überwiesenen Beträge an Reichs-Silber, Nickel- und Kupfermünzen wurde Kenntnis genommen. Endlich wurde über die Wiederbesetzung einer Stelle im Reichs-Verwaltungsamt, über die dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschläge wegen Wiederbesetzung von vier Reichsstellen beim Reichsgericht, sowie über einige Eingaben des Reichstags, und über einen Arbeitsplatz bei der zoologischen Station in Romagnol Verfügung getroffen.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr hielten heute eine Sitzung. —

Die Tabaksteuervorlage hat heute den Bundesrath passiert und ist in später Abendstunde dem Reichstage zugegangen. Eine Reihe Mittheilungen über dieselbe liegen vor, doch verschieben wir die Besprechung, die heute auf Grundlage des amtlichen Textes des Gesetzentwurfes in gründlicher Weise unmöglich ist. —

Die Kämpfer für Religion, Ordnung und Sitte unter sich. Die „Post“, der Moniteur des Freiherrn von Stumm, bringt heute Abend — also in der Nummer, datirt Sonntag den 27. Januar, an der Spitze ihres redaktionellen Textes durch feierlichen Sperrdruck hervorgehoben, folgende Notiz:

Freiherr von Stumm-Halberg hat den Professor Wagner ausserdem lassen, entweder die in seiner durch das „Volk“ veröffentlichten Erklärung vom 24. Januar enthaltenen beleidigenden Aeußerungen zurückzunehmen oder die unter Ehrenmännern übliche Genugthuung zu gewähren. Nachdem Professor Wagner beides unter nichtigen Vorwänden abgelehnt hat, überlassen wir das Urtheil über die Person und das Verhalten des Professor Wagner allen anständigen Denkenden.

Das Gesetz verbietet das Duell. Und das Gesetz ist das Fundament der Ordnung und Sitte. Die Religion verbietet das Blutvergießen, und das Blut des Nächsten zu vergießen, ist der Zweck des Duells. Unsere Genossen in der Umsturzkommission werden nicht verschelen, die seltsame Art, wie der Vater des „Umsturzgesetzes“ für Religion, Sitte und Ordnung kämpft, gebührend zu beleuchten. —

Der Kaiser und die sozialdemokratische Jugendliteratur. Wir erfahren, daß der Kaiser, im Laufe des gestrigen Tages mit Lektüre beschäftigt, dabei auch auf einen Aufsatz über sozialdemokratische Jugendliteratur gestoßen sei. Er habe diesen aufmerksam gelesen und dann zu dem anwesenden Herrn von Lucanus geäußert, ob sich gegen diese sozialdemokratische Jugendliteratur nicht etwas thun ließe. — worauf der besagte Herr v. Lucanus, der ja auch sonst neuerdings zu großer Berühmtheit gelangt ist, versprochen habe, sich darüber mit dem Justizminister ins Einvernehmen zu setzen.

Ob es nun wirklich den Herausgebern unserer Jugendliteratur an den Kränzen geht, muß abgewartet werden. —

Zur Fuchsmühlers Affäre ist, wie die „Anberger Volkszeitung“ meldet, in Fuchsmühl die Anklage des Staatsanwalts eingetroffen. 146 Personen werden wegen Landfriedensbruchs vor das Landgericht Weiden verwiesen, ferner werden 18 Personen wegen Mißbrauchs der öffentlichen Gewalt und der Dienstgewalt unter Anklage gestellt.

Offentlich wird eine möglichst klare Darstellung des Falles das Ergebnis des Prozesses sein. —

Zum Stadhagen'schen Falle. In unserer Erwiderung an die „National-Zeitung“ in Nr. 19 des „Vorwärts“ hatte sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es mußte dort statt § 89 der Gewerbe-Ordnung heißen: § 89 der Gewerbe-Ordnung für Rechtsanwälte.

Die gefälschte Emser Depesche. In unserer Nummer vom 13. d. M. wandten wir uns gegen eine von vielen reaktionären Blättern veröffentlichte Notiz, die unter Bezugnahme auf ein Zitat aus einem Briefe des Berliner Korrespondenten der „Neuen Zeit“ die Fälschung der Emser Depesche bestritt. Wir sagten auf grund dieses Zitats von dem Verfasser des Briefes, dem das Zitat entnommen, er sei „mit den Thatsachen nicht vertraut“. Wir hatten damals den Brief selbst nicht gelesen, und jetzt, nachdem wir dies gethan, und nachdem der Verfasser Dr. Franz Mehring in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ sich über die Sache ausgesprochen, stehen wir nicht an, zu erklären, daß der betreffende Brief nicht die von uns vermuthete polemische Spitze des aus dem Zusammenhang gerissenen Zitats hatte, und daß unsere Notiz auf falschen Voraussetzungen beruhte. Dr. Franz Mehring ist weder direkt noch indirekt für die patriotische Legende eingetreten, wie es von der reaktionären Presse behauptet wurde. Daß die Emser Depesche von Bismarck gefälscht war, wird von Dr. Franz Mehring nicht bestritten. Und über die Frage, ob der Krieg ohne diese Fälschung ausgebrochen wäre, wollen wir hier nicht streiten. Es genügt uns, daß die sogenannte „Emser Depesche“ gefälscht war und zwar nach dem Geständniß des Fälschers selbst und seiner Gehilfen: in der Absicht, den Krieg unvermeidlich zu machen und unmittelbar herbeizuführen. —

Polizeimaßregeln gegen Korrespondenten ausländischer Zeitungen. Jemand, der nachweislich in Hof- und Regierungs-Angelegenheiten durch langjährige Verbindungen gut unterrichtet ist, theilt uns heute mit, daß Herr v. Köller neben anderen Ueberraschungen auch die Wiederaufhebung der berichtigten Abschiebungs-Systeme solcher auswärtiger Zeitungskorrespondenten plant, welche sich durch ihre Berichte über deutsche Angelegenheiten etwa lästig gemacht haben. Also auch in dieser Richtung wird, falls der Reichstag keinen Strich durch die reaktionäre Nachrechnung macht, der ehemalige Krüger'sche Polizeikurs wieder vollständig zu seinem Rechte gelangen. Besonders aber soll, wie wir hören, solchen Berichterstatlern das Handwerk gelegt werden, die sich über hochgestellte Personen allerlei Mittheilungen erlauben, welche deren Handlungen, Worte u. s. w. angehen. Man ist gerade in bezug auf diesen Punkt an bestimmten Stellen in letzter Zeit überaus empfindlich geworden, und das bekannte Epitheton ornans von den „verfluchten Preßbengeln“ ist an gewissen Orten seit einigen Wochen öfter als je vernommen worden. Allerlei Schnurrbart- und andere kleine höfliche Mähergeschichten sollen dabei wesentlich mitgewirkt haben. Was werden dazu nun gewisse Berichterstatler der englischen Blätter sagen, die freilich bis jetzt theilweis noch immer in der Wilhelmstraße wie zu Hause aus- und eingehen, und von denen ein Theil durch allerlei Zuwendungen von kleinen Gefälligkeiten bereits zahm gemacht worden ist?

Herr Theodor Neuf sendet uns eine Berichtigung in der er so ziemlich alles, was wir von ihm behauptet haben, bestrittet und mittheilt, daß er bei der Staatsanwaltschaft gegen uns und die „Freisinnige Zeitung“ den gerichtlichen Klageweg beschritten hat. Herr Neuf weiß genau so gut wie wir, daß der Staatsanwalt in diesem Falle im öffentlichen Interesse keine Klage gegen uns erheben kann. Im übrigen sehen wir mit größter Ruhe einem Prozesse Neuf contra „Vorwärts“ entgegen. —

Die Schwierigkeiten, mit welchen die Bildung des neuen französischen Kabinet verbunden ist, liegen nicht in politischen, sondern in wirtschaftlichen Fragen — und zwar in den zwei Fragen der progressiven Einkommensteuer und der Zollpolitik. Bourgeois wollte mit dem Plan einer progressiven Einkommensteuer vor die Kammer treten, und es ist ferner von ihm bekannt, daß er sowohl, als der Präsident Faure ein Gegner der jetzt herrschenden Schutzollpolitik ist. Hierdurch wurde ein großer Theil der Abgeordneten kopfschen gemacht — und der Versuch mißlang. Männer, hinter denen eine zur Bildung einer Majorität genügende Zahl von Abgeordneten steht, in das Ministerium zu ziehen. Die Schutzollpartei hatte bisher in der französischen Kammer die Mehrheit und sie fühlt sich in diesem Augenblick so stark, daß sie sogar an eine Erhöhung des Weizenzolls denkt. Und wie stark die Abneigung der kapitalistischen Interessenten gegen die progressive Einkommensteuer ist, das wissen unsere Leser aus den Briefen unseres Gallus-Korrespondenten. Und wir sehen es ja auch in Deutschland, wo die Verhältnisse ganz ähnliche sind.

In der Einkommensteuerfrage wird es wahrscheinlich, da die zerrüttete Finanzlage die Einführung einer Einkommensteuer zwingend erfordert, zu einem Kompromiß kommen. In der Zollpolitik dürfte aber zunächst keine Veränderung bevorstehen. Unter den Abgeordneten, die jetzt als Ministerkandidaten genannt werden, befinden sich meist Anhänger des status quo, und es kann als ziemlich gewiß gelten, daß das nächste Ministerium ein möglichst neutrales Geschäftministerium sein wird, daß aus den verschiedenen Gruppen der Majorität genommen ist. —

Serbisches. Die „Adm. Jtg.“ meldet aus Belgrad, die Führer der Liberalen und Radikalen haben bereits ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen nach dem Plane vereinbart, nach welchen die Parteien, je nach den Verhältnissen in den einzelnen Wahlbezirken, einander gegen die Regierungskandidaten unterstützen sollen. Es heißt, die Regierung wolle die Wahlen abemals verschieben. Sie fürchtet jedenfalls, daß nach den Wahlen ihr unverantwortliches Spiel mit dem Volke, ihr Hinwegsehen über die Verfassung und ihre skandalöse Geldgebarung unmöglich sein wird.

Sämmtliche im Cabinae-Prozesse verurtheilten Personen haben Berufung eingelegt. —

Griechenland. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Kammer auf 40 Tage vertagt wird. Die Auflösung wird wahrscheinlich vor Ablauf dieses Zeitraumes angeordnet werden. —

Die Verbindung des atlantischen und stillen Ozeans dürfte nun doch trotz des schmachlichen Zusammenbruchs des

Projekts, die Landenge von Panama zu durchstechen, verwirklicht werden. Eine Gewähr des Erfolges liegt darin, daß die Vereinigten Staaten eine Garantie für das Unternehmen übernehmen wollten. Eine Depesche aus Washington meldet hierüber:

Das gestern vom Senate angenommene Gesetz betreffend den Nicaragua-Kanal verfügt die Ausgabe von 70 Millionen Dollars Bonds unter Garantie des Kapitals und der Zinsen seitens der Vereinigten Staaten; 30 Millionen Dollars Bonds werden ohne Garantie der Vereinigten Staaten emittiert. Die Aufsicht über den Bau des Kanals steht dem Geschäftsführer zu; der Präsident bezeichnet von fünfzehn zu ernennenden Direktoren zehn, welche die unmittelbare Leitung des Baues übernehmen. Die Vereinigten Staaten erhalten 70 Millionen Dollars in Aktien als Garantie.

Vom chinesisch-japanischen Kriegsschauplatz liegen die folgenden Depeschen vor:

Tokio, 26. Januar. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) General Nodzu berichtet aus Samsai: Etwa 8000 Mann Chinesen unter General Sung stehen in der Nähe von Yingfong. General Shih hält Muttschwang besetzt. Der Feind erneuerte gestern bei Hailichang seinen Angriff, wurde aber zurückgeworfen.

Sirofima, 26. Januar. (Telegramm des Reuter'schen Bureaus.) Admiral Jo telegraphiert, die chinesischen Kriegsschiffe befänden sich noch im Hafen von Weihaiwei. Am 21. d. M. hätten die Kanonen der Josts und die feindlichen Torpedos das Feuer auf die japanischen Schiffe eröffnet, jedoch ohne Erfolg.

Yokohama, 26. Januar. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Vom General Nodzu ist telegraphischer Bericht über die Einzelheiten der Schlacht bei Hailichang am 22. Januar eingegangen. Die Chinesen kamen aus der Richtung von Pian-jang und rückten bis auf 600 Meter Entfernung gegen die Japaner vor. Um 1 Uhr griff ein Teil der 6. Infanterie-Brigade und ein Bataillon des 19. Regiments sowie die Artillerie den linken Flügel der Chinesen an. Diese, durch den Angriff überrascht, ergriffen die Flucht. Nach Angaben von Gefangenen waren sie 20.000 Mann stark. Die Japaner hatten 1 Tödteten und 26 Verwundete.

Nach amtlicher Meldung aus Jung-tschien war die Landung der japanischen Truppen am Mittag des 22. Januar beendet; die Chinesen hatten nur geringen Widerstand geleistet. Am Nachmittag des 21. wurde Kanonendonner aus der Richtung von Weihaiwei vernommen und während der Nacht von Vorposten das Ausfließen elektrischer Lichter aus derselben Gegend gemeldet. Die Geschütze begannen die Wege in stand zu setzen, um die Bewegungen der Artillerie zu erleichtern.

Lütticher Anarchistenprozeß.

(Original-Bericht.)

Lüttich, den 25. Januar.

Der Andrang zur heutigen Sitzung ist noch stärker, als er es zur gestrigen war. Heute sind es beinahe ausschließlich Bourgeois mit ihren Familien, die dicht zusammengebrängt im Zuhörerraum stehen. Sie wollen offenbar das Gesehene lernen, soll doch heute der Arzt Dr. Nenson vernommen werden, der bei dem Attentat in der Rue de la paix schwer verwundet worden ist. In den Zuhörern gehört auch der Gouverneur der Provinz, der hinter dem Gerichtshof Platz genommen hat.

Um 9 1/2 wird die Sitzung eröffnet. Unmittelbar darauf wird Dr. Nenson als Zeuge ausgerufen. Er tritt, auf den Arm eines Freundes gestützt und an einem dicken Stöckchen gebend, in gebückter Haltung den Saal. Er trägt eine Brille mit aufgefälligen Gläsern. Seine Gesichtsfarbe aber ist frisch und seine Stimme klar und fest. Er setzt sich auf den Stuhl, der vor dem Tische mit den Beweismitteln dem Vorsitzenden gegenübersteht und giebt seine Aussage sitzend und sich auf diesen Tisch stützend ab.

Vorsitzender: Was wissen Sie von dem Attentat, dessen Opfer Sie waren?

Zeuge Dr. Nenson: Am Abend des 3. Mai gingen meine Frau, mein Freund Dr. Bodard und ich von einem Restaurant, wo wir zu Abend gespeist hatten, nach Hause. Als wir kurz vor der Thür waren, fiel mir ein brennender Geruch auf, der von dort her zu kommen schien; es roch wie nach verbrannten Lumpen. Nun sah ich im linken Thürwinkel einen Gegenstand mit einem glühenden Punkte darüber. Ich hielt mit dem Stöckchen danach. In demselben Augenblick schrie meine Frau, die seit dem Tognattentat bei meinem Onkel, dem Gerichtsrath Nenson, große Furcht vor Attentaten hat: Marcel, Marcel, lauf fort, es ist eine Bombe! Ich ging aber noch näher heran, bückte mich, und nun erfolgte die Explosion. Sie war so heftig, daß ich alle meine Knochen im Leibe tragen zu hören glaubte. Ich dachte, ich müßte jetzt sterben. Ich hörte Stimmen wie aus weiter Ferne, dann wurde ich ohnmächtig. Ich lag auf dem Trottoir, Nachbarn kamen herbeigelaufen und hoben mich auf. Sie sahen nicht gerade sanft an, denn der Schmerz wedte mich wieder auf: ich hatte ein Bein gebrochen. Als ich auf mein Zimmer gebracht wurde, verlor ich wieder mein Bewußtsein. So blieb ich bis zum nächsten Morgen.

Erster Staatsanwalt Demarteau: Waren Sie lange krank?

Zeuge: Monatslang. Noch jetzt schmerzen mich die Wunden, und ich soll noch möglichst das Zimmer hüten.

Erster Staatsanwalt: Welche Größe hatte die Bombe? Zeuge: Sie war gerade so groß wie die Weißbrotbüchse hier auf dem Tische. (Die runde, weißlackierte und blau bemalte Büchse ist 15-20 Zentimeter hoch und hat einen Durchmesser von 8-10 Zentimeter. Sie ist mit einem flachen, oben mit einem Knopf versehenen Deckel verschlossen und sieht wie eine Thee- oder Kaffeebüchse aus. Müller hat sie in Maastricht gekauft; nach seiner Angabe soll sie mit der bei Nenson verwendeten Büchse völlig übereinstimmen.) Es kommt mir aber vor, als wenn der Gegenstand, der im Winkel meiner Hausthür lag, weißer ausgefallen hätte. Vielleicht war die Büchse in Papier eingepackt.

Vorsitzender: Kennen Sie einen der Angeklagten?

Zeuge: Ja, Vossien; ich habe ihn behandelt, als er in der Kohlengrube arbeitete.

Erster Staatsanwalt: Haben Sie vor dem Attentat keine Verdächtigen in der Straße gesehen?

Zeuge: Nein; ich hatte ja keine Ahnung von der Gefahr, die mich bedrohte. Wir achteten auf niemanden.

Damit ist die Vernehmung beendet. Der Zeuge wird wieder hinausgeführt.

Dr. Bodard, der nächste Zeuge, bestätigt die Erzählung seines Freundes. Nach der Explosion überließ ich Frau Nenson sich selber; ihre gellenden Schreie bewiesen mir ja, daß ihr nichts passiert sein könne. (Heiterkeit.) Ich half Nenson aufheben. Dann verließen mich aber die Kräfte, ich konnte mich gerade noch bis in ein Zimmer des ersten Stockes schleppen, dort blieb ich liegen. Ich war wie gelähmt, ich konnte kein Glied rühren. Ich mußte 2 1/2 Monate lang das Bett hüten und auch jetzt bin ich noch nicht ganz wieder hergestellt.

Die folgenden Zeugen sind die Ärzte, die Dr. Nenson und Dr. Bodard behandelt haben. Sie geben sehr eingehende Schilderungen von dem Zustande, in dem sich ihre Patienten befunden haben. Dr. Nenson ist Monate lang schwer krank gewesen; ein Auge ist erblindet.

Es folgt nun eine Gruppe von Zeugen, die vor und nach der Explosion verdächtige Gestalten in der Nähe des Thaloites gesehen haben; es sind Kutscher, Stallknechte, Stubenmädchen und Köchinnen, die in den Nachbarhäusern im Dienste waren. Sie

bekunden übereinstimmend, daß zwei Männer, die ihnen verdächtig vorgekommen seien, sich in der Nähe des Hauses aufgehalten hätten und kurz vor der Explosion verschwunden seien. Einer der Zeugen will trotz des Regens und der Dunkelheit, die an jenem Abend herrschte, gesehen haben, daß die beiden Männer rothe Taschentücher hatten. Unter den Angeklagten vermögen sie aber niemanden zu rekonstruieren.

Der nächste Zeuge, Rechtsanwalt Dibler, ist das Opfer eines überreichten Polizeistrafes geworden. Er kam aus dem Hause seiner Braut, die nicht weit von Dr. Nenson wohnt, hörte die Explosion und lief zurück, um seine Verlobte über sein Schicksal zu beruhigen. Er kam aber nicht dazu; ein Polizist packte ihn als den Attentäter am Kragen und verhaftete ihn. Er war das einzige verdächtige Individuum, das überhaupt verhaftet wurde. Seine Haft war nicht von langer Dauer. Einen der Angeklagten hat der Zeuge nicht in der Nähe des Nenson'schen Hauses gesehen.

Dagegen ist die Aussage des folgenden Zeugen, des Fabrikanten Dauvans, sehr bezeichnend für den Angeklagten Westlamp. Der Zeuge wohnt in einer Nebenstraße der Rue de la paix. Unmittelbar nach der Explosion eilte er zu seinem Freunde Halbart und klingelte an der Hausthür. In diesem Augenblick kam ein Mann das Trottoir entlang gelaufen und stieß an ihn an. Er packte den Verdächtigen am Arm. Der wollte sich losreißen; als Dauvan aber drohte, er werde um Hilfe schreien, gab er sich zu rücken und antwortete auf alle an ihn gestellten Fragen so ruhig und sicher, daß der Zeuge seine ursprüngliche Ansicht, den Unbekannten zum Polizeibureau zu bringen ausgab und den Mann seiner Wege gehen ließ.

Vors.: Erkennen Sie diesen Mann unter den Angeklagten wieder?

Zeuge: Ja, es ist dieser da... Westlamp. Ich kann mich gar nicht irren. Als ich mit ihm konfrontiert wurde, erkannte ich ihn sofort an seiner charakteristischen Sprache wieder.

Vorsitzender: Was sagen Sie dazu, Westlamp?

Angekl. Westlamp: Was ich schon tausendmal gesagt habe. Es ist nicht wahr, daß ich in der Nähe der Nenson'schen Wohnung gewesen bin.

Der Zeuge bleibt bei seiner Aussage. Er theilt folgenden anonymen Drohbrief mit, den er erhalten hat: „Es ist ein Gebot der einfachsten Mäßigkeit für Sie, zu schweigen. Nehmen Sie sich sonst in Acht!“ Die Polizei hat den Urheber des Briefes nicht entdeckt.

Der nächste Zeuge, Fabrikant Halbart, ein früherer liberaler Abgeordneter, ist viel unbestimmter in seinen Aussagen. Er vermag Westlamp nicht sicher wieder zu erkennen.

Um 1 1/2 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Parteinachrichten.

Charlottenburg, Parteigenossen! Morgen, Montag, den 28. d. Mts. findet bekanntlich die Stadtverordneten-Nachwahl für den 2. Bezirk statt, die durch den sonderbaren Protest gegen die Wahl des Genossen Gölke nötig wurde. Es bedarf wohl nicht mehr des Hinweises, daß ein jeder von uns, der in dem betreffenden Bezirk wahlberechtigt ist, sein Wahlrecht unbedingt auszuüben hat. Jedoch wollen wir nicht unterlassen, den für den Kampf in betracht kommenden Umstand zu erwähnen, daß die Gegner, wie sie schreiben, alle „staatsverhaltenden Männer“ zur „Niederwerfung des Umsturzes“ aufgefordert haben, rechtzeitig wählen zu gehen, um uns schon bei Zeiten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Indem das „liberale Komitee“ mit ihren Mischmasch-Kandidaten wenig Aussicht auf Erfolg hatte, ruft die konservativ-antidemokratische Partei ihren Männern zu, nunmehr dem eigenen Kandidaten ihre Stimmen zu geben, so daß wir zwei in der Qualität gleichwertige „Ordnungsbrüder“ gegen uns haben. Dies nun einen jeden von uns veranlassen, die Kräfte aufs höchste anzuspannen, um diesen Kampf siegreich für unsere Partei zu beenden.

Der Bezirk ist diesmal in zwei Unterabteilungen getheilt, deren jede eine Anzahl Straßen umfaßt, wie dies aus unserem zur Ausgabe gelangten Flugblatt zu ersehen ist. Die Wahllokale befinden sich: für die Unterabteilung I: Turnhalle der Realschule, Schlossstr. 27; für die Unterabteilung II: Restaurant Albrich, Wilmersdorferstr. 56.

Heute Sonntag, nachmittags 2 Uhr, findet auf „Bismarckshöhe“ eine Volksversammlung statt, in der das nähere noch mitgeteilt wird. Alle Parteigenossen, die gewillt sind am Wahltage behilflich zu sein, werden ersucht, sich vormittags von 9 Uhr ab bei dem Genossen Feinr. Krause, Bismarckstr. 74, einzufinden.

Das Wahlkomitee.

Parteiliteratur. Von der Broschüre „Umsturz und Sozialdemokratie“ ist auch das zweite Heft bereits vergriffen. Doch ist die infolge der über Erwarteten großen Verlegungen nötig gewordene Neu-Ausgabe bereits so weit vorgefertigt, daß vom 1. Heft am Montag, vom 2. Heft am Dienstag die Nachsendungen — in der Reihenfolge der Bestellungseingänge — beginnen können.

Protestversammlungen gegen die Umsturzvorlage haben ferner stattgefunden in Rauen, wo Genosse Wernau-Berlin referierte. — In Landskron i. Schl. sprach Genosse Keller-Görlitz. — In Arnstadt sprach Genosse Raub aus Leipzig. Genosse Raub wurde hier auch zugleich als Reichstags-Kandidat aufgestellt. — In Limbach und Mittweida hielt Genosse Schmidt aus Magdeburg Versammlungen ab. — Genosse Ged aus Offenbach sprach in Versammlungen in Lörach und Brombach. — In Mündenheim (Wfal) sprach Genosse Ehrhardt-Ludwigshafen. — In Kiel hielt der Genosse Legien eine Versammlung ab. Alle diese Versammlungen waren gut, zum theil außerordentlich gut besucht; Protestresolutionen fanden überall einstimmig Annahme.

Das Agitationskomitee der Pfalz richtet an die Pfälzer Parteigenossen die Mahnung, angesichts der drohenden Reichstagsauflösung schon jetzt die Kräfte anzuspannen, die Organisation zu stärken, für die Parteipresse zu agitieren, die Kandidatenfrage zu regeln, kurz alles zu thun, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Diese Mahnung scheint uns um so mehr am Platze, als durch die Erklärung des Regierungsvorsetzers in der Umsturzkommission, die Regierung lasse keine Abmilderung der Umsturzvorlage zu, die Auflösung des jetzigen Reichstags an Wahrscheinlichkeit gewinnt.

Die nächste Vertrauensmänner-Sitzung der Sozialdemokratischen Partei des Groß-Herzogthums Hessen findet Sonntag, den 17. Februar, in Heidenbergen statt.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Langenbieten, welcher in seiner jetzigen Form erst im Viertelsjahr besteht, hat in dieser Zeit 5 Versammlungen abgehalten, sämtlich mit Vorträgen, er hat ferner die Broschüre „Zur Landagitation“ gratis an die Mitglieder vertheilt, wie er auch die Broschüre über die Umsturzbewegung seinen Mitgliedern vertheilt. Der Mitgliederstand betrug am 31. Dezember 106, der Kassenbestand 25.00. Der Verein ist in erfreulichem Wachsen begriffen.

Zur Lokalfrage beschloß eine Leipziger Parteiverammlung die Lokalhalle, bisher das größte der Arbeiter zur Verfügung stehende Lokale, von der Lokalliste zu streichen. Dagegen wurde die Lokalkommission beauftragt, sich mit allen

Lokalbesitzern, deren Säle der Partei bisher verweigert waren, in Unterhandlung zu treten.

Todtenliste der Partei. Ein tragisches Geschick hat am vergangenen Sonntag einen braven Genossen in Quedlinburg ereilt. Der Schreinermeister Genosse Müller wurde, als er auf dem Nachhausewege von einem Vergnügen des Arbeiter-Bildungsvereins der von einem Raubhölz überfallenen Frau eines anderen Genossen helfend beizuspringen wollte, von diesem durch einen Stich ins Herz tödlich getroffen. Der Thäter, ein wegen Messerschere schon mehrfach vorbestrafter Arbeiter, wurde noch am Abend verhaftet.

Eine Beerdigung, wie sie in ihrer Art wohl in Homburg (Taunus) bis jetzt noch nie dagewesen ist, fand dort am letzten Sonntag statt. Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei, der Genosse Hill, wurde zur letzten Ruhe gebracht und von allen Seiten, aus Hocht, Nied, Sossenheim, Frankfurt u. s. w. strömten die Genossen herbei, dem Todten die letzte Ehre zu erweisen. Da der katholische Geistliche die Begleitung ablehnte, so wurde auf Wunsch der Ehefrau des Genossen Hill der Verbliebene auf dem lutherischen Friedhof beerdigt, und der lutherische Stadtpfarrer begleitete die Leiche ohne Ornat. Nach Beendigung der geistlichen Handlung sang der Gesangsverein „Amicitia“ ein sehr eindrucksvolles Geleied. Als dann legte Genosse Legendeder von Höchst einen Kranz mit rother Schleife nieder mit den Worten, der Verstorbene sei ein Kämpfer für unsere Sache, ein Kämpfer für Freiheit, Recht und Brüderlichkeit im Leben gewesen. Dann legten Kränze mit entsprechenden Widmungsworten nieder, der Genosse Klein von Sossenheim, der Lachender-Verband von Homburg, der Dachdecker-Zentralvorstand von Frankfurt a. M., die Genossen von Friedrichsdorf, der Wahlverein von Homburg, der Gesangsverein „Eintracht“ von Homburg. Die Kränze mit rothen Schleifen hatten eine große Zuhörermenge angezogen, die dem Beisetzungs nach dem Friedhof folgte. Auch die Polizei war zahlreich erschienen.

Polizeiliches. Gerichtliches etc.

In der Verurteilungssitzung wurden am Sonnabend unsere Parteigenossen Eberstein und Kelle zu je 15 M. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt, weil sie unterlassen haben sollten, eine von ihnen geleitete Versammlung anzumelden. In erster Instanz vor dem Schöffengericht waren die Angeklagten am 13. November freigesprochen worden.

Genosse Rathusius, Redakteur des Stettiner „Volksboten“, wurde von der Anklage, verschiedene Bevölkerungsklassen gegen einander aufgereizt zu haben, freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte vier Wochen beantragt.

In Markleeburg bei Leipzig wurde vom Gemeindevorsteher eine Versammlung verboten mit dem Hinweis, daß die Aufsichtsbehörde „dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung erblickt“. In der betreffenden Versammlung sollte über: Werth und Nutzen der Gemeindevereine und Gründung eines Vereins verhandelt werden. — Wie die anglische Erklärung hier eine Gefahr für die Ordnung konstruieren will, erscheint recht räthselhaft; hoffentlich hat der Einbrucher Verschwörung gegen das Verbot eingelegt.

Strafe muß sein. Der Genosse Wengel in Ramens sollte auf acht Tage ins Gefängnis wandern, weil er „Sachbeschädigung“ getrieben hatte. Er hatte während des Waldschlachten-Bojotts ein Plakat dieser Brauerei in einer Kneipe von der Wand genommen. Weiter nichts. Dem Amtsanwalt war die Strafe zu gering, unsern Genossen zu hoch. Beide legten Berufung ein. Das Landgericht hob das Urtheil auf, weil keine Sachbeschädigung vorliege. Aber es erkannte auf eine Woche Haft wegen — „groben Unfugs“.

Soziale Uebersicht.

Risiko der Arbeit. Die „Neue freie Presse“ meldet aus Anna (Süd-Ungarn): Gestern Nacht erfolgte durch Eindringen von Luft in ein altes Brandfeld eine Explosion schlagender Wetter in einem Schachte der Staatsbahngesellschaft. Ein Arbeiter wurde tödlich verletzt, sechs andere erlitten Verbrennungen.

Das Statut der städtischen Arbeitsvermittlungskasse der Stadt Frankfurt a. M., das, wie wir vor kurzem mittheilten, von den Kreis- und Provinzialbehörden in seiner ursprünglichen Form nicht genehmigt worden ist, wird nun in seiner neuen Fassung veröffentlicht. Danach hat der städtische Paragraf, der den Streikparagrafen, folgende zweideutige Fassung erhalten: Den städtischen Behörden bleibt es jederzeit vorbehalten, die Arbeitsvermittlungskasse wieder aufzuheben. — Die Arbeiter Frankfurt werden am Montag in einer Versammlung darüber entscheiden, ob sie den Arbeitsnachweis auch jetzt noch anerkennen bezw. unterstützen wollen.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Vern, 26. Januar. Infolge der heftigen Schneestürme ist nunmehr auch der Eisenbahnverkehr über den Jura beinahe vollständig eingestellt. Die Vergasse sind unpassierbar.

Rom, 26. Januar. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Tripolis gemeldet: Das englische Kriegsschiff „Dolphin“ trat am 18. d. vor Tokra ein. Der Kommandant und mehrere Offiziere, welche gelandet waren, mußten wieder an Bord gehen, weil die türkische Garnison eine feindselige Haltung gegen sie einnahm. Nach Bengasi zurückgekehrt, setzte der Schiffskommandant es durch, daß der Gouverneur Befehle ergaben ließ, dem Anlaufen Tokra's durch den „Dolphin“ kein weiteres Hindernis in den Weg zu legen. Gleichzeitig wurde der Ober-Befehlshaber der türkischen Truppenabtheilung in Tokra beauftragt, sein Verhalten zu entscheiden.

London, 26. Januar. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Kapstadt vom 9. d. M. gemeldet wird, sind die Mörder des Engländer Percy Christie in Damaraland von den deutschen Behörden nach dreitägigem Prozeß bestraft worden; einer wurde erschossen, die anderen wurden mit Gefängnisstrafen belegt. Das prompte Verfahren der deutschen Behörden findet allgemeinen Beifall.

Brooklyn, 26. Januar. Die Unruhen dauern fort, die Ausständigen verlieren aber augenscheinlich an Terrain; es fahren schon mehr Wagen.

(Depeschen-Bureau Gerold.)

Kreuznach, 26. Januar. Die heftigen Schneestürme haben auf dem Hundsrück große Verkehrsstörungen verursacht.

Brüssel, 26. Januar. In einer gestern Abend stattgehabten Fraktions-sitzung haben die Brüsseler Abgeordneten beschlossen, sich für das allgemeine Wahlsystem auszusprechen, das sich aus dem Pluralvotum und der proportionellen Vertretung zusammensetzt.

Brüssel, 26. Januar. Im Justizministerium brach heute Mittag Feuer aus. Der Brand konnte noch rechtzeitig gelöscht werden, ohne daß größerer Schaden entstanden wäre.

London, 26. Januar. Minister Alton sprach gestern in Glasgow in längerer Rede über die Homerule, die noch immer auf dem Programm der Liberalen stehe. Doch müsse zuerst die Vorlammer reformirt werden, da dieselbe doch stets gegen die Einführung der Homerule sei. Die Regierung werde das Land befragen, ob das Gemeindefeld oder die Vorlammer die Gesetze zu machen habe, und sich der Entscheidung des Landes unterwerfen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 23.

Samstag, den 27. Januar 1895.

12. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 26. Januar 1895. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Mehrere Kommissarien.
Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches und der Entwurf eines Tabaksteuer-Gesetzes.

In der Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt erhält das Wort der

Abg. Zimmermann (Reformpartei): Es ist fraglich, ob die Vorlage die Absicht, eine gesicherte Rechtslage für die Schiffer zu schaffen, erreichen oder ob sie nicht vielleicht die entgegengesetzte Wirkung haben wird. Der Regierung müßte vor allem daran gelegen sein, den Schiffern die Rechte zu sichern, welche ihnen eine volle Ausnutzung ihres Berufes ermöglicht. Bei der Besprechung der Vorlage sind nur Kaufleute, Vertreter des Handels und der Schiffsfahrts-Gesellschaften gehört worden, aber nicht die praktischen selbst fahrenden Schiffer. Die Erwartungen der letzteren sind durch die Vorlage sehr enttäuscht, denn ihre Klagen sind nicht ungerechtfertigt gewesen. Die fertige Vorlage ist allerdings veröffentlicht worden, als Sachverständige sind aber nur Vertreter des Großkapitals gehört worden, welche das Schiffergewerbe aufs äußerste zu drücken in der Lage sind. Diese Sachverständigen nehmen ja einen besondern Standpunkt ein, insofern sie die Schifffahrt nur kaufmännisch betreiben. Unter den tausenden von Schiffern hätten sich wohl geeignete Sachverständige befunden. Der Vorwurf ist nicht widerlegt, daß der Minister von Schelling dem Zentralverein der Strom- und Binnenschiffer die Veröffentlichung der Vorlage mit der Motivierung abgelehnt habe: Er beabsichtige nicht die Verhältnisse des Bundesraths zu veröffentlichen. Die allgemeine Unzufriedenheit hat ihre Hauptursache in der rücksichtslosen Behandlung der Bürgerschaft. Die Brutalität der Sozialdemokratie liegt nicht so sehr bei den Agitatoren, als vielmehr gerade in den oberen Kreisen. Selbst gutgesinnte Kreise treiben man allmählich in die Opposition, die Vorlage läßt die Ortsgebräuche unberührt. Diese werden aber von den Spekulanten durch besondere Schlußsätze völlig außer Acht gelassen.

Besonders bedenklich ist die Anlehnung der Vorlage an das Seerecht, denn sie enthält danach eine erhebliche Verschärfung der bisherigen Haftgrundlagen. Das ist eine ungerechte Belastung der Schiffer zu Gunsten der Großkapitalisten und der großen Gesellschaften. Namentlich in Bezug auf die Kohlenverfrachtung macht sich der kapitalistische Einfluß geltend. Daß dem Schiffer sein Pfandrecht am Gut gekürzt werden soll, ist auch kein Fortschritt. Aus den Kreisen der Schiffer heraus ist der Wunsch nach Einführung einer bestimmten Arbeitszeit laut geworden. Es war vorgeschlagen worden, diese festzusetzen für die Zeit von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, wenn sich das Schiff auf der Fahrt befindet, und von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, wenn geliegt wird. Nachdem selbst der sozialdemokratische Abgeordnete Gerlich erklärt hat, daß den Leuten Zeit gegeben werden müsse, um Sonntags in die Kirche gehen zu können, wird hoffentlich auch das Zentrum sich nicht dieser Forderung gegenüber ablehnend verhalten. Eine Agitation gegen diesen Gesetzentwurf hat sich bis jetzt erst sehr wenig geltend gemacht und wenn es geschehen ist, so kamen die Klagen aus den beteiligten Kreisen der Schiffer, von Leuten, die nicht begreifen konnten, daß die Regierung, welche sozialreformatorische Bestrebungen verfolgt, das Großkapital einseitig begünstigt. Die Regierung baut Kanäle und verbessert Wasserstraßen, aber nicht zum Nutzen des schaffenden Volkes, sondern um wenigen Bevorzugten die Taschen zu füllen. Wenn das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch ebenso ausfällt wie diese Vorlage, so haben wir etwas Neues zu erwarten! In der gegenwärtigen Gestalt ist der Entwurf nicht annehmbar. Er würde einen bedeutsamen Zweig des Erwerbslebens auf eine ganz unverantwortliche Weise schädigen. Pflicht des Reichstages ist, in der einseitigen Begünstigung des Großkapitals Wandel zu schaffen.

Abg. Wellstein (Z.): Die Hauptpflicht für die kleineren und mittleren Schiffer ist in dem Entwurf viel zu scharf gefaßt. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit, wie sie der Vortrager vorgeschlagen, gehörten kaum in dieses Gesetz hinein. Diesbezügliche Wünsche wären besser an die Kommission für Arbeiterstatistik zu richten. Die Verschuldung, die gegen die Zentrumsfraktion erhoben worden ist, daß sie sich dieser Vorlage gegenüber passiv verhalten habe, muß ich entschieden zurückweisen.

Abg. Dahn (Wld): Die Einzelheiten der Vorlage behandeln wir am besten in der Kommission. Die Schiffer im Gebiete der Unterelbe hoffen zu Weihnachten von dem Entwurf noch nicht einmal die geringste Kenntnis; ich müßte erst Veranlassungen einbringen, um den Leuten in großen Zügen die Grundgedanken der Vorlage auseinander zu legen und ich werde als Anwalt dieser kleinen Schiffer in der Kommission deren Wünsche vortragen. Die Verhältnisse des Schiffergewerbes müssen verschieden behandelt werden, denn die Verhältnisse der Rheinschifffahrt sind z. B. ganz andere als die der Schifffahrt auf den in die Olfsee mündenden Flüssen. Die Seemannsordnung von 1872 ist ebenfalls durchaus reformbedürftig. Die Lage der Seeschiffs-Mannschaft ist auch immer schwieriger geworden, und wir müssen diese für ihr ganzes Leben abhängigen Menschen, die niemals selbständig werden können, mehr schützen. Ein anderer wunder Punkt ist das Feuerbaadwesen. Der Feuerbaad benutzt vielfach keine Funktionen, um diese Motoren und namentlich die Schiffsjungen, die noch nicht fähig sind, über ihr bißchen Geld zu verfügen, geradezu auszubeuten. Ich mache die Regierung auf dieses Unwesen aufmerksam und bitte um baldige Abhilfe. Man sollte in dieser Vorlage die kleinen Schiffer schützen, anstatt sie noch mit größerer Lastung zu belasten; man muß ihnen die Möglichkeit geben, sich im wirtschaftlichen Kampf zu halten. Der sozialdemokratische Redner hätte sich seinen Ausfall gegen das Kapital sparen können; denn die kleinen Schiffer leiden nicht nur durch das Großkapital, sondern auch unter der Konkurrenz der Küstenschifffahrt, namentlich der holländischen Küstenschiffe. Die Regierung hätte die Meliorationskanäle gleich schiffbar einrichten müssen, z. B. den Kanal von der Weser in das Sudjadingerland. Die holländischen Küstenschiffe brauchen weniger Besatzung und fahren daher viel billiger als unsere Binnenschiffer. Ich bitte die Regierung beim Ablauf des holländischen Schiffsfahrts-Vertrages dahin zu wirken, daß die Küsten-Schifffahrt der Holländer in deutschen Flüssen eingeschränkt wird, damit unsere Schiffer sich wieder die Arbeitsgelegenheit erobern, die ihnen mehr und mehr verloren gegangen ist. Die Schiffer auf der oberen Elbe leiden auch unter der Wirkung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. Bei der Sturmflut im Dezember vorigen Jahres ist eine Reihe von Hochseefischdampfern von der Beseitigung zu Grunde gegangen und über 200 Hinterbliebene der Mannschaften bedürfen der Unterstützung. Da bisher das Unfallversicherungs-Gesetz auf das Hochseefischerei-Gewerbe noch nicht angedacht ist, fehlt jede Möglichkeit, die Hinterbliebenen zu unterstützen. Ich bitte die Regierung, überlegen zu wollen, ob für diese armen Hinterbliebenen etwas aus öffentlichen Mitteln geschehen kann.

Darauf wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Flößerei.

Abg. Platte: Gegen den vorliegenden Entwurf sind Einwendungen in der Öffentlichkeit so gut wie gar nicht gemacht worden. Nur der „Vorwärts“ hat den Entwurf hart angegriffen und gemeint, daß durch denselben die Flößmannschaften in die Kategorie der Diensthöfen herabgedrückt würden. Das ist ein bewusster Irrthum. Aus dem Gesetzentwurf selbst und aus den Motiven geht klar hervor, daß die Flößmannschaften als gewerbliche Arbeiter den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung unterliegen und hinsichtlich ihres Verhältnisses zu ihren Arbeitgebern der Zuständigkeit der Gewerbebehörden unterworfen sind. Der Schreiber jenes Artikels ist weder mit den Verhältnissen der Schiffe noch denjenigen der Flößmannschaften vertraut. Diese werden sich für so ungetriebene Kumpalle bedanken. Ich beantrage die Vorlage der vorhin niedergesetzten Kommission für die Binnenschifffahrt zu überweisen. Dort wird sich über einige wenige der Abänderung bedürftigen Paragraphen (§§ 16, 22 und 23) leicht eine Verständigung erzielen lassen.

Abg. Weber (Bauern, Z.) wünscht namentlich eine anderweitige Regelung des Pfandrechts an den Flößen.

Abg. Gerlich (Soz.): Auch ich schlage namens meiner Freunde vor, den Entwurf derselben Kommission, die das Binnenschiffsfahrts-Gesetz zu beraten hat, zu überweisen. Der Regierung wäre hier eine sehr dankbare Gelegenheit gegeben gewesen, die Grundzüge der kaiserlichen Verfassung von 1890, wonach es Aufgabe der Staatsgewalt sein sollte, die Dauer und Art der Arbeit so zu regeln, damit die Gesundheit gewahrt werde, zu verwerten. Leider ist in dem vorliegenden Gesetzentwurf keinem der berechtigten Wünsche der Flößer Rechnung getragen worden. Mit der Bestimmung, daß der Flößführer vor Antritt der Reise dafür zu sorgen hat, daß das Floß fest und dauernd verbunden, gehörig ausgerüstet und hinreichend bemannet ist, ist den Flößern allein nicht geboten. Der Staatssekretär hat gestern, um die Nothwendigkeit eines polizeilichen Zwanges darzutun, auf den großen Schaden verwiesen, welcher durch ungenügend bemannete Flöße angerichtet werden könne. Derartige Fälle kommen außerordentlich selten vor. Viel häufiger sind die Fälle, wo durch ungenügende Ausrüstungsgegenstände würde auch ein Rettungskahn gehören. Der Abg. Platte hat erklärt, daß die Flößer sich für unbenutzende Anwälte, die sie auf die Stufe der Diensthöfen stellen, wie dies durch einen Artikel im „Vorwärts“ und gestern durch meine Ausführungen geschehen sei, befehlen bedanken würden. Ich habe dem gegenüber zu erklären, daß nicht durch uns, sondern durch den vorliegenden Gesetzentwurf die Flößer wie auch die Schiffsmannschaft mit den Diensthöfen auf eine Stufe gestellt werden, und doch wir uns gerade gegen die Bestimmung, welche der Polizei das Recht giebt, den Flößer mit Gewalt auf das Floß zurückzuführen, auf das entschiedenste ausgesprochen haben.

Wir sind es gewesen, die Protest erhoben haben gegen die Stellung der Flößer unter die Polizei. Der Flößer darf nach dem vorliegenden Gesetzentwurf das Floß ohne Erlaubnis des Flößführers nicht verlassen. Dann hätten sich aber auch die Verfasser des Gesetzes die Frage vorlegen sollen, wo der Flößmann über Nacht bleibt. Ich bin seit überzeugt, daß wenn einer der Herren Geheimräthe oder einer der Begutachter, die an dem Gesetz nichts auszusetzen mochten, gezwungen worden wären, nur eine Nacht in einer solchen elenden Hütte zuzubringen, in der die Flößmannschaft kampiren muß, daß wir dann sofort entsprechende Schlußbestimmungen in dem Gesetzentwurf vorgefunden hätten. Für die Sicherung der Gesundheit der Flößer muß mehr wie bisher Sorge getragen werden. Die Leute sind allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, es sanken ihnen oft die Stiefel von den Füßen, und da soll der Flößführer das Recht haben, den Flößmann unter allen Umständen auf dem Floße festzuhalten.

Ebenso nöthig ist, daß festgestellt wird, wie lange im äußersten Falle die Arbeitszeit dauern darf. Der Beruf der Flößer ist außerordentlich gefährlich und er wird es doppelt, wenn, wie es gegenwärtig üblich ist, die Arbeit noch in den Nachstunden fortgesetzt wird. Es muß durch das Gesetz bestimmt werden, daß die Arbeitszeit nur von Sonnenaufgang bis zu Sonnenuntergang dauern darf. In gleicher Weise, wie ich dies gestern bei Beratung des Schiffergesetzes getan habe, muß ich auch in dem vorliegenden Entwurf die Bestimmung beanstanden, daß bei einem gerichtlichen Termin, der nicht vom Empfänger beantragt ist, der Flößer die Kosten zu tragen hat. Ich schon das Schiffergesetz so ausgefallen, daß mehr Tadel als Lob über dasselbe ausgesprochen wurde, so ist dies bei dem Flößergesetz noch mehr der Fall. (Bravo!)

Darauf wird die Vorlage der Kommission überwiesen, welcher das vorliegende Gesetz überwiesen war.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbebeziehung.

Abg. Schömann (Soz.): Der neueste Kurs hat es für nöthig gehalten, in einem Punkte die außerordentliche Schen vor einer gründlichen Erfassung der sozialen Zustände auf dem Wege der Statistik abzugeben. Es hat sehr viel Zeit gekostet, ehe sich die Regierung dazu bequimte, nachdem 1882 die erste Berufsbeziehung veranstaltet war, eine neue ins Leben zu rufen. Dreizehn Jahre sind verstrichen, Jahre einer außerordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung, eine Periode der ökonomischen Revolution, wie sie bisher noch nicht da war. Das wird ja in der Begründung ausdrücklich hervorgehoben. Für statistische Erhebungen über die sozialen Zustände hat man sehr wenig Geld und Lust; der Militarismus erfordert so viele hunderte von Millionen, daß die lumpigen zwei Millionen, die hier verlangt werden, in den Augen der leitenden Kreise als ein großes Opfer erscheinen. Aber es ist nicht allein die Schen vor den Kosten, es ist ein anderes sehr wichtiges Moment, welches die herrschenden Klassen davon abhält, gründlich die Resultate dieser ökonomischen Umwälzungen festzustellen: die Furcht vor der ökonomischen Entwicklung, die Furcht vor der Feststellung, daß der Großbetrieb auf dem platten Lande wie in den Städten, in der Landwirtschaft wie in Industrie und Handel einerseits, das Massenelend, die Massenarmuth andererseits gewachsen sind, die Furcht vor dem Eingeständnis, daß der Sozialismus recht hat und die herrschende kapitalistische Gesellschaft unrecht. (Zurückweisung und Lachen.) Woher kommt es denn, daß die ganze festländische Statistik, die sonst ausgezeichnet ist, in Bezug auf soziale Verhältnisse miserabel ausfällt? Deutschland hat nichts gethan, um der Sozialstatistik feste Fundamente zu schaffen. Man hat ja eine Baumzählung, Eisen-, Tabak-, ja auch den Agrarier zu Liebe eine höchst überflüssige Silberzählung und schließlich eine Börsenquote gemacht, wo überall nichts herauskam, was man nicht schon vorher mußte, bis auf das lumpige Börsenregister. Aber für die Arbeiter und deren wirtschaftliche Verhältnisse hat man keine Zeit; man hat den Sommer 1892, ein Degenium seit der Zählung von 1892, verstreichen lassen, und erst das sehr energische Drängen der Presse, namentlich der Arbeiterpresse und der Arbeitervertreter im Par-

lament nöthigte die Regierung dazu, endlich einmal Ernst zu machen mit der Wiederholung der Berufs- und Gewerbebeziehung. Diese Statistik ist aber von vornherein schlecht angelegt, weil man den rechten Augenblick verpasst hat, um ein internationales Schema für diese Statistik aufzustellen. Es ist kein internationaler statistischer Kongress vergangen, ohne daß man Vorschläge machte, solche internationalen Schemata aufzustellen, die es möglich machten, die Statistik der verschiedenen Länder zu vergleichen. Auch auf dem Petersburger Kongress war ein Entwurf vorgelegt worden. Der damalige Direktor unseres statistischen Bureaus, den Fürst Bismarck fortgerommt hat, Dr. Engel, hat einen vortrefflichen Entwurf einer internationalen Statistik aufgestellt, aber man wollte keine internationalen statistischen Vergleiche anstellen. Man hat aber auch alles gethan, um die Ergebnisse der heimischen Statistik unklar und unbrauchbar zu machen. Schon die Aufschrift der Vorlage gefaßt mir nicht. Das Wort Gewerbebeziehung ist unglücklich gewählt. Darunter versteht man nicht nur industrielle Gewerbe, sondern auch Landwirtschaft, Verkehr und Handel. Es wäre angebracht, Berufs- und Betriebsbeziehungen zu sagen. Es handelt sich um Erhebung der Betriebe der Landwirtschaft, Handel und Industrie. Die Regierung hat uns nicht nur 13 Jahre auf eine neue Berufsstatistik warten lassen, sondern hat es auch zu verhindern gesucht, daß die Kritik, Presse und Abgeordnete auf diese Vorlage vorbereitet sind. Mit sonderbarer Geheimniskrämerei hat man die Formulare für die Gewerbebeziehung geheim gehalten, und nur durch einen glücklichen Zufall, dadurch daß ein sozialdemokratisches Blatt sich als freimüthiges Amtsblatt aufhat und die Formulare veröffentlichte, ist es möglich geworden, daß Prof. Haffke eine sehr eingehende Kritik verfassen konnte. Was ist denn geheimnisvoll an den Formularen, daß man sie verheimlichte wie eine Jungfrau den ersten Liebesbrief, den sie bekommt? Ueber die Formulare läßt sich doch reden, und man muß darüber reden. Hier ist eine Kommissionberatung unbedingt nöthig.

Die Formulare umfassen Haushaltungslisten, Landwirtschaftslisten und Gewerbelisten. Ich will hier nur in großen Zügen feststellen, was an den Formularen gut und was verbesserungsbedürftig ist. Die Vorlage bietet nichts weiter, als was Professor Mischler, ein amtlicher Statistiker, richtig genannt hat: eine Skala ohne Kern, einen Rahmen ohne Bild. In der Vorlage steht nichts als: lieber Reichstag, du hast zu bestimmen, daß ein Gesetz gemacht werden soll; aber was da hinein kommen soll, hat der Bundesrath zu bestimmen. Es ist staatsrechtlich unmöglich, daß ein Faktor der Gesetzgebung über den Inhalt eines Gesetzes nichts erfährt. Worauf es ankommt, der statistisch-methodische Kern, steht nicht in dem Gesetz, es müßte wenigstens ein Resümee hineinkommen von dem, was wir fordern, die Quintessenz der Formulare für die verschiedenen Gebiete; oder es muß mindestens festgelegt werden, daß die Gemeinden und die Einzelstaaten den sozialpolitischen Anforderungen genügen. In der Haushaltungsliste ist ja sehr zu begrüßen, daß die Jugend, die erwerbsfähigen Kinder unter 14 Jahren, nicht mehr summarisch aufgezählt werden wie 1882, sondern die ganze Bevölkerung mit Namen aufgeführt werden soll. Bei der letzten Zählung vor 13 Jahren wurden 400 000 Personen, b. h. 1 pSt. gar nicht gezählt; in Berlin wurden 12 840 Kinder gar nicht gezählt, trotz des damaligen sozialen Apparats. Eine technische Verbesserung ist es auch, daß man nicht mehr die vage verkommene Altersfrage stellt, sondern die Frage nach dem Geburtsdatum. Der sozialpolitische Schwerpunkt der Haushaltungsliste liegt in den §§ 8—14 und 15—17. Ich habe Ihnen einen Sonderabdruck der „Veipziger Volkszeitung“ vorgelegt, damit Sie über die Formulare orientirt sind. In den Fragen 8—14 wird der Beruf und Lebensberuf ermittelt. Wir haben einzunehmen, daß bei der Erhebung der Lebensberufe nicht ermittelt wird, wie lange die in Lebensberufen thätigen Kinder beschäftigt werden und wie viel sie für diese Beschäftigung erhalten. Es ist eine sozialpolitisch feststehende Thatsache, daß nicht Zehntausende, sondern hunderten Tausende von Kindern in der schlimmsten Weise in solchen Neben-Berufen ausgebeutet werden, beim Zeitungsausstragen, Regelaufstellen, Gespandstragen, Kinderwarten, alles noch außerhalb der Schulzeit. So fand ich 12 Uhr nachts einmal einen Schloßerlehrling. Auf meine Frage sagte er, er käme vom Regelaufstellen und sein Bruder mache es ebenso. Das entgeht dem Auge des Fabrikinspektors. Ebenso mache ich auf den schmächtlichen Blumenhandel aufmerksam, zu dem man junge Weisen in verrückte Dofale schickt. Sie fragen nicht, wie lange diese Weisen arbeiten müssen, und wie sie bezahlt werden. Ein ganz bedeutender Moment ist es, daß in der Haushaltungsliste Nr. 12 zwar aufgeführt werden die Hausirer, die Hausindustriellen und Heimarbeiter, aber nicht die sogenannten Störarbeiter, d. h. die Näherinnen, die bei den Kunden im Hause arbeiten. Diese sogenannten Störarbeiter werden nicht in Nr. 12 mit aufgezählt. Die Störarbeiter zählen aber nach hunderten Tausenden und es ist nöthig, diese Gruppe zu fixiren. Ich würde deshalb vorschlagen, in Spalte 12, wo es heißt: „Im eigenen Hause auf fremde Rechnung“ die Frage hinzuzufügen: „Im Hause der Kunden gegen Lohn“.

Die Sozialdemokratie hat nach der Aussage des Fürsten Bismarck die Sozialreform in Deutschland erst in Schwung gebracht und sie ist auch nicht ohne Einfluss auf die neueste Berufsbeziehung gewesen, denn man verfuhr hier zum ersten Male, in einer amtlichen Statistik die Arbeitslosenfrage statistisch zu fixiren; aber durch diese Art der Arbeitslosenstatistik wird diese unheilbar discreditt und kompromittirt werden; es ist einfach unmöglich, ein so komplizirtes und schwieriges Programm auf diese Weise zu lösen. Es ist sonderbar, daß Datum der Berufsbeziehung, die ja in Wirklichkeit eine Volkszählung ist, ist in die schönste Jahreszeit, auf den 14. Juni festgesetzt, wo die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum reduziert ist, und da will man eine Arbeitslosenstatistik machen. Man hat keine Lust, die erschütternden Zahlen der Arbeitslosen festzustellen. Wenn man die Zählung am 14. Dezember 1895 oder am 14. Januar 1896 machte, bekäme man ganz andere Zahlen. Auch die Berufs- und Gewerbebeziehung von 1882, hat auch eine ganz bestimmte Tendenz gehabt. Damals wurde die Zählung auch zu einer Zeit gemacht, wo die meisten Arbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Will man eine Arbeitslosenstatistik, so muß man ein ganz anderes, ein eigenes Formular aufstellen.

Es fehlt jetzt in dem Formular eine Frage nach dem Geburtsort. Bei der Berufsbeziehung von 1882 sind 12 000 Lippe'sche Ziegler von der Statistik nicht erfasst worden. Dasselbe gilt von den Erd- und Kanalarbeitern. Diese Frage ist so wichtig, daß es wünschenswerth gewesen wäre, daß die Regierung viel früher als geschehen, diese Formulare der Öffentlichkeit zu übergeben.

Die Landwirtschaftskarte fragt bloß nach den verschiedenen Volksschichten der landwirtschaftlichen Betriebe. Sozialpolitisch wäre es aber vom Interesse einmal eine etwas bessere Erquete zu bekommen, eine wirklich ausgiebige Agrarstatistik über die Vertheilung des Besitzes, über den Antheil der verschiedenen Gruppen, der verschiedenen Eigentümer im Grundbesitz. In verschiedenen Industriezweigen sind Enqueten

veranlaßt werden, aber die Landwirtschaft schreit über Noth und verlangt keine Enquete, um endlich einmal die Wahrheit über ihre Lage amtlich festzustellen. Ich bin überzeugt, daß die Zahl der Großbetriebe der Landwirtschaft in den letzten 15 Jahren erheblich zugenommen hat und daß die Zersplitterung des Grund und Bodens immer weiter um sich greift. Die Landwirtschaft wird ja in der neuesten Zeit wieder außerordentlich raffirt. Die Zeit der Rebellion des Grafen Rantky ist vorüber. Um den Antrag des Grafen Rantky zu beseitigen, brauchen wir allerdings keine neue landwirtschaftliche Statistik, aber wir müssen die Klagen der Landwirtschaft auf ihre sachliche Bedeutung zu prüfen in der Lage sein.

Das dritte Formular, die Berufs- und Gewerbe-zählung ist noch viel aufgriffsfähiger als die Haus-haltungsliste und die Landwirtschaftskarte. Ueber Umfang, Zahl und rechtliche Verhältnisse der Betriebe will man sich informieren, es fehlt aber eine Erhebung über die Lohnzustände, über die Zahlungsverhältnisse, über die mittleren Löhne. Man hätte sehr gut eine Lohnstatistik machen können; statt dessen finden Sie in der Haushaltungsliste nur die Frage, ob die Arbeiter über 10 Jahren Paar-bezahlung erhalten. Vom Trucsystem ist in dem Formular keine Rede, ebenso wenig auch davon, wie es mit der Bezahlung der Arbeiter unter 10 Jahren steht. Gerade die jugendlichen Arbeiter werden mit ganz erbärmlichen Löhnen abgepeist. Sie erhalten vielleicht ein bißchen Essen, Kleider u. s. w.

Trotz alledem sind wir gern bereit, für die Vor-lage zu stimmen. Wir wollen aber, daß die Statistik einen wirklichen Nutzen für die Volkswirtschaft erziele. Soll das geschehen, so muß die Vorlage in eine Kommission ver-wiesen werden, in welcher die Formulare sorgfältig ausgearbeitet werden und muß endlich mit dem Belieben der Regierung in dieser Frage ein Ende gemacht werden. So gut wie Oester-reich sein Volkszählungs-Gesetz hat, so müssen wir auch ein ähn-liches Volkszählungs- und Berufszählungs-Gesetz für Deutschland schaffen. Die Vornahme der Volks- und Berufszählungen darf nicht in das Belieben der Regierung gestellt, sondern der Termin muß dauernd bestimmt festgelegt werden. Das Gesetz muß die nötigen Angaben enthalten über das Was, Wie und Wann der Erhebung. Geht es so fort, so findet die nächste Erhebung nicht in dreizehn, sondern in sechszwanzig Jahren statt. Zu Ihrem eigenen Interesse müssen Sie Wandel schaffen und sich klar werden über das, was vorgeht in der deutschen Volkswirtschaft, über die gewaltigen Ummwälzungen innerhalb der Produktion und Konsumtion. Die Früchte dieser Erhebungen stehen freilich auf einem anderen Blatt. Für Sie wäre eine solche Statistik eine Generalprobe, in der Sie Ihre partei-sonstige Haltung (das, was Sie sich schämen müssen) enthüllen, für uns wäre sie eine Regelschau, welche erkennen läßt, daß die sozialistische Gesellschaft immer mehr heran-wächst. Auf anderen Gebieten sind Sie nicht so glücklich. 1879 ist ein vorzügliches Gesetz über die Statistik des Waaren-verkehrs gemacht worden. Damals handelte es sich aber auch um das großkapitalistische Interesse, nicht um eine sozialpolitische Frage. Wir stimmen in einer Linie für Kommissionsberatung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Ich glaube nicht, daß es nötig sein wird, auf die Monita im Plenum einzugehen; das wird Sache der Kommission sein; ich will aber in Abwesenheit meines Chefs, der leider im preussischen Staatsministerium beschäftigt ist, auf einige Bemerkungen prinzipieller Natur eingehen. Der Vorredner hat moniert, daß wir die Erhebungsformulare sekretirt hätten (geheimgehalten haben). Das wundern mich um so mehr, als gerade der Vorredner seit langem in ihrem Besitz ist und sie in der Presse kritisiert werden. Es besteht die Gefährlichkeit — und diese hat ihre guten Gründe — daß Vorlagen, die an den Bundesrath gelangen, nicht eher publizirt werden, bevor sie in den Händen der Bundesraths-Mitglieder sind. Es ist noch Zeit genug, daß sowohl der Reichstag als auch die öffentliche Meinung sich über die Erhebungsformulare schlüssig machen können. Sie werden heute Abend im „Reichs-Anzeiger“ erscheinen. Auch dagegen muß ich mich wenden, daß der Bundesrath aus Furcht vor der Sozialdemokratie mit diesem Gesetz zu spät hervorgetreten sei. Aus den Ausführungen des Vorredners geht von selbst hervor, daß es sehr wohl begründet war, wenn der Bundesrath mit der Vorlage so lange wartete, daß er nicht Erhebungen macht, die einen ganz vorübergehenden Werth haben. Ich habe auf das Entschiedenste Protest dagegen einzulegen, daß der Bundesrath durch ein Furchtgefühl bestimmt worden sei, mit dieser Vorlage zu warten. Wenn sich die ökonomische Entwicklung jedermann darstellt, dann brauchen wir gar keine statistischen Erhebungen. Der Bundesrath thut und unterläßt nichts aus Furcht. Als der Vorredner von den parties hontenses sprach, fiel mir ein, wie Rantky so sagen pflegte, nachdem er erzählt hatte, daß Pythagoras nach der Erfindung seines Lehrsatzes eine Hekatombe geopfert hätte: seitdem gittern alle Oesen, wenn ein neuer Satz erfunden ist. (Weiterkeit.) Der Bundesrath akzeptirt den Kant'schen Standpunkt durchaus. Der Bundes-rath gittert nicht und wird niemals gittern vor der Sozialdemokratie, einmal, weil er nicht zu dem schlappfüßigen Hornvieh gehört, und dann, weil er in der Sozialdemokratie keine neue Wahrheit, und überhaupt keine Wahrheit sieht.

Abg. Dasse (nll.) empfiehlt ebenfalls die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern; 1882 wurde ebenso verfahren. Eine eingehende Behandlung ist auch dringend nötig. In der dinstigen Begründung ist verschwiegen, ob wir neben der Berufszählung eine Volkszählung zu erwarten haben. Daß ich von Wichtigkeit für die ganze Statistik; denn es erwachsen dadurch nicht bloß Kosten für das Reich, sondern auch für die Gemeinden. Bedauerlich ist, daß die aufgestellten Formulare nicht wenigstens zur Kenntniß der Mitglieder dieses Hauses gebracht worden sind. Redner tadelt das Formular der Haushaltungs- und der landwirth-schaftlichen Zählkarten und die Unübersichtlichkeit der Fragebogen, die über das Haushaltliche hinausgehen und dadurch leicht zu falschen Ergebnissen führen. Solche Dinge können aber gründlich nur in der Kommission erledigt werden. Ob es notwendig ist, die Zählungen durch Gesetz oder durch Verordnungen festzulegen, ist eine Frage, die besonders erörtert werden muß.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Die Anträge des Vor-redners wegen der Volkszählung beantworte ich dahin, daß der Bundesrath noch keinen Beschluß gefaßt hat. Ich glaube aber, daß er sich für eine Volkszählung im Dece-mber entscheiden wird; denn die größten Einzelstaaten haben sich dafür ausgesprochen. Mit dieser Volkszählung würde sich dann auch eine Statistik der Arbeitslosigkeit ver-binden lassen. Dadurch würden sich auch einige Bedenken des Vorredners erledigen.

Abg. Schoenau (Soz.): Der Herr Unterstaatssekretär und das Reichsamt des Innern sind nicht Schuld daran, daß ich in den Besitz der Fragebogen gekommen bin; die Formulare sind verheimlicht worden, sie sind nicht rechtzeitig zur Diskussion gestellt; denn in einigen Monaten findet die Zählung statt, und Sie haben heute gehört, welche Bedenken geltend gemacht worden sind. Ich glaube auch nicht, daß der Bundesrath sich fürchtet, obgleich man es eigentlich annehmen sollte, da doch die Umfuzvorlage eingebracht ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die bürgerliche Ge-sellschaft fürchtet sich, die ökonomischen Verhältnisse aufgedeckt zu sehen. Wenn man die Revolution erst abwarten will, dann brauchen wir Ihre Statistik und Ihre Formulare nicht mehr Herr v. Rottenburg! Herr v. Scheel, der Direktor des statistischen Amt's des Reichs, in der Ansicht, daß man die Berufszählung in September machen sollte.

Abg. Dine (Z.) bedauert, daß die Vorlage ohne er-hebliche Begründung vorgelegt worden ist; man hätte lieber dieselbe noch etwas zurückhalten sollen, bis das nötige Material vorhanden war. Vielleicht hätte man auch die Kommission für Arbeiterstatistik mit dieser Frage befähigen können. Die Haupterörterungen passen wohl weniger für dieses Haus, als für die Kommission, für welche aber wohl die Zahl von 14 Mitgliedern ausreichen würde.

Abg. Dasse (nall.) legt kein Gewicht auf die Zahl von 21 Mitgliedern.

Die Vorlage wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Verathung der allerhöchsten Verordnung, betreffend die Erhebung eines Zollzuschlages für aus Spanien und spanischen Kolonien kommende Waaren vom 25. Mai 1894.

Abg. von Salisch (nl.): Wir befinden uns mit Spanien in einem Zollkrieg, trotzdem wir gerade diesem Lande durch mehrere verlängerte Provisorien sehr weit entgegengekommen sind. Ich habe bei den Handelsvertrags-Verhandlungen den Antrag gestellt, die Regierungen mit ausreichenden Befugnissen für einen solchen Zollkrieg zu versehen. Aber mein Antrag ist damals in der Kommission stecken geblieben, wohl aus unbedachtetem Optimismus. Jetzt befinden wir uns im Zollkrieg mit Spanien, wir erfahren Chile von Nordamerika. Die kaiserliche Ver-ordnung genügt nach der Lage der Sache nicht. Wir haben eine Resolution vorbereitet, welche bei der zweiten Lesung eingebracht werden wird.

Abg. Graf v. Rantky (nl.): Von Spanien werden solche Dinge zu uns ausgeführt, welche gar keinem Zolle unterliegen und deshalb auch keinem Zollzuschlag. Dazu gehören die spanischen Eisenerze, an denen Deutschland ein großes Interesse hat. Die Einfuhr derselben hat auch zugenommen. Auch die Einfuhr von Rorkkopen aus Spanien hat zugenommen. Wir wollen die Situation Spanien gegenüber nicht noch weiter verschlechtern lassen. Deshalb hat mein Freund die Resolution vorbereitet, daß die Regierung auf zollfreie Artikel angemessene Zölle legen kann. Es handelt sich um eine Ergänzung der Zoll-gesetzgebung.

Abg. Sammacher (nll.): Bei der Verathung des russischen Handelsvertrages habe ich den Antrag des Herrn v. Salisch be-läupft, ich habe mich aber überzeugt, daß wir denselben zu-stimmen können, damit wir die Regierung in den Stand setzen, die Rechte Deutschlands den anderen Staaten gegenüber energisch zu wahren. Es wird untersucht werden müssen, ob ein Zollzuschlag von 50 pCt. ausreicht, ob nicht ein erheblicherer Zuschlag gemacht werden müßte. Ich möchte deshalb bitten, heute die zweite Lesung der Verordnung nicht vorzunehmen. Eine das deutsche Wirtschaftsleben schädigende Anwendung einer solchen Befugniß seitens des Bundesraths dürfte kaum vorkommen; so viel Vertrauen könne man wohl zu den verbündeten Regierungen haben.

Damit schließt die erste Verathung; die zweite Verathung wird von der Tagesordnung abgeseht.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Zweite Verathung der heute veratheten kaiserlichen Verordnung und erste Verathung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung. Am Mittwoch soll ein Scherminstag stattfinden; dann sollen Wahl-prüfungen erledigt werden und darauf soll die zweite Verathung des Staats beginnen.)

Parlamentarisches.

Budgetkommission: Abg. Lingen's regt die Einstellung des Budgetvertrags am Sonntag an, mit Ausnahme der Sonntage für den Weihnachtsverkehr, und bezieht sich dabei auf die im Reichstag angenommene Resolution. Staatssekretär v. Stephan sucht nachzuweisen, daß die Einschränkung dieses Verkehrs „aus religiösen, ethischen und sittlichen Gründen“ unmöglich sei, der Schaden würde gar nicht zu übersehen sein. Abgeordneter Lingen's widerspricht diesem und weist auf England und die Vereinigten Staaten hin. Dabei macht darauf aufmerksam, daß der Staatssekretär die Aushebung des Budgetvertrags mit denselben Gründen bekämpfe, mit welchen man ihn von anderer Seite fordere. Die ganzen Einwendungen seien hinfällig. Der Budgetverkehr am Sonntag werde sofort sehr be-deutend nachlassen, sobald bekannt werde, daß derselbe eingestellt sei. Der Euphorieverkehr genüge dem Bedürfnis. Geh. Rath Fischer erwidert die Einwendungen des Vorredners zu widerlegen. Ein Siebentel der Menschheit sei an Sonntagen geboren; für diese sei ebenfalls in Rücksicht auf ihre Gesunden der Verkehr am Sonntag notwendig. Die Abgg. Müller und Wärlin er-klären sich gegen den Antrag Lingen's. Letzterer meint, man sei in bezug auf den Sonntagsverkehr durch die Gesetzgebung schon zu weit gegangen und werde eine Reaktion eintreten. Lieber erklärt sich gegen diese Auffassung, der Fehler liege in der Art der Anwendung der Gesetze. Es mache den Eindruck, als werde hier und da das Gesetz so gehandhabt, um es zu diskreditiren. Debel: Auch er sei der entgegen-gelesenen Ansicht wie Wärlin und werde sich im Plenum hierüber aussprechen. Die Einwendungen des Geh. Rath Fischer gegen seine Ausführungen halte er für hinfällig. v. Frege erklärt, daß sie (Konserervative) in bezug auf die vorliegende Frage ihren alten Standpunkt einnehmen und dem entsprechend für die Resolution Lingen's stimmen. Diese wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bei Titel 2 der Ausgaben wird das Gehalt für einen Unter-staatssekretär (20 000 M.) wieder gefordert, das voriges Jahr abgelehnt worden war. Die beiden Referenten beschwören die Bewilligung. Bei der Abstimmung wird die Forderung mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Auf Anregung des Staatssekretärs des Reichsschatzamt's wird beschlossen, die Erörterung über die Dienstalterszulagen auszu-sehen und geht man zu den sächlichen Ausgaben über. Bei Kapitel 3 Titel 5 fragt Singer, wie es mit der Abschließung von Verträgen bei der Lieferung von Papier zc. gehalten werde, und ob sich die Postverwaltung konfliktuell auch für den Fall billiger Papierpreise sichere. Geheimer Rath Fischer erklärt, daß diese Verträge stets auf drei Jahre abgeschlossen würden und die veränderten Konjunkturen an den Verträgen nichts änderten. Singer erklärt sich gegen solche Abmachungen angesichts der schwankenden Papierpreise und bei der Größe der Beträge, die in Frage kämen. Müller-Glogau stimmt Singer zu, es fielen ihm nie ein, einen Vertrag abzuschließen, ohne sich den Vortheil billigerer Preise zu sichern. In den letzten sechs Jahren seien die Preise gewisser Papiere von 80 auf 20 Pfennig per Kilo gefallen. Geheimer Rath Fischer sagt zu, die gegebenen Anregungen zu berücksichtigen.

Singer bemängelt, daß die Postverwaltung Vauten in Angriff nehme, ohne die Genehmigung des Reichstags dazu zu haben, was den letzteren in eine Zwangslage setze. Von Seiten der Postverwaltung und des Sekretärs für das Reichsschatzamt sucht man dieses Handeln mit vorhandener Zwangslage zu rech-tfertigen.

Müller-Glogau regt an, den Postbeamten eine leichtere Sommerbekleidung zu schaffen. v. Frege schließt sich dem an. Staatssekretär v. Stephan: Versuche seien gemacht worden, hätten sich aber nicht bewährt. Debel bestreitet, daß dies in genügender Weise geschehen sei. Es beständen sehr rigorose Vor-schriften für die Uniformirung, die im Sommer zu beobachtet sehr lästig sei. Vor 1867 hatten die sächlichen Postbeamten im Sommer Drillichröcke gehabt, auch sei ihnen das Deffnen des Sommertrags gestattet worden. In der Schweiz gingen sämtliche Postbeamte im Sommer in leichter Kleidung, besorgten ihren Dienst gut und vergaßen der Würde der Postverwaltung nichts; warum das bei uns anders sei? Lingen's und Jagdzewsky sprechen sich im Sinne des

Staatssekretärs aus, Singer dagegen. Auf die wiederholten Ansuchen könne man nicht wie der Staatssekretär leicht darüber hinweggehen. Das Militär habe im Sommer doch auch Drillich-anzüge und dem bürgerlichen Publikum solle es auch nicht ein, im Sommer dieselbe Kleidung zu tragen. Seitens der Post-verwaltung erklärt der Staatssekretär, Erleichterungen ein-treten zu lassen, soweit solche möglich seien, aber die Postverwaltung müsse auch über die Gesundheit der Beamten wachen. Werner spricht sich ebenfalls für Erleichterungen aus, vielfach strügen die Direktoren der Oberpostämter noch dazu bei, durch Anordnungen den Beamten das Leben zu erschweren. Debel erachtet die ge-machten Einwendungen der Postleitung für unzureichend, die Erfahrung in anderen Ländern zeige, daß es auch anders gehe. Man solle es mit der Wohlthue versuchen, die auch bei den Eisenbahnschaffnern eingeführt sei, die sei zweckmäßig und billig. Weitere Erörterungen ruft Kapitel 4, einmalige Ausgaben, hervor, insofern es sich hier um Bewilligungen für Vauten handelt. Die Verhandlung wird vertagt, weil ein Theil der Kommission erklärt, die nötigen Vorgesprechungen noch nicht habe vornehmen zu können.

Lokales.

Den Parteigenossen des sechsten Wahlkreises, die ver-säumt haben, den „Vorwärts“ zum 1. Januar bei ihrem Spe-diteur abzugeben und die Versorgung des Blattes der Partei-spedition zu übertragen, sei in Erinnerung gebracht, daß sie zum 1. Februar baldmöglichst diese Abbestellung zu veranlassen haben. Bestellungen auf den „Vorwärts“ für die Parteispedition nehmen entgegen: für Monbit: Spediteur Dempel, Lüderstr. 16; für Wedding: Spediteur Stolzenberg, Wiesenstr. 14; für Oranien-burger Vorstadt: Spediteur Wiese, Tegelerstr. 27; für Gesund-brunnen: Spediteur Gahmann, Grünthalerstr. 67; für Rosen-thaler Vorstadt: Spediteur Rosenthal, Sönnemündersstr. 79; für Schönhauser Vorstadt: Spediteur Marx, Kasanien-Allee. — Der Verantragsmann.

Den lieben Berlinern. Der „Reichs-Anzeiger“ soll, wie uns mitgetheilt wird, heute, Sonntag, in einer Extra-Ausgabe erscheinen, die dem Berliner Publikum die folgenden Neuigkeiten verkünden wird:

Erstens die wohl nur „höhere“ Kreise interessirende Nach-richt, daß der Kaiser verschiedene Personen mit Orden be-schenkt, so zum Beispiel dem neuen Minister des Innern, Herrn v. Köller;

zweitens die Mittheilung, daß der Kaiser, wie ja wohl früher auch schon geschehen, einen neuen Kunstpreis von zweitausend Mark stiftet wird;

drittens soll der „Reichs-Anzeiger“ berichten, daß der Kaiser den Berlinern die Standbilder sämtlicher Hohenzoller'schen Fürsten bis auf den Helldengreis schenken will. Die Stand-bilder sollen in der „Sieges-Allee“ aufgestellt werden, jeder der aufgestellten Fürsten soll von seinen Staatsmännern und Ministern umgeben sein. Dies Geschenk soll der Kaiser aus seiner Privatkassette stiftet wollen.

Endlich wird etwas von einer — Amnestie gemunkelt.

Die letzte Meldung zu bringen, haben wir anfangs Bedenken getragen, weil sie manchem unserer Leser so merkwürdig er-scheinen wird, daß darob die Nichtigkeit dieser ganzen Neuigkeiten in Zweifel gezogen werden könnten. Wer sollte in der Ära der Umfuzparagrafen amnestirt werden?

Zur Gesundheitspflege in den Berliner Gemein-de-schulen. Die vom „Berliner Lehrerverein“ herausgegebene „Pädagogische Zeitung“ bezieht die unseren Lesern bereits bekannte Verfügung der städtischen Schuldeputation in Sachen der Gesundheitspflege in den Gemeindeschulen und verzeichnet als erste That eine, wie es scheint, damit in Zusammenhang stehende andere Verfügung, nach welcher es den Direktoren nur mit Genehmigung der Schuldeputation gestattet sein soll, Hühner und dergleichen im Schulhause zu halten. Das Lehrblatt schließt in sichtlichem Spott seine Mittheilung über den plötz-liche gewordenen Reinlichkeitseifer der Schuldeputation mit den vielsagenden Worten: „Hoffentlich werden die Berliner Schulen nun ein Muster der Reinlichkeit!“ Dieser Anfang steht in der That ganz danach aus, als ob man sich nach wie vor nur mit Kleinigkeiten abgeben und sich nur zu solchen Maßregeln bequemen will, die, wie die Ausweisung der Hühner-Hühner, nichts kosten.

Für die höheren Privat-Töchter Schulen hat die Regierung angeordnet, daß sie bis zum 1. April mit geräumigen Höfen und Schulgärten versehen sein müssen und daß in keine ihrer Klassen mehr als vierzig Schülerinnen untergebracht werden sollen.

Wann wird für die Volksschulen eine gleich weise Ver-fügung bezüglich der Zahl der zu unterrichtenden Schüler erlassen werden?

Im Interesse der durch diese Anordnung in Unkosten ge-stärzten Schulvorkörper hat der Magistrat gegen die Verfügung zu protestiren beschlossen. Das „Berliner Tageblatt“, dem wir die Nachricht entnehmen, lebt diesen magistratischen Manne-s-muth, da durch die Regierungsverfügung die Interessen der ge-samten Bürgererschaft geschädigt seien. Nach dem frei-müthigen Organ scheint die Grenze des Begriffs der Bürger-schaft also bei den Leuten zu liegen, die sich in ihrem privaten Beruf nicht im Hande fühlen, junge Mädchen zu „höheren Töchtern“ zu verfrachten. Auch eine Ansicht.

Rückwärts, rückwärts! Wer noch daran zweifelt, daß der neueste, der Umfuzkurs, sich mit Herz und Hand den Arbeiterfeinden ergeben soll, der möge sich aus der nachstehenden Meldung der „Neuesten Nachr.“ Belehrung holen. Das Widmar-blatt berichtet:

Seitens der Regierung werden gegenwärtig Erhebungen darüber angestellt, ob an den für die einzelnen Gewerbe aufgestellten Normen für die Sonntagsruhe in Gewerbe-betriebe Änderungen oder Ausnahmen gewünscht werden, Unzufrieden sind namentlich die Bäcker und Konditoren, die denn auch einen wahren Petitionssturm in Bewegung setzen wollen.

Die Bäcker und Konditoren, die hier bei den Haaren herbei-gegeret sind, genießen in Berlin bekanntlich jetzt schon die Ver-günstigung, daß sie am Sonntag ihr Geschäft eine Stunde länger als andere Leute geöffnet haben dürfen, und sie sind überhaupt nicht an eine Sonntagsruhe gebunden, wenn sie in ihrem Laden ein paar Stühle stehen haben, auf denen das Publikum die ver-kauften Waaren verzehrt. Mögliche Befristung der Profit-wuth soll aber die Parole lauten und da magt wie ein Wand-murm eine jede Viertelstunde den Unternehmern am Herzen, in der der Arbeiter am Sonntag Nachmittag frische Lust schöpft.

Der Heberschuh von 105 M. 70 Pf. ist der Kommission der Brauer und Brauerei-GHs Arbeiter von den Verankaltern der zum 25. November v. J. ansehten Matines im Glysium überwiesen worden. Dies Resultat ist um so erfreulicher, als das Vergnügen, wie noch erinnerlich sein dürfte, polizeilicher Be-denken wegen garnicht hat stattfinden dürfen.

Die Omnibusangestellten. Ein Feind des Zeitungslens, so schreibt die „Berliner Zeitung“, scheint die Berliner Omnibus-angestellte zu sein. Den Schaffnern der Gesellschaft ist es streng untersagt, während der Dienztzeit, die früh am Morgen beginnt und in der tiefen Nacht endigt, ein Zeitungsblatt in die Hand zu nehmen. Selbst an den Endstationen der Linien, während der kleinen Ruhepause, die den Schaffnern vergönnt ist, sollen diese eine Zeitung nicht lesen. Was die Gesellschaft damit bezweckt, ist absolut unerfindlich. Soll das Personal nicht hinter Dinge kommen, die doch aller Welt bekannt sind? Jedenfalls verdient das Verfahren schärfste Verurtheilung.

Bei dieser Gelegenheit sei noch der uns nachträglich mitgeteilten Thatsache erwähnt, daß die in 18- bis 18hündiger Arbeitszeit ausgearbeiteten Angehörigen der Berliner Omnibus-Gesellschaft auch ein Weihnachtsgeschenk von ihrer Direktion erhalten haben. Jeder Fahrer und Schaffner bekam baare zehn Mark, wenn — ja, wenn ihm der Zufall das Glück beschiedene hatte, daß im ganzen verfloffenen Jahr keine einzige Disziplinarkasse über ihn verhängt war. Wer sich nicht dieses Glückes rühmen konnte, ging leer aus.

Berlin im Schnee. Nachdrücke an Droschken u. sind jetzt keine Seltenheit, denn das Schneewetter hat viele Straßen Berlins in allerhöchste Gebirgslandschaften verwandelt und so ist es kein Wunder, daß Defekte selbst an leichtesten Gefährten vorkommen. Höchst interessant sieht es aus, wenn eine Kutsche mit drei Rädern melancolisch durch die Straßen zieht. Aufsteiger und Pferd harmonieren mit dem Wagen — sie sind betäubt. An Stelle des gebrochenen vierten Rades tritt eine Art „Nothverband“, bestehend aus einer starken Holzstange, die quer unter der Achse befestigt wird und das Joch hält, die Kasse so zu steuern, daß deren Liederliegen verhindert wird. Als ein sehr großer Uebelstand wird ferner in Droschkenslufcher-Kreisen beklagt, daß bei starkem Schneefall der Schnee von den Bürgersteigen zu beiden Seiten des Fahrweges mindestens meterweit aufgeschüttet wird. So steigt der schmale Fahrweg der Potsdamerstraße, der mit breiten, promenadenartigen Bürgersteigen durchzogenen Bülowstraße noch immer hohe Schneeburgen längs des schneefreien Bürgersteiges. Hierunter leidet nun naturgemäß der Fahrverkehr. Eine Straße, wie die Bülowstraße, die ebenfalls breite Bürgersteige hat, ist fast um ein Drittel ihres Fahrweges beschneit. Die Pferdebahn hat freie Geleise, aber der Omnibus hat ein sehr schwieriges Fahren. Er kann oftmals gar nicht halten. Die Droschken hingegen sind, wenn Omnibus und Pferdebahn neben einander laufen, gezwungen, ganz langsam zu fahren und laufen Gefahr, zu karabollieren. Nach Meinung der „Allg. V. Kutscher-Zeitung“ könnte die Gemeinde Schöneberg hier als Muster dienen. Dort sieht man auf beiden Seiten der Bürgersteige den Schnee angehäuft, während der Bürgersteig genügend und der Fahrweg völlig frei ist. Die Abfuhr der Schneemasse geht in Berlin äußerst langsam vor sich, trotzdem 3000 bis 3500 Fuhrern täglich hinausgefahren werden. Abgesehen von einigen mageren Schlittenfahrten in die Umgebungen Berlins ist dies aber auch der einzige Verdienst der Fuhrleute, da das Sauggeschäft vollständig ruht. Ein Unternehmer in der Triftstraße, welcher vom Magistrat die Schneeschleife gepachtet hat, zahlt den Fuhrleuten pro kleine Fuhr 2—2,25 M., für die große Fuhr 4—4,50 M., während er selbst pro Fuhr 2,75 M. und 5 M. erhält. Somit hat derselbe einen täglichen Uberschuß bis zu 1500 M.!

In der gegenwärtigen Schneezeit dürfte die Mahnung an die Schulbehörden am Platze sein, darauf zu achten, daß keine Schulkinder zum Schneeschlitten auf den Schulhöfen Verwendung finden, wie es beispielsweise bei dem starken Schneefall zu Anfang dieses Monats in einer Gemeindeschule in der Markussirasse der Fall war. Wen damals in den Morgenstunden von 8—10 Uhr sein Weg in die Ziffand- und Markussirasse führte, dem bot sich ein eigenhümliches, durch seine Gegensätze peinlich berührendes Bild dar. In dem Hofe der höheren Mädchenschule in der Ziffandstraße wurden die gewaltigen Schneemassen von erwachsenen Arbeitern, welche aus dem städtischen Säckel bezahlt wurden, beiseite geschafft. In der Markussirasse dagegen, im Hofe der Gemeindeschule, konnte man kleine Jungen, Schüler der ersten Klassen, während der Schulzeit mit derselben Arbeit beschäftigt sehen. Zum Teil mit nicht wasserdichten Stiefeln, ohne warmen Schuhl, ohne Handschuhe, mühten sich die Burschen ab, die gewaltigen Schneemassen zu beiseiten. Dafür wurde ihnen aus dem städtischen Säckel kein warmes Mittagessen, oder sonst eine Vergütung gewährt, sondern nach zweistündiger Arbeit mußten sie die folgenden beiden Stunden von 10—12 am Unterricht teilnehmen. Man kann sich denken, mit welchem Erfolge. Was sollen solche Kinder wohl lernen, wenn sie die Hälfte des Unterrichts verpassen, und während der anderen Hälfte körperlich abgearbeitet und müde sind! Es ist ganz unbegreiflich, wie der Rektor zu einer solchen Ausnutzung der ihm anvertrauten Schüler seine Einwilligung hat geben können. Es ist hohe Zeit, daß die vorgesetzte Behörde diesen groben Mißbrauch, der nach der Versicherung unseres Gewährsmannes an der betreffenden Schule schon in mehreren Wintern verübt wurde, ein Ende macht. Die Stadt wird wohl nicht dankbar sein, wenn in den Volksschulen für die Beiseitenschaffung des Schnees ebenso bezahlt wird, wie in den höheren Schulen, und an Arbeitern fehlt es doch heute wahrlich nicht.

In Sachen der Serumbehandlung richtet das Polizeipräsidium an die Ärzte das Ersuchen, ihm über ihre praktischen Erfahrungen Bericht zu erstatten, damit sich die Medizinalverwaltung bald ein sicheres Urteil über den Werth des Behring'schen Mittels bilden könne.

In der Urania wird heute, Montag, Dienstag und Mittwoch der dekorative Vortragsvortrag „Durch alle Welten“ gegeben, während am Donnerstag, Freitag und Sonnabend Herr P. Spies seinen Experimentalvortrag „Tesla's Licht der Zukunft“ wiederholt.

Dem Besucher des Berliner Aquariums bietet sich jetzt ein Lebensbild zur Beobachtung dar, das in diesen Tagen des rauhen Winterwetters noch zarter erscheint, als es ohnehin schon ist. In einem besonderen, sehr geräumigen, vor dem großen Seestrandbassin aufgestellten Glase hat man eine Bewohnerin des Mittelmeeres, die durch die Station Nivorno hergekömmt worden ist, untergebracht. Es ist eine Wurzelmundqualle (Wilema oder Rhizothoma), die sich durch die zahlreichen Saugmündchen an acht langen, wurzelförmigen Mundarmen von den weitmündigen und uns von Besuchern der Ost- und Nordsee her bekannten Ohren- oder Scheibmündqualen unterscheidet. Obwohl es kaum angeht, die eine oder die andere Art der Schirmqualen als die schönsten zu bezeichnen, so stellt doch gerade die jetzt im Aquarium angekommene Meduse infolge ihrer Größe und ihren Farbenabstufungen in bläulichweißer, violetter und roth eine der reizvollsten Gesichtsgehalte dar. Fast beständig führt der Schirm seine Bewegungen aus, indem er sich zusammenzieht und wieder ausbreitet, und nur dann unterbricht er sie auf kurze Zeit, wenn die Quallen in regungsloser Haltung im Wasser nach oben bis unmittelbar unter die Oberfläche steigt.

Die städtische Volk-Deputation hat bei Gelegenheit einer Lokalbesichtigung des Viktoriaparkes den Eindruck gewonnen, daß der Wassersturz daselbst infolge der spärlichen Wassermenge mit den übrigen Anlagen nicht harmonisiert. Die Deputation hat daher in ihrer letzten, unter dem Vorsitz des Stadtraths Kochmann abgehaltenen Sitzung beschlossen, einzuweisen den untersten Theil des Wassersturzes durch Zuführung einer größeren Menge Wassers zu verstärken. Die Betriebskosten werden durch diese Maßnahme voraussichtlich sich nicht vergrößern.

„Eventuell in die Hölle,“ jene Androhung für einen Meineid, über welche wir dieser Tage berichteten, ist nicht ohne ein mindestens ebenso hübsches Seitenstück. Der ehemalige Chef der dritten Strafkammer am Landgericht I, Landgerichtsdirektor Böttge ermahnte einmal in der Hitze des Gefechts die Zeugen in folgender Weise: „Sagen Sie die volle Wahrheit und bedenken Sie, daß auf den Meineid schwere Justizstrafe steht; im Himmel sowohl als auch auf Erden!“ Diese im Himmel zu verfluchende Justizstrafe bewirkte allerdings zunächst auf Erden, daß einige Richter das Anklage und ihre Heiterkeit hinter einem vorgehaltenen Aktentisch zu verbergen suchten.

Einem traurigen Schicksal ist unser braver Genosse August Jänsiger, der Mitbegründer der Berliner Volkalkommission, anheim gefallen. Er wurde vor kurzem plötzlich irrsinnig und befindet

sich seit vorigem Sonntag in hoffnungslosem Zustande in der Irrenanstalt Herzberge.

Der Bruch eines Wasserrohrs hat an der Ecke der Jerusalem- und Leipzigerstraße eine Verkehrsstörung hervorgerufen. Am Sonnabend Morgen entstand daselbst ein trichterförmiges Loch im Durchmesser von etwa 75 Zentimetern, das auf den Bruch eines Rohres zurückgeführt wird. Ob Klotz oder eine andere Einwirkung die Ursache bildet, ist noch nicht zu entscheiden gewesen. Das Erdreich ist nach und nach zusammengefallen, bis die es bedeckende Asphaltdecke hohlgelegt wurde und infolge der durch den Wagenverkehr bedingten Erschütterung endlich auch durchbrach. Wassermengen sind nicht ausgetreten. Der Betrieb für Pferdeisenbahn und leichtes Fuhrwerk hat vorläufig keine Störung erlitten, dagegen wird der Lastwagenverkehr von der Polizei an der Südseite des Börsenplatzes herumgeleitet. Weitere Abperrungen stehen jedenfalls in Aussicht.

Ein Eisenbahn-Zusammenstoß auf der Stadtbahn, welcher alljährlich wiederholentlich glimpflich von statten ging, hat sich am Freitag ereignet. Ein von Westen kommender Stadtbahnzug fuhr bei der Einfahrt in den Schlesischen Bahnhof auf die Spitze eines daselbst haltenden Trains, doch bremste der Zugführer noch rechtzeitig, so daß größeres Unglück vermieden wurde. Die Passagiere kamen mit dem Schrecken und theilweise recht fühlbaren Kontusionen davon. Als Ursache der Kollision wird falsche Weichenstellung vermutet.

Wie der Obdachlose stirbt. Am Sonnabend Morgen gegen 6 Uhr erschien in dem Lokale von Ellenbach am Alexander-Ufer 1 ein Mann, der sichtlich ermattet war und aufsehend im Freien genächtigt hatte. Kaum hatte er sich an einem Tische niedergelassen, als er todt zusammenbrach. Man will in ihm den obdachlosen Arbeiter Gustav Schilling wiedererkennen.

Ein großer Geldbetrug ist der hiesigen Kriminalpolizei aus Nürnberg gemeldet worden. Den Dieben sind 100 000 M. in Hundertmarknoten der Reichsbank und 30 000 M. in Hundertmarktscheinen der bayerischen Nationalbank in die Hände gefallen. Außerdem werden viele andere Papiere vermisst.

Vom Tode jäh ereilt wurde eine unbekannte Frau im Alter von 45 Jahren in der Scheringstraße am Freitag Nachmittag. Nach einem von ihr mitgeführten Handford zu schließen, hat sie Speisen nach einer Arbeitsstelle gebracht. Die Leiche ist nach dem Schauhaufe gebracht worden.

Der Selbstmord eines zehnjährigen Knaben wird aus dem benachbarten Wilhelmberg gemeldet. Der 10-jährige Sohn eines in der Greifswalderstraße beschäftigten verwitweten Arbeiters kam gestern zur gewöhnlichen Zeit aus der Schule und bat dann seine Geschwister, ihn ins Schlafzimmer einzuschließen, da er noch Schularbeiten zu machen habe. Dies thaten die Kinder auch, als aber der Vater am Abend von der Arbeit zurückkehrte, fand er den Kleinen schwer erkrankt und demüthlos in der Ecke liegend vor. Ein sofort von Friedrichsberg herbeigeholter Arzt konstatierte Vergiftung, ehe jedoch Gegenmittel angewendet werden konnten, verstarb das Kind. Es liegt ungewiss ob Selbstmord vor, wiewohl das Motiv zur That gänzlich unbekannt ist.

Einen recht guten Kauf hat ein hiesiger „Maturforscher“ gemacht. Er erschien in der Wohnung eines Rentners und fragte nach einem Zeitungspapier. Die Gattin des Befragten verkaufte dem Fändler mehrere Pakete. Als der Rentner nach Hause kam und von dem Verkauf hörte, gestand er seiner Frau, daß er ohne ihr Wissen zwei Aktien des Zentralhotels über je 1500 M. in dem alten Papier aufbewahrt hatte. Da sich der Händler bis jetzt nicht gemeldet hat, sei mitgeteilt, daß die Papiere die Nummern 4823 und 4829 tragen.

Im Thiergarten wurde vorgestern die Leiche des 34-jährigen Goldarbeiters L. aufgefunden. In einer Mordtasche des Todten fand sich ein Zettel, der die Worte enthielt: „Ich habe den Meinigen nur Schande bereitet, deshalb bitte ich, den Verdamnten meinen Tod geheimlich zu wahren.“ Der Mann entstammt einer im Wedding-Stadttheil wohnenden Familie. Er hatte sich vor mehreren Jahren gegen den Willen seiner Eltern verheiratet und sich deshalb mit den Seinigen überworfen. L. wurde dann beschäftigungslos, seine Frau verschwand dann eines Tages unter Mitnahme der meisten Möbel aus der in der Linienstraße belegenen Wohnung. L. nahm nun Stellung als Hausdiener an und beging in dieser, durch einen Freund dazu verleitet, einen so großen Vertrauensbruch an seinem Prinzipal, daß er zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt wurde. Vor vier Wochen wurde L. aus der Haft entlassen und war, da er sich schämte, die Eltern und Verwandten aufzusuchen, arbeits- und obdachlos. Am Leben verjagt, erhängte er sich deshalb am Donnerstag Abend im Thiergarten.

Polizeibericht. Am 25. d. M. vormittags machte ein Arbeiter in der Wohnung seiner Mutter, in der Frankfurter Allee, den Versuch, sich durch Öffnen der Pulsbader zu tödten. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er in das Krankenhaus gebracht. — An der Ecke der Jerusalem- und Kochstraße fiel ein Mann in Krämpfen zu Boden und erlitt dabei eine schwere Verletzung am Hinterkopfe. — Abends wurde in der Antonstraße ein Tischler bei einem Streit von seinem Gegner durch einen Messerstich im Gesicht leicht verletzt. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Witterungsübersicht vom 26. Januar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (M. = 40° F.)
Evinenmünde . . .	746	N	4	wollig	-1
Hamburg . . .	750	N	1	Schnee	-5
Berlin . . .	746	WS	3	bedeckt	-5
Wiesbaden . . .	750	WS	2	bedeckt	-1
München . . .	750	SW	4	Schnee	-2
Wien . . .	749	SW	—	Schnee	-2
Saparanda . . .	746	SW	—	bedeckt	-24
Petersburg . . .	749	SW	—	Schnee	-11
Cort . . .	762	WS	4	Schnee	-1
Abertin . . .	754	WSWS	3	wollig	-2
Paris . . .	755	WS	3	wollig	-2

Wetter-Prognose für Sonntag, 27. Januar 1895.

Theils heiteres, theils wolloses Frostwetter mit leichten Schneefällen und schwachen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Staatsanwalt Benedix. Vor einiger Zeit fand der noch jugendliche Arbeiter Graf vor dem hiesigen Schöffengericht, um sich wegen Unterschlagung zu verantworten. Er hatte für unethische Anarchisten Geld gesammelt, dasselbe aber nur zum theil abgeliefert und einen Betrag von 13,30 M. für seine Bedürfnisse ausgegeben. Der Staatsanwalt Dr. Benedix beantragte damals gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 1 Jahre, weil er neben der Unterschlagung auch „anarchistische Umtriebe“ als erwiesen erachtete, der Gerichtshof erkannte jedoch nur auf eine dreiwöchentliche Gefängnisstrafe. Gegen dieses Urtheil legte Dr. Benedix Berufung ein und in der gestrigen Verhandlung wurden auf Veranlassung des Staatsanwaltes 2 Beamte der politischen Polizei als Zeugen eingehend über das anarchistische Sammelwesen vernommen. Diese Zeugen erzählten, daß bis 1000 Lizenzen für anarchistische Zwecke in Umlauf wären, die numerirt seien und ganz Deutschland, sogar das Ausland „überflutheten“. Der anarchistische Klub „Autonomie“ in London führte nach der Aussage dieser als Zeugen fungirenden preussischen Polizeibeamten zuerst diese Art von Geldsammlung ein, um dadurch die Familien verfallener oder verurtheilter Anarchisten vor Noth schützen zu können. Später leiteten, so offenbarten die Beamten weiter, auch in Berlin verschiedene Anarchisten derartige Sammlungen ein, indem sie zur Unterstützung derselben im anarchistischen Blatte „Der Sozialist“ Aufrufe erließen. In einem dieser Aufrufe hieß es, daß „infolge des Hochverrathesprozesses Camin und Genossen viele Familien in Noth gerathen wären, die man unterstützen müßte, in einer anderen wurde verlangt, die von der kapitalistischen Gesellschaft geschlagenen Wunden durch Geldbeiträge zu heilen“ und so weiter. Einzelnen Personen wurden bis zu 50 solcher Listen gegeben. Der Staatsanwalt Benedix war auch diesmal natürlich der Ansicht, daß die Unterschlagung des Angeklagten streng geahndet werden müsse, weil — sie auf anarchistischem Boden stände. Die Listen seien nur dazu da, um Mittel für anarchistische Zwecke zu sammeln. Durch diese Unterstützung sollen die „anarchistischen Gesellschafter“ von der Sorge für die übrigen befreit und dazu angepornt werden, einen Konflikt mit dem Gesetze nicht zu scheuen. Er beantragte die Aufhebung des ersten Urtheils und höhere Bestrafung des Angeklagten. Der Gerichtshof schloß sich verständigterweise nicht den Ausführungen des Staatsanwaltes an und erkannte auf Verwerfung der Berufung. Der Vorsitzende hob hervor, daß das Faktum, daß der Angeklagte Anarchist sei — was überhaupt noch nicht bewiesen wäre — nicht in betracht kommen konnte!

Zur Lage der Posthilfsboten. Der Posthilfsbote Adolf Grämer wurde gestern wegen Amtsvergehen der ersten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgelassen. Am 23. Dezember v. J. war der Angeklagte mit dem Abkempeln von Briefen beschäftigt. Er fand darunter einen, dessen Umschlag verschlüsselt sich geöffnet hatte. Unglücklicherweise enthielt derselbe eine Spionagekarte und darin eingewickelt einen Zettel. Der Angeklagte erlag der Versuchung, er unterschlug den Brief, anstatt ihn zu befehlen. Als er von seinem Vorgehen zurückkam, wurde er untersucht, da ein Kollege bemerkt hatte, daß der Brief in seine Mordtasche gegeben hatte. Brief und Spionagekarte wurden hier noch gefunden, auch den Zettel holte er aus seinem Portemonnaie wieder hervor, sodas ein Schaden nicht entstanden ist. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten, der sich in Noth befunden hatte, zu der zulässig niedrigsten Strafe — drei Monaten Gefängnis — und wurde hiervon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiter Deutschlands! Durch verschiedene Anfragen der Gewerkschaftskartelle sehen wir uns veranlaßt, den jetzigen Stand der ausgeperrten Schuhmacher Burg's zur Kenntnis zu bringen. Die letzten, circa 30 am Orte verbliebenen „Unbeliebten“ haben durch eigene Mittel, sowie durch Unterstützung anderer Genossen eine Schuhfabrik auf solitärer Grundlage errichtet. Das Abgabegeld ist Burg, Magdeburg und Halberstadt. Es wäre wünschenswert, daß auch andere Städte und durch Abnahme von Schuhwaaren unterstützen; denn die Herren Fabrikanten scheuen sich nicht, diejenigen Arbeiter, welche materiell unterstützt haben, zu entlassen; sie sagen einfach: wer an der Genossenschaft theilnimmt, darf bei uns nicht arbeiten. Hieraus können die Arbeiter ersehen, daß es noch unbedingt notwendig ist, den Boykott über die Burger Ringfabrikanten hoch zu halten. Den Genossen in Hamburg, Braunschweig, Meissen u. diene hiermit gleichzeitig zur Nachricht, daß wir noch vor Oskern eine neue Boykottliste der Verkaufsstellen von Burger Schuhwaaren veröffentlichen. Folgende Firmen gehören zum Binge: Conrad Tack u. Cie., Gleiche u. Grabow, Debernann u. Hönen, Kroyanker und Hönen u. Comp. Nicht zum Binge gehören: L. Schöne, Wöde, Wolter, Hümann u. Comp. Die ausgeperrten Schuhmacher Burg's. Briefe und Anfragen sind zu senden an W. Vogt oder Emil Biehl, Genossenschafts-Schuhfabrik Burg bei Magdeburg, Blumenstraße. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Zugunspapierbranche! Kollegen und Kolleginnen! Im verflossenen Jahre sind wir unausgesetzt befreit gewesen, die Agitation unter den Zugunspapier-Arbeitern und Arbeiterinnen nach Kräften zu fördern. Sind auch die Erfolge nicht so bedeutende, so können wir immerhin mit Genugthuung auf das von uns Erreichte zurückblicken. Nicht nur, daß die Mißstände in den einzelnen Fabriken von uns an die Öffentlichkeit gedrückt wurden und so auch der maßgebenden Behörde Veranlassung zum Einschreiten gegeben wurde, ist es auch gelungen eine beträchtliche Anzahl Kollegen und Kolleginnen zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Freilich steht noch der größte Theil der Indifferenten und theilnahmslos gegenüber. Hier muß vor allem wieder der Fehel angefiert werden und der gemeinsamen, unermüdblichen Agitation wird es auch gelingen, die uns noch fernstehenden aufzurütteln, damit auch sie in unsere Reihen treten und mitstreiten für unsere gute Sache.

Am Dienstag, den 29. d. Mts., wird in unserer, bei Grädel, Brunnenstr. 188, stattfindenden Branchenversammlung der Vertrauensmann eingehend Bericht über seine bisherige Thätigkeit erstatten, und soll allen Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit gegeben werden, eventuell praktische Vorschläge, die Agitation betreffend, zu machen. Es ist deshalb Pflicht aller in unserer Branche Beschäftigten, vollständig in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Die geplante Versammlung der Zentral-Arbeiterkassen der Maurer findet wegen der Verbreitung der Flugblätter zur Kommunalwahl erst am Sonntag, den 3. Februar, statt.

Internationale Solidarität. Die Vergolder und Goldleisten-Arbeiter von Köln a. Rh. haben den streifenden Vergoldern in Paris 100 Franken überhand.

Vermischtes.

Das Erdbeben in Persien. Wie die „Times“ aus Teheran von gestern melden, zerbrach die erste Erschütterung bei dem Erdbeben vom 17. d. Mts. mittags die Stadt Kuchan innerhalb 3 Minuten und begrub 600 Personen in einer Moschee und etwa ebenso viele in verschiedenen öffentlichen Anlagen und Bädern. Drei Tage hindurch fehlte es an Wasser und Lebensmitteln. Die Leiden der Ueberlebenden sind schrecklich und steigern sich infolge der Entbehrungen und der sich täglich wiederholenden Erschütterungen. Seit dem 17. d. Mts. herrscht starke Kälte. Aus Kaskabad kommen russische Aerzte zu Hilfe.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffer (Büchel Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
Veritas. Wir bitten Sie freundlichst, uns in der nächsten, mittags oder Abends um 6 Uhr zu besuchen, oder einem von uns Legenden zu geben, Sie zu treffen.
W. P. Ihre Anfrage ist schon in der Nummer vom 22. Januar beantwortet.
R. Goldi. Schippel, Das moderne Glend, ist vergriffen.
D. S. T. Wenn die Ghesen in der Mark Erde werden will, so muß sie ihr eigenes Vermögen einwerfen und erhält dann die Hälfte der gemeinschaftlichen Masse.

Gewerbegericht.

Wer sich damit einverstanden erklärt, die Arbeit „auszusehen“, hat nach der Praxis des Gewerbegerichts seinen Anspruch auf Lohn für die Tage, an denen er „ausieht“. Bei vielen einschlägigen Entscheidungen spielte das sogenannte „Stillschweigen“ eine große Rolle, demzufolge kamen natürlich andererseits die verschiedenen Arten des Protestes hervor. In letzterer Hinsicht ist ein Prozeß interessant, der am 22. Januar von der Kammer III entschieden wurde. Der Steinträger A. verlangte wegen unbefristeter Entlassung eine Lohnentschädigung. Der Beklagte, Bauunternehmer D., suchte durch das Zeugnis eines „Kolonnenführers“ zu beweisen, daß der Kläger nicht entlassen, sondern nur aufgefördert worden sei, auszugehen. Der Zeuge sagte nun folgendes aus: Er habe einige Steinträger, darunter den Kläger, am 15. Febr. zum Ausgehen aufgefordert und denselben mit dem Bemerkten Buch und Karte gegeben, sie sollten sehen, wo anders Arbeit zu bekommen, denn diesmal werde es wohl etwas lange dauern. Hingegen habe er noch, finde jemand Arbeit, so sei es gut; wenn dies nicht gelinge, der möge wiederkommen. Darauf habe der Kläger erklärt, daß er nicht wiederkomme, und dann die Klage angehängt. Gerade infolge dieser Aussage, auf welche der Beklagte seinen Einwand gegen die Klage stützte, wurde derselbe verworfen. Der Vorstehende Assessor Bohmeyer führte zur Begründung aus, mit der Versicherung, er komme unter den obwaltenden Umständen nicht wieder, habe der Kläger zu erkennen gegeben, daß er mit dem Ausgehen wegen der voraussichtlichen langen Dauer nicht einverstanden gewesen sei. Dieser Protest habe ihn gerade vor dem Verlust eines Entschädigungsanspruches — Kündigung war nicht ausgeschlossen — bewahrt.

Vom Reichs-Versicherungsamt. Durch sein „schuldhaftes Verhalten“ sollte nach Ansicht der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft der Arbeiter Brand eine beträchtliche Verschärfung seines Bruchleidens möglich gemacht haben; dieselbe legte deshalb beim Reichs-Versicherungsamt den Rekurs gegen ein schiedsgerichtliches Erkenntnis ein, welches dem Brand 20 pCt. der Verluste zugesprochen hatte. Das schuldhaftes Verhalten sah die Versicherungsgesellschaft darin, daß der Kläger und Rekursant Brand trotz seines Bruchleidens seinen Betrieb als Arbeiter fortsetzte, wodurch nach ärztlichen Gutachten seine Arbeitsfähigkeit um 20 pCt. vermindert wurde. Das Reichs-Versicherungsamt unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsraths Dr. Graf wies den Rekurs der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft zurück. Grund: Der Umstand, daß Brand kein Bruchband getragen, schließt den Anspruch nicht aus. Daraus sei nicht ersichtlich, daß derselbe den Unfall vorsätzlich herbeiführen wollte. Nach § 5 des Unfall-Versicherungsgesetzes von 1884 steht dem Verletzten oder seinem Hinterbliebenen kein Anspruch zu, wenn der Betriebsunfall vorsätzlich herbeigeführt wurde.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung dürfte eine Entscheidung sein, die ebenfalls unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsraths Graf am 17. Januar gefaßt wurde. Die Näherin Wanner war des Tags über in einer Tredderz- und Strohhutfabrik tätig, nahm sich aber in der Saison des Abends, wie andere Arbeiterinnen auch, noch Arbeit mit nach Hause, die eilig fertig werden sollte. Auf einen Abendschicht, den sie bei dieser Tätigkeit im eigenen Heim sich selbstständig zugeteilt zu haben behauptete, führte Frau Wanner eine Beschränkung ihrer Arbeitsfähigkeit zurück, und beantragte von der Versicherungsgesellschaft eine Entschädigung. Die Versicherungsgesellschaft wies sie mit der Motivierung zurück, daß sie während ihrer Tätigkeit in der eigenen Wohnung nicht Arbeiterin in einem versicherungspflichtigen Betriebe gewesen sei, sondern eine Hausindustrielle. Daß dann von Frau Wanner angeregte Schiedsgericht erhob über den Ursprung der fraglichen Ver-

minderung der Erwerbsfähigkeit eingehend Beweis und wies die Klägerin ab, weil sie in nicht genügender Weise darzulegen vermochte, sich tatsächlich im Dienste jener versicherten Fabrik die betreffende Fingerverletzung zugezogen zu haben. Die Frage, ob Klägerin während ihrer Nacharbeit Hausindustrielle oder Arbeiterin im Betriebe ihres Ausstellers gewesen, ließ das Schiedsgericht außer Betracht.

Aus demselben Grunde, wie das Schiedsgericht ihre Berufung, wies das Reichs-Versicherungsamt den Rekurs der Frau Baumert zurück, wobei es jedoch — und das ist hier das Wesentliche — ausdrücklich aussprach, dieselbe sei während ihrer Arbeit in der eigenen Wohnung nicht Hausindustrielle, sondern Arbeiterin im Betriebe ihres Ausstellers gewesen. Mit anderen Worten: Der Nachweis ihrer Behauptungen hätte ihr zu einer Rente verholfen.

Die Familienkatastrophe Zengling wird in einiger Zeit die Geschehnisse am Landgericht II beschäftigen. Es handelt sich, wie einleitend, um die Frau, welche in ihrer Notlage und Verzweiflung dazu getrieben wurde, ihre Kinder im Tegeler See zu ertränken; sie selbst hatte sich dann auch in gleicher Weise dem Tod geben wollen, wurde aber lebend dem Wasser entzogen. Frau Zengling befindet sich in Untersuchungshaft und hat den Rechtsanwalt Bronker zu ihrem Verteidiger gewählt. Da die That mit ihren Motiven ziemlich klar liegt, so ist die Untersuchung rasch vorwärts geschritten, und es wird in nächster Zeit gegen die unglückliche Mutter die Anklage wegen Mordes von der Staatsanwaltschaft erhoben werden.

In bedenklicher Weise macht sich oft bei den Ärzten das Bestreben geltend, Gebrechen, welche Arbeitern durch Betriebsunfälle entstanden sind, als möglichst geringfügig zu begutachten, so daß die Kassen und Genossenschaften eine kleinere Rente, als die, welche der Verletzte für sich zu verlangen berechtigt erachtet, zu zahlen haben. Merkwürdig ist dabei, daß selbst von den medizinischen Kapazitäten Gutachten erteilt werden, welche denen ihrer gleich berühmten Kollegen widersprechen, und es muß das unter allen Umständen den Eindruck hervorrufen, als stände die medizinische Wissenschaft heutigen Tages noch auf recht unsicheren Füßen. Der Vergamannsdorf-Meyer hatte im vorigen Jahre das Unglück gehabt, im Schacht abzufallen. Der Fall schien zunächst günstig verlaufen zu wollen, denn äußere Verletzungen waren nicht erheblich festzustellen, dagegen stellte sich ein nervöses Leiden ein, welches recht erhebliche Dimensionen annahm und dem Kranken nicht nur das Leben gränzlich verbiterte, sondern ihn auch unfähig zur Arbeit machte. Dr. Böhrer stellte eine traumatische Neurose fest und gab zu, daß durch diese Krankheit Meyer etwa 50 pCt. seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt habe. Meyer war anderer Ansicht, denn er fühlte, daß er überhaupt nicht fähig zur angestrebten Arbeit sei. In dem Verfahren vor dem Schiedsgericht — gegen den Befehl der Knappschaft hatte Meyer Berufung eingelegt — trat als Sachverständiger der Kreisphysikus in Gelsenkirchen, Professor Dr. Limper, auf. Dieser war der Ansicht, daß bei der traumatischen Neurose Meyer nicht nur zu 50 pCt., sondern vollkommen arbeitsunfähig sei. Der Sachverständige sprach gleichzeitig die Absicht aus, daß es sich vielleicht empfehlen, den Kranken zunächst noch einige Zeit, vielleicht auf 12 Tage, im St. Vincent-Krankenhaus zu observieren. Dies geschah, und nun hatte auch Professor Steiner den Zustand des Kranken zu begutachten. Dieser stellte ebenfalls traumatische Neurose und Muskelatrophie fest, meinte aber gleichwohl, daß Meyer simuliere, wenn er so thue, als könne er nicht arbeiten, denn mindestens die Hälfte seiner früheren Erwerbsfähigkeit sei noch vorhanden. Dem Kranken wurde deshalb nur 50 pCt. Rente zugesprochen, und als Jahresbetragschnitt wurde 1800 M. angenommen. Meyer legte hiergegen Rekurs ein, und vor dem Reichs-Versicherungsamt bestritt Rechtsanwalt Bräntel als Vertreter des Klägers, daß das letzte Gutachten das Richtige getroffen haben könne. Es verziehe sich wohl von selbst, daß ein Mensch, der vorläufig durch die traumatische Neurose gezeichnet sei, nicht als arbeitsfähig gelten könne, zumal auch noch eine Muskelatrophie vorhanden sei. Ganz abgesehen davon, daß der Zustand des Kranken ein regelmäßiges Arbeiten un-

möglich mache, komme noch in Betracht, daß einen so leidenden Menschen doch überhaupt niemand einstelle, und es sei doch wohl etwas allzu optimistisch von unseren Arbeitsverhältnissen gedacht, wenn der Gutachter ernstlich glauben wolle, daß ein so leidender Mensch noch jezt mit Leichtigkeit 900 Mark jährlich verdienen könne. Das Reichs-Versicherungsamt schloß sich diesen Ausführungen an und sprach dem Kläger wenigstens eine Rente von 75 pCt. und Vertretungsgebühr zu. Es wurde besonders hervorgehoben, daß es seltsam sei, wie selbst bei den Autoritäten der medizinischen Wissenschaft über rein wissenschaftliche Fragen so verschiedene Ansichten herrschen könnten.

Der Boykott vor dem Reichsgericht. Der Redakteur der „Halberstädter Sonntagszeitung“, Friedrich Gurlmann in Halberstadt, sollte durch einen von ihm in seinem Blatte veröffentlichten Artikel die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Halberstadt beleidigt haben. Die Staatsanwaltschaft stellte Strafantrag, aber das Landgericht erkannte am 5. September v. J. auf Freisprechung des Angeklagten Gurlmann. In einer früheren Nummer des genannten Blattes hatte eine Aufforderung zur Teilnahme an dem Boykott der Braunschweiger Bierbrauereien und der Schufabrik von Konrad Tack u. Co. in Burg bei Magdeburg geschlagen. Diese Nummer war von der Polizei auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden, da die letztere in der Aufforderung zum Boykott einen groben Unfug erblickte. In der nächsten Nummer seines Blattes veröffentlichte nun der Angeklagte einen Artikel, der den Anlaß zu der gegenwärtigen Anklage gab. Die Tendenz desselben ergiebt sich daraus, daß Gurlmann auf den Umstand hinwies, die Staatsanwaltschaft sei nicht eingeschritten, als die Antisemiten ein Flugblatt verbreiteten, in welchem jedermann aufgefordert wurde, nicht bei Juden zu kaufen, also alle jüdischen Geschäftsleute boykottiert worden seien. — Das Landgericht hielt den Vorwurf, die Staatsanwaltschaft sei gegen die Antisemiten nicht eingeschritten, nicht für eine Beleidigung, denn die Staatsanwaltschaft habe ja triftige Gründe haben können, weshalb sie nicht einschritt, nämlich, daß sie in der Verbreitung des Flugblattes keine strafbare Handlung erblickte. Der Angeklagte habe aber umsomehr ebenfalls dieser Ansicht sein können, als eine ganze Anzahl von Gerichten, wie er auch in dem Artikel erwähnt, die Aufforderung zum Boykott nicht für strafbar erklärt haben. Zu einer Beschimpfung der Staatsanwaltschaft würde die behauptete Thatfache erst dann werden, wenn der Staatsanwaltschaft unlautere Motive vorgeworfen wären, was aber nicht geschehen sei. Daß der Schlussatz des inkriminierten Artikels, wie die Staatsanwaltschaft meine, böhnisch sei, könne nicht angenommen werden. Jedenfalls habe aber der Angeklagte in der Behauptung berechtigter Interessen gehandelt und die Absicht der Beleidigung gehe weder aus der Form, noch aus den Umständen hervor. Der Angeklagte habe die fragliche Thatfache mißverstanden dürfen, da er sie für wahr gehalten habe. — Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das freisprechende Erkenntnis Revision eingelegt und Verlegung des Strafrechtes gerügt. Sie legte den Artikel so aus, als ob der Angeklagte gesagt habe, die Staatsanwaltschaft sei nicht gegen das antisemitische Flugblatt eingeschritten, wohl aber gegen den Boykottartikel der Sonntagszeitung, weil es sich hier um Sozialdemokraten handle. — Die von der Staatsanwaltschaft nicht vertretene Revision wurde gestern vom Reichsgerichte verworfen, da sie nur in unzulänglicher Weise gegen die tatsächlichen Feststellungen ankämpfe.

Gewerkschaftliches.

Ueber die Pläne der Generalkommission wurde vor kurzem durch Genossen Sperla im Fachorgan der Handischmacher Andeutungen gemacht, die zu recht sonderbaren Vermutungen über die Absichten dieser Kommission führen könnten. Wir haben uns deshalb selbst veranlaßt gesehen, um Aufklärung in dieser Sache zu erforschen, mit dem ausdrücklichen Bemerkten: „Uns ist von Vorgängen, wie sie Sperla andeutet, nichts bekannt.“

Der dritte Band des „Kapitals“.

(Fortsetzung.)

In den ersten zwei Bänden wurde angenommen, daß der Austausch der Waaren sich tatsächlich nach dem Werthe vollzieht, also auch der Werth des Geldes, das gezahlt wird, mit dem Werthe der Waare übereinkommt.

Wie aber alle ökonomischen Gesetze, ist dies nur ein „tendenzielles“ Gesetz, d. h. die Preise tendiren nur dahin, mit dem Werthe übereinkommen. Im einzelnen ist das nicht der Fall; im Gegentheil, da die Preise auf dem Markte durch die Konkurrenz hin und her gegerert werden, so wird eine Waare im Einzelnen bald unter, bald über dem Werthe verkauft werden. Es scheint also das Wertgesetz überhaupt nur ein Hirngespinnst zu sein; und doch wird von Marx nachgewiesen, wie gerade dieser Widerspruch eine Konsequenz des Gesetzes selbst ist.

Die Preise werden auf dem Markte bestimmt, wobei jeder Kapitalist sucht, möglich viel Profit einzubekommen. Diesen Profit berechnet er natürlich nach seinem Gesamtkapital, welches in der Produktion seiner Waare angewandt wurde. In der That nun kann der Profit nichts anderes sein, als Mehrwerth, dieser aber entsteht nicht aus dem Gesamtkapital, sondern, da er aus Mehrarbeit besteht, kann er nur im Verhältnis stehen zu dem Theile des Kapitals, welches zum Kauf der Arbeitskraft, also als Lohn, angewandt wurde. Es muß also ein Unterschied existieren zwischen der Rate des Profits, d. h. dem Verhältnis des Mehrwerthes zum Gesamtkapital, und der Mehrwertrate, dem Verhältnis des Mehrwerthes zum variablen Kapital.

Marx untersucht nun, wie die Mehrwertrate sich zur Profitrate verhält, wobei er nachweist, daß mit Herabsetzung der Produktivität der Arbeit in einem Produktionszweige nicht nur das Verhältnis von bezahlter zu unbezahlter Arbeit, also des Mehrwerthes zum variablen Kapital, sich ändert, sondern daß in diesem Falle auch das Verhältnis vom konstanten und variablen Theile sich ändern muß. Daß weiter die Umschlagzeit, in welcher das Kapital Mehrwerth nicht nur schafft, sondern auch realisirt, in Geld umsetzen kann, von größter Bedeutung für die Profitrate ist; endlich wie die Profitrate gesteigert werden kann, indem Erspornisse am konstanten Kapital gemacht werden. Und zwar werden diese auf mehreren Wegen gemacht. Erstens auf Kosten der Arbeiter, indem man so viel, wie irgend möglich, „spart“ bei Wohnungsvorrichtungen, Ventilation u. s. w. Zweitens durch Anwendung der Ergebnisse der Wissenschaft, indem man die Kraft-erzeugung besser ausnützt, bei der Kraftübertragung möglichst Verluste vermeidet, und indem man die Nebenprodukte möglichst verwertet.

Nachdem Marx weiter die Wirkungen der Preisschwankungen der Rohstoffe, welche Veränderungen in der Größe des zirkulirenden Kapitals verursachen, auf die Profitrate geschildert und als Beispiel die große Baumwollkrise von 1861—65 beschrieben hat, geht er über zur Untersuchung, wie auf Grund der Konkurrenz eine Durchschnitts-Profitrate entstehen muß. Die Frage, die hier zu beantworten war, ist die: Würden sich die Waarenpreise tatsächlich nach dem Werthe reguliren, so würden diejenigen Kapitalisten das beste Geschäft machen, welche einen verhältniß-

mäßig kleinen Theil in konstantem Kapital, in Produktionsmitteln, anlegen und einen großen in variablem, in Lohnarbeit, also diejenigen, welche mit dem geringsten Kapital die größte Zahl von Lohnarbeitern ausbenten. Nun ist dem tatsächlich nicht so. Jedes Kapital bringt durchschnittlichen Profit, gleichviel, wie es zusammengesetzt ist, aus konstantem und variablem Theile. Diese Ausgleichung eben bringt die Konkurrenz zu Stande. Denn, liefert ein Produktionszweig einen überdurchschnittlichen Profit, so strömen diesem Zwecke neue Kapitale zu; geschieht dies, so werden mehr Waaren hergestellt, als zur Deckung der Nachfrage notwendig. Ein Theil der Waaren würde dann gewissermaßen vergessene Arbeit repräsentiren. Und da auf dem Markte jedes Stück gleich gilt, würde der Werth der einzelnen Waare niedriger sein, und tatsächlich wären dann auch die Kapitalisten genöthigt, sie billiger loszuschlagen; der Preis würde sinken, mit ihm der Profit, und so würde das Gleichgewicht wieder hergestellt. Allerdings nicht ohne schwere Verluste für einige Kapitalisten, die dabei Pant und Paare lassen können, und nicht ohne Arbeitslosungen, welche die Arbeiter brotlos machen. So sehen wir, daß der Preis nur selten genau dem Werthe entsprechen wird; denn dazu ist notwendig, daß erstens das Kapital in einem gewissen Durchschnittsverhältnis in konstantes und variables zerfällt, und zweitens das Angebot und Nachfrage sich das Gleichgewicht halten, was eben nur ausnahmsweise der Fall sein kann. Im allgemeinen müssen eben auf Grund des Wertgesetzes Schwankungen eintreten.

Während so der einzelne Kapitalist bemüht sein muß, den Preis seiner Waare möglichst über den Werth hinauszutreiben, möglichst viel von dem ganzen Mehrwerth, welcher durch die Gemeinarbeit hergestellt ist, in seine Tasche zu lenken, und im Kampf auf Leben und Tod mit allen anderen Kapitalisten steht, ergiebt sich ein ganz anderes Bild, wenn wir Kapitalisten und Arbeiter als Klassen einander gegenüberstellen. Hier kommt es nur darauf an, wie viel Mehrwerth überhaupt erzeugt wird; denn aus diesem allein kann der Profit entnommen werden. Deshalb ist jeder Kapitalist direkt interessiert an dem Exploitationsgrad der Arbeit, also daran, daß das Verhältnis von unbezahlter zu bezahlter Arbeit möglichst hoch sei. Man hat also hier den mathematisch exakten Beweis, warum die Kapitalisten, so sehr sie in ihrer Konkurrenz unter einander sich als falsche Brüder bewähren, doch einen wahren Freimaurerbund bilden gegenüber der Gesamtheit der Arbeiterklasse.

Eine weitere höchst wichtige Frage ist diese: Die Durchschnitts-Profitrate ist keine konstante Größe; sie hat die Tendenz zu fallen. Warum? Die Profitmasse wird bemessen nach dem Verhältnis des Profits zum Gesamtkapital. Zum Beispiel wenn in einer Fabrik 100 M. an Lohn gezahlt werden, während die Maschinen, Material und so weiter 50 M. kosten und der Profit 100 beträgt, so ist die Profitrate = $\frac{100}{150}$; wenn jezt dieselbe Arbeiterzahl bei gleichem Lohn, Maschinen und Rohmaterial im Werthe von 400 in Bewegung setzt und der Profit gleich bleibt, so ist die Profitrate = $\frac{100}{500}$, also ist sie gefallen. Was bedeutet aber, daß dieselben Arbeiter ein viermal

größeres konstantes Kapital in Bewegung setzen? Nichts anderes, als daß die Produktivität der Arbeit gesunken ist.

Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit.

Es zeigt sich also, daß mit der Entwicklung des kapitalistischen Systems ein stets größerer Theil des Kapitals in konstantem Kapital, ein stets kleinerer Theil in variablen Kapital umgewandelt wird. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Masse des Mehrwerthes sinkt, im Gegentheil. „Die Anzahl der vom Kapital angewandten Arbeiter, also die absolute Masse der von ihm in Bewegung gesetzten Arbeit, daher die absolute Masse der von ihm aufgesaugten Mehrarbeit, daher die absolute Masse des von ihm produzierten Mehrwerthes, daher die absolute Masse des von ihm produzierten Profits, kann also wachsen, und progressiv wachsen, trotz des progressiven Falles der Profitrate. Dies kann nicht nur der Fall sein. Es muß der Fall sein — vorübergehende Schwankungen abgerechnet — auf Basis der kapitalistischen Produktion.“

Dieses Fallen der Profitrate würde sogar viel rascher sein, wenn nicht verschiedene Umstände dem entgegen arbeiteten. Zu diesen gehört: 1. daß der einzelne Arbeiter in stets höherem Maße exploirt wird; 2. daß der Arbeitslohn unter seinen Werth herabgedrückt wird; 3. Vermehrung der Elemente des konstanten Kapitals; 4. die relative Ueberbevölkerung, welche dahin wirkt, daß die Verwendung von Handarbeit in Maschinenarbeit nicht so schnell vor sich geht, als dies sonst eintreten würde; 5. der auswärtige Handel, weil Kapitale nach weniger entwickelten Ländern geworfen werden, wo der Profit höher ist.

Aus dem Fall der Profitrate zieht Marx die Konsequenz, daß die kapitalistische Produktionsweise sich selbst eine Schranke setzt. „Die Schranke der kapitalistischen Produktionsweise tritt hervor: 1. Darin, daß die Entwicklung der Produktionskraft der Arbeit im Fall der Profitrate ein Gesetz erzeugt, daß ihrer eigenen Entwicklung auf einem gewissen Punkt feindlich gegenübertritt und daher beständig durch Krisen überwunden werden muß.“

2. Darin, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit, und das Verhältnis dieser unbezahlten Arbeit zur vergewaltigten Arbeit überhaupt, oder kapitalistisch ausgedrückt, daß der Profit, und das Verhältnis zum angewandten Kapital, also eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausbeutung oder Beschränkung der Produktion entscheidet, hat das Verhältnis der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, zu den Bedürfnissen gesellschaftlich entwickelter Menschen. Es treten daher Schranken für sie ein schon auf dem Ausdehnungsgrad der Produktion, der umgekehrt unter der anderen Voraussetzung weitläufig ungenügend erschiene. Sie kommt zum Stillstand, nicht, wo die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern wo die Produktion und Realisirung von Profit diesen Stillstand gebietet.“

Damit sind die Erscheinungen des industriellen Kapitalismus erschöpft. Es giebt aber noch zwei weitere Kapitalformen, die untersucht werden müssen: das kaufmännische und das zins-tragende Kapital. (Schluß folgt.)

und wir wollen vorläufig noch annehmen, daß er viel zu schwarz sieht.“ Diese unsere Vermutung hat sich bestätigt, nachdem die Antwort der Generalkommission erfolgte, die wir gleichfalls unseren Lesern unterbreiten haben. In der letzten Nummer „Der Handwerker“ legt nun der Genosse Sperka in einer Antwort an die Generalkommission dar, weshalb er in der Tätigkeit der Generalkommission eine Gefahr für die Zentralorganisation erblickt. Da die Angelegenheit nun auch von einigen anderen Gewerkschaftsblättern behandelt wird, wollen auch wir mit unserem Urteil nicht mehr zurückhalten. Sperka scheint uns die Gefahr für die Gewerkschaftsorganisationen, die er in der Einberufung des Kongresses mit der von der Generalkommission empfohlenen Tagesordnung erblickt, zu überschätzen. Unbedingt hatte mancher und auch wir hinter dieser geheimnisvollen Andeutung mehr erwartet, als das, was zur Aufklärung geboten wurde.

Die tatsächlichen Gründe gegen die Einberufung des Kongresses erscheinen uns dagegen der Berücksichtigung wert. Auch wir sind mit dem Genossen Sperka darin einig, daß die Besprechung der Vereinsgesetze und der Arbeiter-Schutz- und Versicherungsfrage auf einem besonderen Gewerkschaftskongress zu Mißverständnissen führen könnte.

Es wären damit zwei Instanzen geschaffen, die der Partei eine Direktive geben. Ein Bedürfnis ist gewiß nicht vorhanden. Sollte aber ein solcher Schritt unternommen werden, so hätte auch die Gesamtpartei ihr Wort mitzugeben.

Die Partei hat in ihren Parteitagen eine Instanz geschaffen, von denen für ihre prinzipielle sowie tatsächliche Stellung die Richtschnur gegeben wird. Dabei wollen wir noch bemerken, daß es uns fraglich erscheint, ob im Verhältnis zu den aufgewandten Kosten, die Einberufung eines besonderen Kongresses zur Beratung dieser Fragen von so hohem Nutzen wäre.

Es liegt uns fern, etwa behaupten zu wollen, daß diese Fragen nicht von weitgehendem Interesse wären, die Partei hat aber zu dieser Art der Gesetzgebung einen prinzipiell fehlerhaften Standpunkt eingenommen, der bisher von ihr nicht verlassen wurde.

Wir haben um so uneingeschränkter unser Urteil aussprechen können, als ja gegenwärtig die Einberufung des Kongresses abgelehnt ist, mithin wir uns nicht dem Verdacht aussetzen, durch unser Urteil die Gewerkschaften zu beeinflussen. Hätten die Gewerkschaften den Vorschlag der Generalkommission zugestimmt, so sind wir überzeugt, es wäre bis zur Verwirklichung des Vorhabens eine Verständigung mit den leitenden Personen der Partei herbeigeführt worden. Wahrscheinlich wäre die ganze Kontroverse unterblieben, wenn die Generalkommission ihre Absicht von vorne herein kund gethan und sie nicht in ein ganz überflüssiges Dunkel gehüllt hätte.

Orts-Krankenkassen-Wahlen. Bei den Wahlen der Vertreter der Arbeitnehmer zur Orts-Krankenkasse in Oldenburg, die, wie die „Norddeutsche Volkszeitung“ schreibt, der überaus starken Beteiligung nach mehr einer Reichstags-Wahl gleichen, legten die Gegner der Kassenbewußten Arbeiter mit 201 Stimmen gegen 187 Stimmen; letztere fielen auf die Kandidaten der Gewerkschaftskommission. Die Wahl ist von letzterer Seite angefochten.

Versammlungen.

Die Freiheit der Wissenschaft. In einer Versammlung, die im Interesse der Bildungsschule einberufen war, sprach vor mehreren Tausenden, die den Saal in all seinen Teilen füllten, der Reichstags-Abgeordnete Liebenow über das obige Thema am 23. Januar im Lokal des Herrn Keller, Koppensstraße. Nachdem er sich, durch ein ihm ausgebrachtes Hoch veranlaßt, sich schärfte gegen den Personenkultus ausgesprochen, trat er in seinen anderthalbstündigen Vortrag ein. Daß ein solcher Vortrag gehalten werden muß, bemerkte der Redner, daß wir die Freiheit der Wissenschaft zu fordern gezwungen sind, beweist an sich schon, in welcher rückläufigen Bewegung wir uns jetzt befinden. (Sehr richtig!) Der Vortragende entwickelte diesen Gedanken weiter und folgerte, daß eine wirkliche Wissenschaft voraussetze die Freiheit der Kritik. Sei es möglich, sei es denkbar, daß die Wissenschaft überhaupt bestehen könne ohne die ungesesselte Kritik? Ganz gewiß nicht. Die Freiheit muß aber absolut sein; jede Beschränkung ist Mißfall. Heute nun, am Ende des 19. Jahrhunderts, in der Ära des absterbenden Kapitalismus wage man es trotzdem, der Wissenschaft diese Fesseln anzulegen! Man greife wie immer — in der Geschichte seien genug Beispiele vorhanden — zur Gewalt, weil man die Herrschaft über die Geister verloren habe. — So viel Taten der Kapitalismus vollbracht habe, so viel Verbrechen habe er auf dem Gewissen. Wer hat die Arbeitslosigkeit geschaffen, wer vernichtet den Mittelstand, wer ist für das ganze grauenhafte Elend verantwortlich, wer trägt die Schuld an der herrschenden Korruption? fragt der Redner. Der Kapitalismus stürze die Kritik unserer Partei, die seine Todfeindin ist; die Quittung der Furcht ist die Umsturzwelle. Die Kritik müsse es mit dem Kapitalismus bestreiten, wenn er gegen die Sozialdemokratie, die Partei der Wissenschaft und der organischen Entwicklung, die rohe Gewalt, d. h. den letzten Trumpf aufspiele. Wer könne eine Garantie übernehmen, daß die Wissenschaft durch die neuen Paragraphen nicht getroffen würde, wenn der erste Justizbeamte des Staates, der Minister, selber zugebe, daß das Vertrauen in die Rechtsprechung erschüttert sei, wo es dem Richter überlassen bleibe, zu unterscheiden zwischen sogenannt berechtigter und sogenannt unberechtigter Kritik. Wo sei überhaupt die Grenzlinie? Wer da suche nach einer Grenze der Kritik, begehe schon ein Verbrechen gegen die Freiheit der Wissenschaft und der Kritik. Getroffen von dem Gesetz würden zunächst Marx und Darwin, deren Werke ganz gewiß tausendmal mehr zum „Umsturz“ beigetragen hätten als die Literatur, welche man als gefährlich bezeichne. Wissenschaftliche Werke, sage man, sollten frei sein; darunter versteht man diese Bücher; also wenn das „Kapital“ in Broschürenform herausgegeben werde, solle es dem Staatsanwalt in die Hände, sonst nicht. Dabei stehe Marx heute bereits in der ganzen Nationalökonomie, ja in der ganzen Literatur und Presse! Der „Umsturz“ liegt schon in jeder Kritik. Geologen, Historiker, jeder wer beständig, daß nicht der Wille eines persönlichen Gottes, sondern bestimmte Gesetze im Weltall herrschen, müsse logischer Weise nach dem Umsturzwort zu Zuchthausstrafe verurteilt werden. Die Wissenschaft, wie überhaupt die Kultur, ist nicht das Werk weniger übermenschlicher Individuen, nicht erzeugt durch einzelne Säkularmenschen, sondern das Ergebnis der Erfahrungen, Forschungen aller, kurz es ist Kollektivarbeit, Massenarbeit. Ohne die sogenannten großen Geister des Schloßfelsens, die Säkularmenschen, würde sich die Entwicklung der Menschheit ebensofort, und gewiß mit weniger Blutvergießen vollziehen haben. (Lebhafter Beifall.) Mehring habe in seiner Fassung Legende mit den Märgen aus Friedrichsianischer Zeit in trefflicher Weise angedeutet. Im Zukunft wolle man das verhindern; es solle nur noch gelobt werden, was in den oberen Regionen geschehe. Das deutsche Volk habe die Verwirklichung, diesen Versuch, die Wissenschaft zu erwürgen, energisch zurückzuweisen.

Redner begründete das näher folgende: Die Wissenschaft muß für alle sein — Gemeingut des Volkes. Die Wissenschaft als Monopol einer Zunft, Kastei oder Klasse ist veräufelte Wissenschaft und Mittel der Unterdrückung. Die Freiheit ist die Lebensluft der Wissenschaft. Und die Wissenschaft soll sein so wenig das Monopol eines Geschlechts wie einer Zunft oder Klasse. Also der Zugang zur Wissenschaft für die Frauen ebenso wie für die Männer. Der Redner kam im Laufe seines Vortrages, als er entwickelte, daß die Ehe ebenso wie die Religion, das Eigentum und die anderen „Einrichtungen“, von denen die Kritik jetzt fern gehalten werden soll, historische Erscheinungen und als solche dem Wechsel unterworfen sind, — auch auf die „freie Liebe“

zu sprechen, und wies die alberne Behauptung der Bourgeoisie zurück, als habe seine — Liebknecht's — Frau über die Ehe eine andere Meinung geäußert als Bebel, dem die Unwissenheit und Bosheit der Gegner bloß Dinge in den Mund gelegt habe, die er nie gesagt. „Nur „freie Liebe“ ist wahre Liebe und kann eine sittliche Ehe begründen.“

Der Vortragende schloß unter stürmischem, anhaltendem Beifall seine Rede mit dem Rufe: Wieder mit der Umsturzwelle! Hoch die Freiheit der Wissenschaft!

Auf eine Anfrage eines Herrn Schulte, der sich als Anhänger des Herrn v. Goltz vorstellte, bemerkte der Referent u. a., daß nach Annahme der Umsturzwelle Herr von Goltz, den er hoch achte, wegen seiner Ansichten über staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften auch in den Märgen des Umsturzwortes hängen bleiben könnte. (Sehr richtig.)

Der Vorsitzende, Uhrmacher Wagner, richtete das Gesuch an die Anwesenden, die Schule durch möglichst zahlreichen Beitritt zu unterstützen. Ca. 70 Zeitungen wären jetzt zur Benützung in den beiden Schulklassen ausgelegt.

Die Zeitungsfrage beschäftigte am 23. d. M. eine für die Schönhäuser Vorstadt einberufene Volksversammlung. Veranlassung zur Einberufung derselben gab hauptsächlich der Streit um die Zeitungsfrage. Der Vorsitzende, Herr v. Goltz, bemerkte, daß die Zeitungskommission, Augustin betonte, daß der Kommission jede persönliche Motive fern gelegen haben, daß dieselbe vielmehr nur im Partei-Interesse gehandelt habe. Von Ahlers sind mehrere Flugblätter verbreitet worden, gegen welche Augustin polemisierte. Ahlers habe bei der Parteiposition keine Anstellung erhalten, weil die Kommission kein Vertrauen zu ihm hatte. Dementselben sei eine Entschädigung von 200 M. geboten worden, auch sollten seine Frau und Tochter wie er selbst mit Zeitungsausgaben beschäftigt werden. Diese Vorschläge seien von Ahlers zurückgewiesen worden. Die Flugblätter enthalten scharfe Angriffe auf die Kommission und die Person des Genossen Augustin. Dieser erklärte, sein Amt als Vertrauensmann sofort niederzulegen, sofern die Versammlung diese halslosen Angriffe gutheißende würde. Die Verteidigung des Genossen O. Ahlers übernahm zunächst dessen Bruder G. Ahlers. Derselbe betonte, daß in erster Linie die beiden vorhandenen Parteipositionen in Schönhäuser Viertel, Ahlers und Rosenthal, von der Kommission hätten berücksichtigt werden müssen; nicht aber durften Genossen als Expeditionen angestellt werden, die einmal bislang mit der Expedition nichts zu thun hatten, andererseits aber eine Gefährdung hatten. Redner stand auf dem Boden der Regieposition, jedoch ohne Schädigung der eigenen Parteigenossen. In die beiden Referate knüpfte sich eine langwierige, hart persönliche Debatte, in welcher die Kommission die Zeitungsfrage richtig stellte, daß Ahlers kein Entschädigungsangebot gemacht worden sei. Auch betonte derselbe, daß die Zeitungskommission nicht mehr im Amt sei. Nach mehrstündiger Debatte, in welcher auch O. Ahlers das Wort nahm und die gegenteiligen Ansichten zum Ausdruck kamen, wurde ein wiederholt geführter Antrag auf Vertagung der Versammlung und Einberufung einer neuen Versammlung, abgelehnt. Eine Resolution, die gegen die frühere Zeitungskommission gerichtet war, fand nur die Zustimmung einer unzureichenden Minderheit. Eine fernere Resolution gleicher Tendenz erwies sich als hinfällig. Ueber eine dritte Resolution, die ein Vertrauensvotum für die Zeitungskommission darstellte, ging die Versammlung, als unzulässig, zur Tagesordnung über, da die Kommission bereits entlassen worden sei. Mit einem kräftigen Applaus an die Genossen, ihre Kräfte in thätigster Mitarbeit im Interesse der Partei zu betätigen, schloß Augustin nach Mitternacht die Versammlung.

Ueber die Schwebbahn nach dem Lungen'schen System und ihre Einführung in Berlin referierte der Stadtverordnete Vogt herr am Montag Abend in einer von dem Vertrauensmann nach dem Reichert'schen Saale in der Müllerstraße einberufenen Versammlung. Mit Zustimmung von Zeichnungen und photographischen Aufnahmen schilderte der Vortragende die Vorzüge der Schwebbahn gegenüber den Niveaubahnen und sonstigen Verkehrsmitteln der Großstadt. Nachdem das Projekt der Untergrundbahn geschildert sei, dürfe man die Schwebbahn als das in ökonomischer Beziehung vorteilhafteste Unternehmen auf dem Gebiete des Verkehrslebens betrachten. Es erfordere sich hierbei große festspielige Terratrainläufe, außerdem der Betrieb bedeutend weniger Kosten. Die größere Bequemlichkeit und größtmögliche Sicherheit gegen Unglücksfälle spreche für ihre Einführung, außerdem komme in Betracht, daß sie durch den 10-Pfg. Einheitspreis als billiges Verkehrsmittel in erster Linie stehe. Aus all den angeführten Gründen empfehle sich das Projekt für die Berliner Bevölkerung — trotzdem habe die Polizeibehörde wieder Schwierigkeiten gemacht. Der Redner wies nun eingehend nach, wie unzulänglich die Einwände sind, welche von dieser Seite ins Feld geführt werden; durch die Weigerung, den Betrieb in verkehrsreichen Straßen zu gestatten, werde die Sache wesentlich erschwert, vielleicht ganz illusorisch. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung, betonte der Vortragende zum Schluß, werde, soweit ihre Kräfte reichen — wie sie das schon bei der Pferdebahn wünschte — dafür eintreten, daß den Betrieb der Schwebbahn die Stadt übernimmt. — Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt.

Der Verein der Lithographen, Stein drucker und Versuchsgegnen beschäftigte sich am 17. Januar mit der Besprechung einiger Vereinsangelegenheiten. Schöpke erstattete Bericht über die an die arbeitslosen Mitglieder der Filiale ausgehobene Weihnachts-Unterstützung. Danach gelangte an insgesamt 21 Kollegen mit 18 Kindern die Summe von 209 M. zur Verteilung. Des weiteren wird mitgeteilt, daß am Sonntag, den 12. Mai, vormittags, eine Separat-Vorstellung stattfinden werde. Die Abrechnung von dem am 24. Novbr. v. J. stattgehabten Kommerz ergab ein Defizit von 60 Pf. Hieran erfolgte seitens des Kollegen Friedewald der Bericht und die Abrechnung der Unterstüßungs-Kommission. Danach betrugen die Einnahmen vom 22. Juni 1894 bis 17. Januar 1895 incl. Bestand 698,12 M., die Ausgaben 418,27 M., so daß ein Bestand von 279,85 M. vorhanden ist. Die per Affirmation vorgenommene Neuwahl ergab die vollständige Wiedererwählung der bisherigen Kommission, jedoch an Stelle des abgereichten Kollegen Neugebauer als Erzhmann die einstimmige Wahl des Kollegen Storch. Mit größtem Interesse und lebhaftem Beifall nahm hierauf die Versammlung den Vortrag des Referenten Dr. Pinn über das Thema: „Die Pharisäer einst und jetzt“ entgegen. Nach einer kurzen, sich hieran anschließenden Diskussion wird vom Kollegen Reischer darauf aufmerksam gemacht, daß es dringend notwendig sei, die noch ausstehenden Abrechnungen vom Weihnachtsfest so bald als möglich einzufenden. Kollege Schöpke erwähnte, daß von 888 Mitgliedern erst 480 auf den Abrechnungslisten zu finden wären; er hoffe bestimmt auf regere Beteiligung.

Die Freie Vereinigung der Lokal- und Straßenhändler beschloß in der Sitzung am 18. Januar den Namen fortan in „Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen“ umzuändern. Die weiteren Verhandlungen betreffen einige interne Angelegenheiten. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß sich die Mitglieder in öffentlichen Angelegenheiten an den Vertrauensmann Esch, Pritzenstraße 20, wenden mögen. In Vereinsangelegenheiten giebt der Vorsitzende Schröder, Stalitzerstraße 130, Auskunft.

In einer Versammlung der Arbeiter-Bildungsschule (SO.) sprach am 20. Januar Herr Schriftsteller Schulz über „die häusliche Erziehung“. In der Diskussion über den interessanten Vortrag nahmen die Mitglieder B. S. n. e. r und J. b. f. e. r das Wort, um sich im zustimmenden Sinne zu dem Referat zu äußern.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger beschäftigte sich in seiner Sitzung am 20. Januar mit der Besprechung verschiedener Vereinsangelegenheiten. Zunächst erfolgte die Abrechnung vom letzten Quartal. An Einnahmen mit einem vorbandenen Bestand weist der Bericht 521,64 M. auf; an Ausgaben sind 124,35 M. zu verzeichnen, bleibt mithin ein Bestand von 397,29 M. Bei der Erziehung des Vorstandes wurden die Mitglieder Kühn und Sehnorn zu Vorständen gewählt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hatte am 20. Januar eine Mitgliederversammlung einberufen, in der Genosse S. S. e. n. b. a. c. h. in einem recht beifälligen aufgenommenen Vortrag über: das Freimaureurthum sprach. In der Diskussion gaben einige Redner in humorvoller Weise ihre Erfahrungen zum besten, die sie gelegentlich der Renovierung einiger Logen gemacht haben. An Stelle des zurücktretenden Schriftführers wurde das Mitglied Dienert gewählt. Zur Besprechung gelangten sodann die Arbeitsverhältnisse auf einem Bau in der Ritterstraße und bei Kroll. Die lange Arbeitszeit auf diesen Bauten wurde allgemein verurteilt.

Der Verein der Zimmerer hielt am 20. Januar seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kameraden Hermann Schmidt in der üblichen Weise. Hierauf verlas der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal 1894. Die Einnahme betrug 1677,13 M., die Ausgabe 923,26 M., mithin bleibt ein Bestand von 753,87 M. Von den Revisoren wird die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt, und dem Kassier hierauf Entlassung erteilt. Gleichzeitig wird das Vergütungs-Komitee entlassen. Bei der Statutenberatung wird der § 12 durch einen Zusatz ergänzt. Da die Wahl eines zweiten Schriftführers und eines Kontrolleurs notwendig geworden war, so wurde Kaiser zum Schriftführer und Jentich zum Kontrolleur gewählt. Der Vorsitzende verurteilt hierauf die Handlungsweise des Zimmerpoliers Ferdinand Wagner; derselbe hat noch 10 Listen von den ausgesprochenen Branerei-Arbeitern in Händen. Auf Anfrage erklärte der Herr, sämtliche Listen seinen Gefellen gegeben zu haben, die sie zu etwas Anderem benutzt hätten. — Daraus forderte als Thema für die nächste Versammlung: Die Lage der Berliner Zimmerer und was gedenken wir in diesem Jahre zu thun?

Eine Generalversammlung des Fachvereins der Stellmacher tagte am 20. Januar. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 76,98 M., und eine Ausgabe von 16,17 M.; bleibt mithin ein Kasienbestand von 60,81 M. Unter „Verschiedenem“ wurden einige Mißstände zur Sprache gebracht, und sodann den Brauerei-Arbeitern und den freitenden Musikinstrumenten-Arbeitern je 10 M. bewilligt. — Die nächste Vereinsversammlung findet am 17. Februar bei Brück, Reihingstraße 41, statt.

Eine Versammlung des Verbandes deutscher Korbmacher, die zahlreich besucht war, tagte am 20. d. M. in den Remisallen. Genosse Schöpke hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Gott Mammon und sein Paradies.“

Eine zweite Versammlung derselben Vereinigung tagte am 21. Januar. Zur Erledigung gelangte zunächst der Kasienbericht. Derselbe weist eine Einnahme von 72,45 M. und eine Ausgabe von 27,25 M. auf. Der Ueberschuss ist der Hauptkasse überwiesen. Hierauf begründete Kollege Bräuner in längeren Darlegungen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Zur Prüfung und Regelung dieser Angelegenheit wählte die Versammlung eine Kommission, die in der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll. Im „Verschiedenen“ brachte der Vorstand einen Situationsbericht aus verschiedenen Werkstätten zur Kenntnis. Nach den eingegangenen Ermittlungen betrug der niedrigste Verdienst 7—9 M. und der höchste 26 M. bei zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit. Kollege Keller gab dann der Versammlung bekannt, daß in Berlin die Firma Klempe eine Lieferung von ca. 40 000 Gefäßtransportkörbe abgeschlossen hat, die für 35 Pf. das Stück angefertigt werden sollen. Verschiedene Redner vertraten mit Recht die Ansicht, daß die Kollegen durch ihr übermäßiges Arbeiten dies selbst verschuldet haben.

Der Vertrauensmann der chirurgischen Branche hatte am 20. d. Mts. eine öffentliche Versammlung einberufen bedarfs Besprechung von Mahreglungen und Mißständen in der Fabrik von Dewitt u. Herz. Laut eines vom Fachverein gestellten Beschlusses soll Ueberfeierabend-Arbeit nicht unter 20 Pct. Lohnzulage geleistet werden. Diese Forderung ist von Herrn Dewitt nicht anerkannt worden und ist es derentswegen wiederholt zu Differenzen gekommen. Zwei sofortige Entlassungen haben auf Grund folgender Vorkommnisse stattgefunden: Wille arbeitete in Wochenlohn (24 M.). Derselbe betrachtete diesen Lohn als unzureichend, wünschte in Allord zu arbeiten, da er dabei besser wegkomme; oder eine Lohnzulage. Dieser Wunsch wurde ihm abgelehnt und Trapp aufgefodert, die Arbeit des Wille zu machen. Dieser wies dieses Aufkommen zurück. Beide Arbeiter wurden entlassen. Eine Werkstattkonferenz betrachtete die statgehabten Entlassungen als Mahreglungen und legte Herrn Dewitt, der früher selbst Arbeiter gewesen sein soll, folgende Forderungen vor: 1. Wiedereinstellung der Gemahregelten; 2. Berichtigung auf künftige Mahreglungen; 3. Befreiung der Rüdigungsfrist. Herr Dewitt bestritt die Mahreglungen. Er beabsichtige, sein Personal zu verringern. Wille habe er deshalb entlassen, weil er ein guter Arbeiter sei, der leichter wieder Beschäftigung fände, als ein minder guter. Trapp sei wegen Arbeitsverweigerung entlassen. Mit der Aufhebung der Rüdigungsfrist erklärte er sich einverstanden. Die obigen drei Forderungen waren von allen Kollegen unterschrieben worden, aus welchem Umstände sich wiederum mancherlei Differenzen ergaben. Auch haben noch andere auffällige Entlassungen stattgefunden. Gegenüber alledem wurde ein energisches Vorgehen für notwendig erachtet. Als Vertreter der Firma wohnte Herr Werkführer Wille der Versammlung bei. Ueber die oben kurz skizzierten Vorkommnisse fand eine eingehende Aussprache statt, in welcher die ganzen Werkstatteverhältnisse zur Sprache kamen. Mit großer Majorität wurde schließlich folgender Beschluß gefaßt: Die Versammlung erklärt nach eingehender Beratung, daß sie die Entlassung von Kollegen in der Werkstatte von Dewitt u. Herz als Mahregelung betrachtet und diese ganz entschieden verurteilt. Sollten in Zukunft dergleichen Fälle zu verzeichnen sein, so sind die Kollegen der betreffenden Werkstatte verpflichtet, ganz energisch vorzugehen. Gleichzeitig wird gewarnt, in der Werkstatte von Dewitt u. Herz in Arbeit zu treten. — Ersucht wurde noch um schleunigste Ablieferung ausstehender Sammellisten an Bräuner.

Die Gärtner hielten am 22. Januar eine öffentliche Versammlung ab, in der über die Gründung einer Zählstelle Berlin-West des Zentralvereins beraten wurde. Seider waren die sozialdemokratischen Gärtner so schwach vertreten, daß die zahlreichen erschienenen Anhänger der Dirsch-Dunder'schen Richtung bei der Bureauwahl die Majorität hatten. Obwohl dieser Umstand dem Vorhaben nicht günstig war, so beschloß die Versammlung dennoch nach dem Referat des Kollegen Wächner und einer äußerst regen Debatte, die Konstituierung einer Verwaltungsstelle. In der hierauf folgenden Wahl eines Vorstandes wurden die Kollegen Wächner, Born, Pinzer und Vorkäuser gewählt, die weiteren Wahlen ergaben Hoch als Beisitzer und Kunz, Abromeit und Niedrig als Revisoren. Nach Erledigung verschiedener anderer öffentlicher Angelegenheiten erfolgte die Wahl eines Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission und wurde fast einstimmig Kollege Wächner gewählt. Hierauf theilte Kollege Abromeit der Versammlung mit, daß die Zählstelle Berlin-West ihre erste Versammlung am Dienstag, den 5. Februar, im Restaurant Pinzer, Rollendstraße 16, abhalten würde. Es wäre wünschenswert, daß die Gärtner der gewerkschaftlichen Bewegung mehr Unterstützung angedeihen ließen.

Das Resultat

unserer soeben beendeten Inventur kann als sehr günstig bezeichnet werden. Unser geehrten Kundenschaft danken wir, daß sie uns beifällig gewesen ist, die Geschäfts-Umsätze gegenüber dem Vorjahre zu vergrößern. Infolge des günstigen Jahresabschlusses haben wir unsere vorjährigen Läger trotz der bereits billigen Preise um ein erhebliches herabgesetzt.

Zur Erhöhung unserer Leistungsfähigkeit haben wir unseren gesamten Betrieb zum Vortheile der Käufer geändert, indem wir eigene Fabrikation in größerem Massstabe eingeführt haben. Der Nutzen des Zwischenhandels fällt fort und wird zum Nutzen des kaufenden Publikums.

Den Stoff-Einkauf besorgen wir selbst in den ersten Fabriken des Kontinents. Jedes Stück Waare wird vor der Verarbeitung defektirt und auf diese Weise vor späterem Einlaufen geschützt. Das Zuschneiden der Tuche ist in Händen von bewährten, akademisch gebildeten Meistern. Die Verfertigung der Anzüge wird unter Beobachtung der jeweiligen Mode von tüchtigen Schneidern vorgenommen. Ganz besonders kommt hierbei unsere tadellose Nach-Anfertigung in Betracht. Wir sind in der Lage,

für äußerst niedrige, streng feste Preise

Auch dem verwehntesten Geschmack zu dienen. Den Beweis unserer Billigkeit erkennen wir hauptsächlich daran, daß viele andere Geschäfte Waaren zum Weiterverkauf bei uns beziehen.

Grundprinzip:
Billigster Verkauf, zu streng festen, in Zahlen gezeichneten Preisen.

Es liegt im Interesse des geehrten Publikums, unsere Läger zu besichtigen, um im Bedarfsfalle den Einkauf bei uns zu decken.

Unser Personal ist angewiesen, sich über Beschaffenheit und Ursprung der Waaren immer streng wahrheitsgemäss zu äussern. Kaufswang ist aufgeschlossen.

Geschäfts-Gänger
Baer Sohn
Herren- und Knabenbekleidung
en gros — en detail
24a, Chausseestr. 24a
Am Friedr.-Wilhelmst. Theater.
11, Brückenstr. 11
Ecke Rungestrasse.
16, Gr. Frankfurterstr. 16
Gegenüber d. National-Theater.

Waaren-Haus M. Löwinsohn, Joh. N. L. Jacob, Grüner Weg 30, Ecke Andreaskaplan.
Kleiderstoffe, Leinen-Waaren, fertige Wäsche zu billigsten Fabrikpreisen. 1894/95

Wegen Abriß des alten Edlhauses
verlege mein seit 18 Jahren von mir betriebenes
Gold-, Silber- u. Alfenidewaaren-Geschäft
nebst Trauring-Fabrik u. Reparaturwerkstatt zum 1. April 1895 nach **Rosenthalerstr. 20/21** nahe der Gipsstr.
Bis dahin großer Ausverkauf im alten Edlhouse bedeutend unter dem Auszeichnungspreis!!
Bedienung, wie seit 18 Jahren, streng versch.
Carl Lützow, Juwelier und Goldschmiedemstr.
Brunnenstrasse 198 am Rosenthaler-Thor.

Teilzahlung. Monatl. 10 M. liefert
Compowowski, Schneidermeister,
Berlin C. Jüdenstr. 87 I.

Fertige Betten, großer Stand, Oberbett, Unterbett, 2 Koppkissen, mit gereinigten neuen Federn, von 18 Mark an, fertige **Paletts, Bettmöbel, Matratzen** jeder Art, Stepp-, Schlaf-, Weißbuden und **Wollhaas-Betten** empfehle billig das als streng recht bekannte, 1870 gegründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Grünen-Arabe 61, am Marienplatz.**

Gardinen-Reste
zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik **Grüner Weg 80, part.** Eingang vom Flur.

Möbel-Gelegenheitskauf
zu außerordentlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante **Nachbau- u. Mahagoni-Kleiderstühle u. Vertikons** 30 M., einfache 20 M.; **Sophas, Bettstellen** mit Matratze 20 M.; **Wasserkissen, Küchenstühle, Kommoden** 12 M.; **Stühle** 3 M.; **Sophas** 6 M.; **Säulen-Truhen** 65 M.; **Plüschgarnituren** 60 u. 100 M.; **Panelsophas** 60 M.; **Buffets, Silber-schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-schreibe, Zylinder-Bureau, Spiegel** (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis April kostenfrei ausbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Bettfedern-Spezialgeschäft
C. M. Schmidt,
Berlin, **Andreasstr. 59, vorn 1 Tr.**
Größte Auswahl gereinigter Gänsefedern und **Dannen** (Kompletter Stand) 10, 15 bis 20 M., **Dannen-betten** 35 bis 50 M. Streng reelle Bedienung.

Masken- u. Theater-Garderobe
von **Otto Runge,** jetzt **Gr. Frankfurterstr. 75,** empfiehlt eine Auswahl von 2000 Masken. Auswahl von 18 Karneval-Anzügen. Lebende Bilder. Vereinen 15 Prozent Preisermäßigung. 2025b

Von heute ab verkaufe ich sämtl. Fleisch u. Würstwaren bed. bill. **C. Köpferstr. 44, Swinemünderstr. 44.**
Roh-Tabak.
Die billigsten Preise. **Herberzeugung macht wahr.**
Filiale F. Leopold,
Vertreter: **S. Gröbel,**
Brunnenstrasse 11.
Schlosserwerkstatt, vom jehigen Zuhaber über 10 Jahre betrieben, wegen Verzug nach außerhalb zu verm. **Stein-mechstr. 24.** 2347b

Gardinen-Reste
elegante, 1-4 Fenster, spottbillig. **Fehlerhafte Teppiche, (831M) Vorläufer, Tischdecken, Reste zu Sopha-Bezügen.**
Wollhaas-Steppdecken
die schönsten u. größten, statt 24 M. beide Seit. reitend, Atlas, 210x160 cm Handarbeit, 13,50 M. **Stühle, Wollhaas, 5,50 u. 6 M.**
Steppdecken 2 m lang, 5,50 u. 6 M.
Topf-Hülle Zimmerstrasse 86 sechsundachtzig S. v.

Halbe Preise!
steht das unterzeichnete Institut der „Goldenen Hunderthaler“ (Leipzigstr. 110) in seinem Ausverkauf, da das überfüllte Lager absolut verringert werden muß; zum Beispiel:
15000 Schneidige Jaguet- u. Koch-Anzüge (auch in schwarz, auch in Ham-garn) v. 12, 14, 16, 18, 20, 24, 27, 30, 36 M. prima.
12000 Winter-Pale-tots und Pelzerinnen-Mäntel von 10, 12, 15, 18, 20, 24, 25, 27, 30 M. prima.
6000 Hosen in dauer-haften Stoffen von 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 12 M. prima.
Loden-Havelocks für Herren bei uns nur von 10 M. an. **Haus- und Jagdschuppen** v. 6 M. an. **Knaben- und Damen-Anzüge** jetzt von 3 M. an. **Einschnurungs-Anzüge** von 10, 12, 15, 18, 20, 24 M. prima.

Goldene 110, 110, Leipzigerstr. 110.

Möbel-Gelegenheit
bietet sich Brautleuten zc. im Möbel-speicher, 18648
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
Dasselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außerordentlich billigen Preisen, gebrauchte und verlebene gemessene Möbel zu wahr-haften Spottpreisen. Teilzahlung ge-stattet. **Kleiderschränke** 15, **Küchen-spende, Kommoden** 12, **Sophas** 15, **Bettstellen** mit Matratzen 18 Mark. **Nachbau-Kleiderschränke, Vertikons** 30, **Stühle** 3, **Muschelstühle** 40, **Tru-men** 65, **Panelsophas** 75, **Plüsch-garnituren** 60 Mark. **Herren-Schreib-tische, Schreibstühle, Buffets, Kon-sultationstische, Spiegel, alles stammend billig.** Gekaufte Möbel können auf meinem Lager speicher bis April kostenfrei aus-bewahrt und werden durch eigene Ge-spanne transportirt und aufgestellt.

Rohtabak.
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Lager in Formen, Bockfagons.
Heinrich Franck,
Hr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.

1000 Stück **MARIE** M. 7,00 frei Koller.
Seitenberger Presskohlen.
Garantirt Prima Qualität.
Kleineres Format M. 5,50 frei Koller.
O. Schantz, Eisenaustr. 50, a. d. Gatenb.
Presskohlen, Marie 4 1/2, II 5, Prima 6 M. **Auerbach, Greifswalderstr. 54, gegenüber der Gas-Anstalt.**

Masken- u. Theater-Garderobe
von **Herm. Wetzig,**
Gebrüderstr. 1, L. Ecke Schönb.
Allee. Reichhaltiges Lager von Kostümen. Vereinen Preisermäßigung.

Bureau für Unfall-Prozesse
von **Dr. Jur. Richard Lehmann,**
Lützowstr. 102, I. — Sprechstunde:
morgens 8-1/2 Uhr, abends 6-8 U.

Phierack's hygienische Fettseife No. 690
ist unter den fein parfümirt.
Toilette-Seifen die billigste.

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn 1. sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verlebene gemessene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. **Beamten ohne Anzahlung, Kleiderspenden** 15, **Küchen-spenden, Kommoden** 12, **Sophas** 15 M., **Bettstellen** mit Sprungfeder-Matratzen 18, **Nachbau-Kleiderspenden** 30, **Stühle** 3 Mark, **hochfeine Muschelstühle** 40, **Plüschgarnituren** 60 Mark, **Herren-schreibtische, Damenschreibtische** 30, **Zylinderbureau, Schreibstühle** 15 Mark, **Garderoberstühle, Panelsophas** 75, **Buffets, Truhen** 65 M., **Betten, Konsultationstische, alles spott-billig.** Auch einzelne Gegenstände werden zu Einstandspreisen verkauft. **Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu be-sichtigen u. sich von den stammend billigen Preisen zu überzeugen.** Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei abge-ben und werden durch eigene Ge-spanne transportirt und aufgestellt.

Kranzbinderei und Blumen-Handlung
J. Meyer, Wienerstr. 1
(nur dort).
Gutlanden & Mtr. von 15 Pf. an.
Cottillon-Bouquets, Dtd. v. 1 M. an.
Telephon: Amt IV, 9482.

Bettfedern, reine Gänsefedern & Bld. v. 50 Pf. an, **Grüner Weg 41, 1. Tr. Frau Glaser.**
Kanarienhähne, gut singend, gute Zuchtweibchen verkauft **Krebs, Köpferstr. 154a, 4 Tr.**
Kanarienhähne, hochfeine Sänger, Zuchtweibchen, **Hedebauer, Westf. Grüner Weg 12, Jänische, Restaurant.**

Kanarienhähne, gut singend, gute Zuchtweibchen, verkauft **Kalenberg, Altdorf, Berlinerstr. 139, 3 Tr.**
Kanarienvögel 5-10 M., Zucht-weibchen 1,25 M. **Welfert, Reiniden-dorferstr. 64a, 4 Tr.** 2417b

Harzer Kanarienhähne u. Weibchen vert. v. 4 M. an **H. Müller, Cuorg-strasse 40, 4 Tr.** 2349b
Kanarienvögel, f. Sänger, von 7,50 M. an, **Weibchen** 1 M. verkauft **Möbel, Weihensee, Seiderstr. 116.** 2348b

Kanarienhähne, seine **Dohl-Klingelkoller-Weibchen** ver-kaufte **Schönhauser Allee 69, Joch.**
Kanarienvögel, feinsten Sänger, verkauft **billig Schultze, Böhmerstr. 19**

Werkanzüge, aus echtblau (schrag und gerade zu knöpfen) liefert zu 4 1/2 M. pro Stück komplett franco gegen Einsendung od. Nach-nahme die Fabrik für Schutz- und Sicherheitsbekleidung **H. Lion** in Düsseldorf. Trotz des enormen Konsums von ca. 300 000 Anzügen in den Jahren 98-94 keine Anstaltsarbeit; nur Hausindustrie (Männerarbeit).
Einer Erinnerungsbeigabe wegen bitte bei Bestellung den „Vorwärts“ zu erwähnen.

Möbel, gebraucht, laust Möbel-Strasse 13.
Homöopath. **Dr. Bösch, Linien-straße 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr.** 1875L

Nähmaschinen, ganz neue, mit allen Anzügen, **Singer, hocharmige** 50 M., **beste Ringstich** 80 M., **Kunstschiff-Schnellnäher** 85 M., 3 Jahre Garantie. **Gebrauchte Maschinen,** fast neu, sehr billig. **Friedrich, Swinemünderstr. 9.**
Allen werthen Genossen u. Bekannten empfehle mein
Loft mit Vereinszimmer
Frankenstr. 23, Ecke der Weihenburger-straße.
Otto Veruet.

Zum Pfeifen-Müller, Weissensee
Verkaufe sofort meine Restauration preiswerth. **C. Müller, Königs-Strasse 38.**

Von heute ab habe ich das Schank-geschäft von **Rühnel, Müllerstr. 162a,** übernommen und bitte Genossen und Freunde um gütigen Zuspruch. [2395b] **Wilh. Martner.**

Schmiedel's Festfale
Alte Jakobstr. 32.
Empfehle meine hochgelegenen Säle (elektr. Bel.) auch mit Bühne zur Abhalt. von Vereins- u. Privatfestlichkeiten. 14048* **Wm. C. Schmiedel.**

Gesellschaftshaus
35. Swinemünderstr. 35,
empfiehlt Säle zu Versammlungen, Fest-lichkeiten bei 250 Personen mit Musik in 200 Tagen außer Sonnabend gratis.

Armin-Hallen
Kommandantenstraße Nr. 20
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen. Sonntags, 2. Februar: oberer Saal frei.

Vereinszimmer, Montag, Dienstag, Mittwoch noch frei. **Naunynstr. 26.**

Empfehle allen Freunden und Genossen des Südens meinen reichh. Frühstück, Mittag- u. Abendbisch zu kleinen Preisen.
Franz Gittler, Mariannen-straße 48.

Samann's Erholungsgarten
70, Bellermannstrasse 70
empfiehlt seinen Saal zu Versamm-lungen und Festlichkeiten auch Sonn-abends und Sonntags gratis. 2174b

M. Krüger's Speise-Leinöl
ist das anerkannt Beste.
Fabrik-Lager: 15189
Berlin 80., Skallitzerstrasse No. 105.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Tischler!
Jung u. d. **Rüchelmöbel-Fabrik von Oskar Springer,**
Generalstraße 8, Weissensee,
ist unbedingt fern zu halten. 143/18*
Die Kontrollkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von **Görs & Kallmann** haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit nieder-gelegt. **Jung ist strengstens fern-zuhalten.**
Gleichzeitig ist für die Branche Zu-sammenseher der Piano-Fabrik **Kunze & Sohn, Blumenstr. 70,** infolge Maß-regelung laut öffentlicher Versammlung vom 18. Januar ex. die Sperre ver-hängt worden.
198/18 Die Lohnkommission.

Blumen-Binderinnen
außer dem Hause für bessere Genre werden gesucht. Meldungen am 28. und 29. Januar. 5439R

Wilhelm Frechstadt,
Kommandantenstr. 80/81, 2. Etage.
Eine alte deutsche Feuer-Versiche-rungs-Gesellschaft sucht für Berlin und Vororte thätige Haupt- u. Spezial-Agenten unter sehr günst. Bedingungen. Df. unter P. 2. nimmt die Exped. d. Bl. entgegen. 2314b

Schneidermeister, Or. 1-6 u. 7-12, besseren Genres arbeiten und viel liefern können, werden gegen hohe Arbeitslöhne dauernd beschäftigt. Vor-lage erbeten. **Gebr. Casper, Jäger-strasse 25.** 2388b

Bergolderin auf Garolkeiten ver-langt Mantelstr. 86, Hof 1 Tr.

Gefibte Wäschnäherin u. eine Hand-näherin, w. liefern geht, dauernd ges. **Wusterhausenstr. 3, 1 Tr. (früher Holzmarktstraße.)** 2395b

Zuschneider
auf **Kragen, Manschetten, Oberhemden** geübt, suchen **Kraft u. Jacobi, Marienburgerstr. 9.** 3543R

Zuschneider, durchaus tüchtig, verl. per sofort **Kirstein & Co., Rationfabr., Neue Königsstr. 39,** Meldungen Sonn-tag zwischen 9 und 10 Uhr. 48/39

Tücht. Andwalzer verl. sof. **Oscar Piepmann, Königs-Wusterhausen.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Sonntag, den 27. Januar im Lokale von Zubeil,
Vindenstraße 106:
Abend-Unterhaltung.
Vorher: Vortrag des Genossen Wagner über: „Die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Volksschule.“

Mittwoch, d. 30. Januar, i. d. Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Außerordentl. Generalversammlung.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 29. Januar 1895, abends 8 1/2 Uhr,
im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c:
Große Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Müller (Bergmann) über den Standpunkt der Bergarbeiter-Bewegung zur Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule
Versammlung
am Sonntag, den 27. Januar 1895, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Gründel, Brunnenstraße Nr. 188.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Schriftstellers Albert Witz. Thema: Die Prostitution. 2. Diskussion. — Nachher: Familienkränzchen. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste, Herren und Damen, können durch Mitglieder eingeführt werden.
56/12

Arbeiter-Bildungsschule
Sonntag, den 27. Januar, abends 7 Uhr,
in den „Oranienhallen“, Oranienstr. 51 (am Moritzplatz):
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. A. Bernstein über: „Erziehung und Unterricht.“ 2. Diskussion. — Entree 10 Pfennige. — Gäste willkommen. — Mitglieder werden aufgenommen.
Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein mit Tanz, arrangiert von den Schülern.

Achtung!
Frauen- und Mädchen-Bildungsverein
für Berlin und Umgegend.

Große Wander-Versammlung
am Montag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Hermann Förster über: Die Lebensstellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
Um recht zahlreichen Besuch besonders der Frauen ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter! Achtung!
Sonntag, den 27. d. M., vormittags 10 Uhr, im Vereinshaus Süd-Ost, Waldemarstr. 75:

Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Die Situation des Streiks bei Görs & Ballmann. 2. Diskussion. 198/20
Kollegen, erscheint zahlreich, es gilt einen wichtigen Beschluss zu fassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894. 2. Bericht der Ortsverwaltung, der Beisitzer, der Verwaltungskommission und des Arbeitsvermittlers. 3. Erwählung der Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Um zahlreichen Besuch ersucht
Die Ortsverwaltung.

Lese-Klub „Karl Marx“.
Große öffentliche
Versammlung für Männer u. Frauen
am Sonntag, den 27. d. M., abends 6 Uhr, bei Specht, Markgrafenstraße Nr. 83:
Vortrag des Genossen Dr. Heymann über: „Hat der Sozialdemokrat Religion?“ — 2. Diskussion. 199/8
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Luxuspapier-Branche.
Dienstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr:
Grosse Versammlung
aller in der Lux- und Epispapier-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im Lokal von Gründel, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Allgemeine Aussprache. 3. Neuwahl. 4. Vertikalen-Angelegenheiten. 75/20
Zu dieser Versammlung sind die im Norden wohnenden Kollegen und Kolleginnen ganz besonders eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Roh-Tabak Rud. Seiffert,
Berlin 50.,
Reichenbergerstrasse 171.

Um wissenschaftlich falsch verbreiteten Nachrichten früherer Mitglieder entgegenzutreten, erklären wir, daß der **Gefangenen-Verein „Kecic“** (gen. Chor) nach wie vor besteht, und seine Uebungsstunden jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Schlenker, Zeughausstraße 8, stattfinden. Gäste jederzeit willkommen.
2405b E. Grant, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
der Bildhauer, Studenten- und verw. Gewerbe.

Allgemeine Versammlung
der Herren Arbeitgeber, welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln zahlen, und der großjährigen Mitglieder, Arbeitnehmer, 21 Jahre alt. Dieselbe findet statt: a) Arbeitgeber Dienstag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 50 (hinterer Saal); b) Arbeitnehmer Freitag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Annenstraße 16 bei Ehrenberg.

Tages-Ordnung:
Wahl der Vertreter zur General-Versammlung.
Die Mitglieder a wählen 59 Vertreter und 6 Ersatzmänner. Die Mitglieder b wählen 119 Vertreter und 12 Ersatzmänner.
Zur Aufstellung einer Kandidatenliste ist erforderlich, daß diejenigen, welche gewählt sind, Vorschläge bis zum 31. Januar zu machen, mit Angabe der Kandidaten auch die Arbeitsstellen derselben angeben und an die Adresse des Herrn Söner, Finkenstr. 16, gelangen lassen. Die Stimmenabgabe geschieht am Wahltag von 9—10 Uhr. Das Quittungsbuch ist notwendig als Legitimation. 72/5
Berlin, den 26. Januar 1895.
Der Vorstand.
J. A. Söner, Vorsitzender.

Achtung! Achtung!
Rürschner.

Montag, den 28. Januar ds. J., abends 8 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33,
Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Delegirtenbericht der Gewerkschaftskommission und Neuwahl derselben. 2. Abrechnung der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bitten
2402b Die Vertrauensleute.

Eine größere Gewerkschaft sucht per 1. April d. J. ein

Verkehrslokal
nebst sep. Bureau für Arbeitsnachweis
im Zentr. od. nahe der Friedrichstraße. Offert f. zu richten an A. A. 100 Exped. d. Zeitung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
der Tischler u. s. w.

Eing. Hilfsk. Nr. 3 in Hamburg
Örtliche Verwaltung Berlin G.
Montag, den 28. Jan. 1895, Abends 8 1/2 Uhr.

Mitgliederversammlung
bei Volkmann, Lichtenbergerstr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1894. 2. Wahl eines Revisors. 3. Vortrag des Herrn Dr. Wenzl. 4. Verschiedenes. Die Damen der Mitglieder als Gäste willkommen.
237/11 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
der Tischler u. s. w.

Örtliche Verwaltung Berlin H.
Mitgliederversammlung
am Montag, den 28. Januar 1895, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Tolsdorf, Görlitzerstr. 58.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894. 2. Arztfrage. 3. Verschiedene wichtige Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimirt.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. 237/12
Die Ortsverwaltung.

Genossenschafts-Buchdruckerei
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) in Solingen.
Ordentliche

General-Versammlung
am Sonntag, den 10. März, nachmittags 5 Uhr, im Lokale v. C. Ern, Behrwohlf, Solingen.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Beschlussefassung über die Verwendung des Ueberschusses. 3. Verschiedenes. 184/1
Auf S. 22, Abs. 8 wird besonders aufmerksam gemacht.

Nähmaschinen-Reparatur
Verfäht f. Systeme. 43/29
Prinzip reell, bill. u. schnell. Empf. mich Freunden und Genossen. W. Maacke, N., Schwedterstr. 81. Kein Laden.

Achtung, Bildhauer!
Dienstag, den 29. Januar 1895, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schneider, Annenstr. 16:
Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. „Der Mittel-Europäische Kongress.“ Referent: Kollege Dupont. 2. Rechenschaftsbericht des Kassiers und der Kommission. 3. Bericht des Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 4. Neuwahl der Kommission und eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 5. Verschiedenes. 72/4
Zahlreichen Besuch erwartet Die Kommission.

Ethische Gesellschaft.
Zwei grosse Versammlungen
am Sonntag, den 27. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Vortrag des Herrn Walded Manasse über: Der Glaube und die Frauen. Ferner abends 6 Uhr bei Buske (fr. Seefeldt): Vortrag des Herrn A. Hoffmann über: „Die Bildungsstätte des Volkes.“ Nach dem geselligen Beisammensein und Tanz. — Gäste, Damen und Herren, haben Zutritt. 114/17

Verband der Möbelpolirer
Berlins und Umgegend.
Montag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, Waldemarstr. 75:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über den Umsturz auf wirtschaftlichem Gebiet. 2. Diskussion. 3. Bericht des Bevollmächtigten. 4. Verschiedenes. 201/7

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins.
Sonntag, den 27. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Albrecht, Memelerstraße Nr. 67:
Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Joel über: „Die Frau im Spiegel der Geschichte und Wissenschaft.“ 2. Diskussion. — Entree 10 Pf. 169/7
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.

Achtung! Achtung!
Dienstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, in Rieft's Festsälen, Weberstraße Nr. 17:

Oeffentl. Branereiarbeiter-Versammlung.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Um zahlreichen Erscheinen ersucht
91/18 Die Agitationskommission.

Adlershof u. Umgegend.
Montag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, in Wöllstein's Lustgarten

Große öffentl. Volks-Versammlung
für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Die Umsturzvorlage.“ Referent: Reichstags-Abgeordneter Rich. Fischer. 2. Diskussion. 258/13
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben
Der Vertrauensmann.

Max Pönitz, Reich- und Bairisch-Bier-Lokal,
97, Ritterstraße 97,
nahe der Brandenburgerstraße.

Pikante Weisse, exquisiten Lager-Bier, sowie kalte und warme Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit. Zahlstelle des Verbandes der Schlächter und der im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter. 1429/2

Volkskaffee- u. Speisehaus
Gr. Frankfurterstr. 73, an der Kaiserstraße.
Bill. Mittags- u. Abendessen. Größte Auswahl äußerst schmackhaft bereiteter Speisen: täglich 8—10 verschied. Gerichte von 10—30 Pf. Bier 4/10 10 Pf., 2/10 5 Pf. u. d. Brauerei Reichenkron.

„Märkischer Hof“, Admiralstr. 18c.
Jeden Sonntag im prachtvollen Spiegel-Saal: **Grosser Festball.** Anfang 4 Uhr. — Ende 2 Uhr. — Die große Ballmusik wird abwechselnd mit Horn- und Streichmusik ausgeführt. — Die beiden Spiegelsäle sind zu Festlichkeiten und Versammlungen zu vergeben. Die Restaurations-Männer stehen den geehrten Familien Sonntags zur Verfügung. Vereinszimmer. Der untere Saal ist am Valentinstag, der obere noch an mehreren Sonntagen an Vereine zu vergeben. 1431/8

Viktoria-Säle, Rixdorf,
(girt 1500 Personen fassend), Hermann-Strasse 45.

Jeden Sonntag von 4 Uhr ab: **Grosser Ball.**
Empfehle meine Säle und Vereinszimmer zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Ausfäht des Münchener Brauhauses und H. Weissbier.

Oswald Grauer's Restaurant
Oranienstrasse 121
(zw. Alte Jakob- u. Alexandrinenstr.)
Angenehmer Familien-Aufenthalt.
Vorzügliche Speisen und Getränke. Restaurationsräume mit französischem Billard. Regelmäßig. Zimmer für Vereine, Hochzeiten und Festlichkeiten von 30—120 Personen.

Louis Keller's Riesen-Festsäle.
Größtes Pracht-Etablissement der Residenz, Koppenstr. 29.
Sonntag, den 27. Januar 1895:
Grosses Konzert des Berliner Konzert-Orchesters
Direktion: G. Grass, und
Gr. humoristische Soirée der Leipziger Sänger.
Herren Stobbe, Achterberg, Marks, Erlart, Schich, Stenzel, Müller. Grobartiges Programm. — Sensations-Nummern.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Familien-Billets 20 Stück 3 M. Hierauf: **Gr. Ball** bis Nachts 2 Uhr. 2 starkbesetzte Orchester. NB. Von jetzt ab jeden Sonntag und Mittwoch: **Grosse Soirée der Leipziger Sänger.** Louis Keller.

Soziale Ueberlicht.

Aus dem Reichs-Versicherungsamte. Die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente bei den 31 Versicherungskassen und den 9 vorhandenen Kassen-einrichtungen betrug 304 840. Von diesen wurden 241 864 Rentenansprüche anerkannt und 60 972 zurückgewiesen, 5268 blieben unerledigt, während die übrigen 6786 Ansprüche auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den erhobenen Ansprüchen entfielen auf Schlesien 86 590, Ostpreußen 26 535, Brandenburg 22 908, Rheinprovinz 19 965, Sachsen-Anhalt 17 444, Hannover 17 067, Posen 15 433, Schleswig-Holstein 11 438, Westfalen 11 335, Westpreußen 11 181, Pommern 9900, Hessen-Nassau 6596, Berlin 5524. Auf die acht Versicherungskassen des Königreichs Bayern kommen 30 210 Rentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 16 782, auf Württemberg 6601, Baden 5679, Großherzogthum Hessen 4645, beide Mecklenburg 6285, die thüringischen Staaten 6484, Oldenburg 1090, Braunschweig 2119, Hansestädte 2243, Elsaß-Lothringen 8465 und auf die neun zugelassenen Kasseinrichtungen insgesamt 4511. Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Invalidenrente betrug bei den 31 Versicherungskassen und den 9 Kasseinrichtungen insgesamt 145 885. Von diesen wurden 101 603 Rentenansprüche anerkannt und 29 686 zurückgewiesen, 7389 blieben unerledigt, während die übrigen 6697 Ansprüche auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Ansprüchen entfielen auf Schlesien 20 271, Rheinprovinz 11 724, Ostpreußen 10 169, Brandenburg 8048, Hannover 7309, Sachsen-Anhalt 6659, Posen 5685, Westfalen 5492, Pommern 5171, Westpreußen 5056, Hessen-Nassau 3414, Berlin 2436 und Schleswig-Holstein 2418. Auf die 8 Versicherungskassen des Königreichs Bayern kommen 16 333 Ansprüche, auf das Königreich Sachsen 5605, auf Württemberg 3783, Baden 3267, Großherzogthum Hessen 1864, beide Mecklenburg 1600, die thüringischen Staaten 2710, Oldenburg 408, Braunschweig 1005, Hansestädte 1032, Elsaß-Lothringen 2677 und auf die 9 Kasseinrichtungen insgesamt 10 304. Unter den Personen, die in den Genuss der Invalidenrente traten, befanden sich 2178, die bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Schulhygiene. Der Magistrat von Wiesbaden hat im Einvernehmen mit den Stadtverordneten beschlossen, sämtliche Schulkinder auf ihren Gesundheitszustand hin ärztlich untersuchen zu lassen. Grund zu dieser Maßnahme giebt keineswegs etwa der schlechte Gesundheitszustand der Schüler bzw. Schülerinnen. Die Untersuchung soll vielmehr die Grundlage dafür bilden, ob nicht die Anstellung ständiger Schulküster sich empfehle.

Die Arbeiter-Entlassungen werden nachgerade zu einer stehenden Aulbril. Immer aus neuer werden Scharen von Arbeitern hinausgeschoben ins Elend der Arbeitslosigkeit. Daneben blühen Lohnreduktionen und Frierischnitten. So wird unsern Dortmund und Parteiorgan aus Steele gemeldet: Auf Beche „Johann-Deimelberg“ wurden 23 Arbeiter entlassen, auf „Joachim“ 9 Arbeiter. Den Arbeitern der Beche „Eiberg“ wurde eine mit dem 1. Februar in Gültigkeit tretende Lohnreduktion angekündigt. Ebenfalls mußte die Nachmittagschicht letzter Beche zum zweiten Male feiern, wie es heißt, wegen Reparatur-Vornahme.

Streikführer. Unter dieser Epithete finden wir im „Holzmarkt“, Organ der Holzhändler und sonstiger Holzinteressenten, folgenden charakteristischen Anruf, der einem gleichartigen ungarischen Unternehmungsorgan entnommen ist: „An sämtliche katholische Produzenten! Es mehren sich die Fälle, daß einzelne Partiführer oder Vorarbeiter der Edelmänner und Lauben-Arbeiter ihre Leute — zumeist ohne triftigen Grund — zum Streik aufreizen und hierdurch den ruhigen, anständigen Arbeitern Verluste, dem Arbeitgeber aber Verdrießlichkeiten verursachen. Es sind dies zumeist sogenannte Professions-Streikarrangeure, die das Handwerk im Auslande, meistens in Amerika erlernt haben und nun hier fortsetzen wollen. Es liegt also im Interesse eines jeden Produzenten, daß derartige Professions-Unterstützer von der Arbeit ausgeschlossen werden. Wir glauben, dieses Ziel dadurch zu erreichen, wenn wir die Namen solcher Streikführer von Fall zu Fall in unserm Blatte veröffentlichen und es auf diese Weise den Arbeitgebern ermöglichen, die Namen solcher Streik-Arrangeure in Einem zu halten und diese Elemente von den anständigen Arbeitern fern zu halten. Wir ersuchen hiermit alle Herren Produzenten, uns Vor- und Zunamen, und den Wohnort derartiger Arbeiter bekannt zu geben und werden wir dieselben in unserer nächsten Nummer veröffentlichen. Wir bemerken ausdrücklich, daß wir die bezüglichen Mittheilungen auch von Nichtabonnenten gerne

annehmen, da uns nur das Ziel vor Augen schwebt, dem Unfuge einzelner Streikführer ein Ende zu bereiten. — Das ist echt kapitalistisch und brutal, aber wenigstens offen und dem System der geheimen „Schwarzen Listen“ fast vor zu ziehen. Die Schauermer selbst von den „Professions-Streik-Arrangeuren, die das Handwerk meist in Amerika erlernt haben“ wirkt in ihrer dummen frechen Gemeinheit allein schon so gut, als daß wir ihr noch etwas beifügen sollten.

Der Zentral-Ausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands hat mit dem Beginn des laufenden Quartals der hier erscheinenden „Deutschen Handwerker-Zeitung“, einem sehr verbreiteten Innungsorgan, die „Erlaubniß“ entzogen, sich als Publikationsblatt der vorgenannten Körperschaft zu bezeichnen. In der Motivierung heißt es, daß nur ein solches Blatt auf diese hohe Ehre Anspruch machen dürfe, „... wenn die betreffende Zeitung in Bezug auf ihren Inhalt sich gänzlich unseren (des Ausschusses) Bestimmungen unterordnet“. — Was die hochwürdigen sechs Berliner Obermeister, die sich hier als die Herren ausspielen, zu ihrem Verhalten bestimmt, erzählt die „Handwerker-Zeitung“ — die das Ansehen mit Entzückung zurückweist — in einem Artikel, woraus ersichtlich ist, daß eine etwas vorurtheillose Auffassung der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit im Bädergewerbe den Herren vom Ausschusse gewaltig in die Krone gefahren ist, indem das Blatt die Ansicht vertritt, daß irgend eine Begrenzung der Arbeitszeit auch für das Bäder-Gewerbe selbst von Nutzen sei. „Es gehört“, sagt das die Interessen der Meister verachtende Organ zu seiner Rechtfertigung, doch wahrlich kein Vergrößerungsgeiz dazu, um die Zeichen der Zeit zu erkennen und zu vernutzen, auch der jegige — günstiger wird er auf absehbare Zeit für das Handwerk nicht — Reichthum könnte der Meinung sein, wenn alle Gewerbe mit einer höchstens zehnjährigen Arbeitszeit auskommen, so müßten sich die Bäder auf die eine oder andere Weise mit einer zehnjährigen einrichten können!“ — Auf die herausfordernde Anfrage des Obermeisters Bernard, des Führers der für unbedingte Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte schwärmenden Bädermeister, doch solche Bäderereien namhaft zu machen, wo 16-20stündige Arbeitszeit herrsche, antwortet die „Handwerker-Zeitung“ deutlich und derb wie folgt: „Herr Bernard ist als verständiger Herr bekannt, aber das Ansehen scheint er sich nicht überlegt zu haben. Sollte es wirklich so schwer sein, Bäderereien zu finden, wo 16 und mehr Stunden gearbeitet wird? Herr Obermeister Bernard, wären wir ein sozialdemokratisches Blatt, wir könnten Ihnen aufwarten, aber wir würden es ungebührlich finden, wenn eine Handwerker-Zeitung Handwerker denunzierte und deshalb lehren wir Ihre Ansinnen mit aller Entschiedenheit ab.“ — In eine sozialdemokratische Zeitung würde sich der wühlerische Obermeister mit einer solchen vorlauten Frage wahrlich nicht heranwagen. Zu der ersten Angelegenheit noch viele Worte zu machen, ist überflüssig. Als ein Zeichen, wie weit der Fanatismus und der vor nichts zurückweichende Egoismus der Vertreter des frommen, deutschen Handwerks geht, seien diese beiden Fälle der Öffentlichkeit übergeben.

Arbeitslosen-Versammlungen. In Götting fand am 23. d. M. eine Arbeitslosenversammlung statt, die von etwa 1000 Personen besucht war. Nach dem Referat des Parteigenossen Keller wurde eine Deputation von drei Mann gewählt, die beim Magistrat um Arbeit vorstellig werden soll. — In Breslau tagte am 24. d. M. abermals eine stark besuchte (über 1000 Personen) Versammlung der Arbeitslosen, unter denen Angehörige aller Berufe.

Jugendliche Arbeiter in Deutschland. Nach einer im 4. Heft des Jahrgangs 1894 der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs enthaltenen, auf Grund der Gewerbe-Inspektionsberichte für das Jahr 1893 angefertigten Uebersicht der jugendlichen Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen im Deutschen Reich wurden im Jahre 1893 in Fabriken und solchen gleichstehenden Anlagen, die den Gewerbe-Aufsichtsbeamten (Fabrikinspektoren) unterstellt sind, 219 671 jugendliche Arbeiter im Alter von unter 16 Jahren (gegen 220 174 im Jahre 1892) beschäftigt, und zwar im Alter von unter 14 Jahren 8730 Knaben (1892 7426) und 2181 Mädchen (1892 3813); im Alter von 14 bis 16 Jahren 140 095 Arbeiter (1892 139 519) und 73 263 Arbeiterinnen (1892 69 322). Die Fabrikarbeit von Kindern ist nach diesen Angaben seit 1892 wohl infolge der neueren gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern zurückgegangen. Von der Gesamtzahl der in Fabriken beschäftigten Kinder finden 26 pCt. in der Textilindustrie, 20,9 pCt. in der Industrie der Steine und Erden und 12,4 pCt. in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel Verwendung. Die Zahl der Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren hat seit dem Jahre 1892 um 2,5 pCt. zugenommen. Von diesen waren

27 pCt. in der Textilindustrie, 11,7 pCt. in der Industrie der Steine und Erden, 11,4 pCt. in der Metallindustrie beschäftigt. — Erwachsene Arbeiterinnen waren im Jahre 1893 in Fabriken beschäftigt 616 820. Davon hatten 249 208 oder 40,7 pCt. ein Alter von 16—21 Jahren, 367 411 oder 59,3 pCt. waren über 21 Jahre alt.

Das städtische Arbeitsamt in Stuttgart, welches am 1. April in Thätigkeit tritt, hat am letzten Donnerstag in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung seine aus acht Paragraphen bestehende Arbeitsordnung erhalten. Die Geschäftszeit ist mittags bis 1 Uhr ausgedehnt, um auch den in Arbeit stehenden Personen Gelegenheit zu mündlicher Auskunft zu geben. Die Vermittelung geschieht, wie schon berichtet, unentgeltlich. Ein Bescheid über die Geschäftsführung oder über die Beamten ist im Lokale aufgelegt. Die männliche und weibliche Abtheilung wird getrennt gehalten.

Arbeiterisiko. Die Unfälle in der Zuckerindustrie haben eine nicht unbedeutende Steigerung erfahren. Die Gesamtzahl der bei der Zucker-Vereinsgenossenschaft im Jahre 1894 gemeldeten Unfälle beträgt 2654 gegen 2270 im Vorjahre, die Gesamtzahl der Schadensfälle 584 gegen 455 im Vorjahre. — Im allgemeinen ist eine steigende Tendenz der Zahl der Unfälle zu beobachten. So betrug die Gesamtzahl der bei den im Jahre 1894 bestehenden 112 Vereinsgenossenschaften zur Anmeldung gelangten Unfälle 264 130 gegen 236 265 im Vorjahre.

Die höchsten Einkommen in Preußen. Nach den amtlichen Quellen haben ein jährliches Einkommen von über 200 000 M. im Steuerjahr 1894/95 453, 1893/94 488 Personen gehabt; die Zahl hat also im letzten Steuerjahr um 35 abgenommen. Bei 359 (im Vorjahre 390) Personen (gezählt sind hier nur die physischen Personen im Gegensatz zu den juristischen Personen, Aktiengesellschaften u. s. w.) betrug das Einkommen über 200 000 bis 500 000 M.; bei 69 (71) Personen über 500 000 bis eine Million Mark, bei 25 Personen hat das Einkommen im Jahre 1894/95 mehr als 1 Million betragen. Seit dem Vorjahre ist die Zahl dieser Einkommen-Millionäre um 2 zurückgegangen. 7 (im Vorjahre nur 4) von ihnen hatten ein Einkommen von über 2 Millionen, nämlich 1 Person im Regierungsbezirk Trier 2 000 000 bis 2 005 000 M. (im Vorjahre nur 1 940 000 bis 1 945 000 M.), 1 im Regierungsbezirk Breslau 2 120 000 bis 2 125 000 M. (im Vorjahre nur 1 915 000 bis 1 920 000 M.), 1 im Stadtkreis Rassel 2 295 000 bis 2 300 000 M. (im Vorjahre nur 1 925 000 bis 1 930 000 M.), 1 in Berlin 2 410 000 bis 2 415 000 M., im Vorjahre ebenso viel, 1 im Regierungsbezirk Oppeln (v. Ziele-Windler) 2 950 000 bis 2 955 000 M. (im Vorjahre war derselbe Person zu 4 120 000 bis 4 125 000 M., also um über 1 Million höher eingeschätzt), 1 in der Stadt Frankfurt a. M. (v. Rothschild) 3 840 000 bis 3 845 000 M. (ebenfalls viel im Vorjahre), und 1 im Regierungsbezirk Düsseldorf (Krupp in Essen) 6 585 000 bis 6 590 000 M. (im Vorjahre mit 7 190 000 M. bis 7 195 000 Mark eingeschätzt). — Wir enthalten uns für heute gegen weitere Kommentare, werden aber demnächst darauf zurückkommen.

Versammlungen.

Der Verband der in Buchbindereien, der Papeter- und Federgalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 21. d. M. ihre Generalfversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Sattler, erstattete den Quartals- und Jahresbericht. Die rastlose Thätigkeit der Vertrauenspersonen insbesondere hat abermals einen bedeutenden Fortschritt gebracht; die Zahl der männlichen Mitglieder stieg im 4. Quartal von 694 auf 816, die der weiblichen von 135 auf 288. Auch die Steuerkraft der Mitglieder hat sich gehoben; im ersten Quartal entfiel auf ein Mitglied eine durchschnittliche Einnahme von 2,87 M., gegen 3,89 M. im 4. Quartal. Im ganzen Jahr war die durchschnittliche Leistung 13,92 M. Vereinnahmt wurden (einkl. der Bibliothekskosten) insgesamt 9324,86 M. Die hauptsächlichsten Ausgabenposten waren die Unterhaltungen für Streikende mit 12 1/2 pCt. der Einnahme (sämmlich an Nicht-Vereinsgenossen) und an Arbeitslose, in Noth gerathene etc. mit 11 pCt. An die Zentralkasse wurden 5906,87 M. abgeführt; der Bestand der Lokalkasse stieg von 292,87 auf 730,85 M. Im letzten Quartal wurden wieder mehrfach Lohnaufbesserungen erzielt, im ganzen Vereinsjahr war aber wesentlich die Thätigkeit der Organisation mit Erfolg darauf gerichtet, die Unternehmern zur Innehaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu zwingen. Man möge weiter auf der betretenen Bahn schreiten, trotz der Anfeindungen, die nie ausbleiben. Die eigentlichen Organisationsgeschäfte im Jahre wurden in 24 Versammlungen und 53 Vorstandssitzungen erledigt. Den Kassenbericht per 4. Quartal gab Kollege Christian. Die Ein-

Sonntagsplauderei.

Karl Egon Frohme, wie bist Du doch beklagenswerth! Noch nicht hast Du Talleyrands Finesse begriffen, daß die Sprache dazu da sei, um unsere Gedanken zu verbergen. Noch immer hältst Du in zäher Verblendung an dem Spruche fest: Deine Rede sei ja, ja, oder nein, nein! Noch immer hat Dich ein Hüpfeden nicht belehrt, welcher Feinheiten unsere Muttersprache fähig ist, wenn sie im Verkehr mit Excellenzen angewandt wird. Da polterst Du heraus, geradezu wie irgend ein unwirker Michel: „Herr Minister, theuerster Herr Minister, Sie haben vorgestern ganz anders gesprochen als heute. Hier ist das Protokoll, ich habe es deutlich ausgezeichnet.“ Welche Polonius auf des Prinzen Hamlet Wunsch ein Wolkengebilde, jetzt ein Wiesel und rasch darauf ein Kameel nennen kannst, warum nimmst Du Dir nicht wenigstens ein Beispiel an Herrn Hüpfeden, dem Konservativen. Auch Herr Hüpfeden zeichnete in seinem Protokoll ganz ähnliches auf, wie Du. Aber mit staatsmännischen Sinnen erkannte er sofort, daß seine Excellenz, während sie im schneidigen Plauderton sich über Herrn Theodor Neuf ausließ, vom alten Temperament bezwungen, mehr aussprach, als ihr nachher lieb war. In solchen Fällen bringt man gern ein Opfer seines Intellektes und Herr Hüpfeden starrte in seine Niederschrift, schüttelte bedenklich sein Haupt, lächelte fein diplomatisch, verneigte sich dann demüthig vor Herrn von Köller und sagte: „Wunderlich, wunderbar. Wie doch die Sinne eines Menschen so leicht jeglicher Täuschung unterliegen. Da steht sie, meine thörichte Niederschrift! Hätte ich doch fest behaupten mögen, Eure Excellenz hätten gesprochen, wie ich es hier verfaßt habe. Allein, verlaßte sich wer auf seine eigenen Ohren! Sinnestäuschung, vielleicht eine böse Hallucination, eine Affäre! Jedenfalls vergeihen Excellenz, ich bin das Opfer eines Mißverständnisses.“

So spricht man, Karl Egon Frohme, wenn man die Ehre hat, mit hochwürdigen Herren zu verkehren. Das ist ein Leichtes, widerborstig dabei zu verharren: Ich bleibe bei dem, was ich absolut objektiv und wahrheitsgetreu niedergeschrieben habe. Viel schwerer ist es, als eigene Last sich aufzubürden, was in einem unvorsichtigen Augenblick ein heiterer jovialer Minister zuviel ausgeplaudert hat, und Herr Hüpfeden hat das Kreuz auf sich genommen. Er that's in dem Bewußtsein, wenn er dem Herrn Minister in dem müthiger Ergebntheit zugesandte, das Opfer eines Mißverständnisses zu sein, auch für sein Theil eine entsprechende That für Ordnung und Sitte gethan zu haben. Wozu der Welt offen bekennen, daß Menschen, die auf den Höhen der Gesellschaft wandeln, leider „im Staats-Interesse“ genöthigt sind, mit solchem Abhub sich einzulassen, wie Herr Theodor Neuf ihn darstellt? Wozu eingestehen, daß die großmüthigen Staatslenker zur Abwehr „des Umsturzes“ sich solcher Hintertreppen-Weisheit bedienen, wie sie ein Theodor Neuf gegen klingende Münze oder profitabile Nachrichten zu verzapfen hat? Wozu den braven Leuten, die in der Menge sich verlieren, den tröstlichen Glauben rauben, daß über ihnen gleichsam Wesen höherer Art wachen, die die Welt im großen übersehen und im großen Stil ihres Regierungsamtes walten und keiner Helfershelfer bedürfen vom Schlage eines Theodor Neuf, des Spitzel-Journalisten?

Armer Journalismus! Welche Mittstreiter muß er sich heutzutage überhaupt gefallen lassen! Er, den Vassalle einst des Volkes ruhigen Lehrers und rastlosen Mahner genannt hatte. Selbst Hanschen Blum hat sich ihm ergeben und meinte: er werde die Welt erschüttern, wenn er nur recht aufgeblasen thäte. Und es ging ihm, wie dem Frosch in der Fabel: Er blähte sich auf und blähte sich auf und dachte, er werde nun einem stattlichen Stiere gleich. Er blieb aber dennoch nur ein armseliges Fröschelein und quakte im Sumpfe. Wie gerade in diesem Manne die Verfolgungsmanie und Denunziationswuth gegen die Sozialdemokratie entstehen konnte, das ist eine psychologische Merkwürdig-

keit. So sehr schlägt es allen normalen, menschlichen Empfindungen ins Gesicht. Oft genug hat sich in der menschlichen Geschichte das uralte Thema von Vätern und Söhnen wiederholt. Neuen Idealen wurden die Söhne reif und sie wandten sich trotzig und unmutig von dem ab, wofür ihre Väter gestritten hatten. Oder sie fanden erfüllt, was ihre Väter vielleicht in anderen Formen erstrebt hatten; und sie wurden phlegmatisch und zufrieden, freuten sich des Ertrugens und spotteten der Alten, die da jammerten, weil nicht alle ihre „Blüthenräume reiften“. Aber was hat den Hans Blum in seinen Fanatismus hineingehebt? Wie konnte das natürliche Band, das Väter und Söhne umschlingt, so wider natürlich entzweit sein? Wenn Robert Blum, der Blutzuge von 1848, heute auferstehen könnte; wenn er sein Deutschland vor sich sähe, wie es heute dasthet: unbeliebt unter den Völkern, in Waffen starrend, bedroht von Reaktionsgelüsten, jeder individuelle freie Ausdruck in Gefahr, getriebelt zu werden; er würde erschauernd sein Haupt verhängen und ausrufen: Nicht das haben wir gewollt, das nicht. Nichts ist gereift von den Idealen, um deren willen Robert Blum einst den Tod erlitten. Und heute steht sein Sohn Hans an der Spitze der Vorreiter, die dem Volke dumpfen Druck und modrige Vergangenheit brachten. Ja, wie ein Don Quixote unabligen Schläges sprengt er, wie ein Tobender einher, und in jeder Windmühle meint er eine Burg der Sozialdemokratie erobert zu haben. Und doch war es das Proletariat, das das Andenken seines Vaters ehrte und hochhielt, als die Wurzeln, aus denen die Freiheit keimt, im Bürgerthum längst zu faulen begonnen hatten! Wie entsteht solches widersprüchsvolle Phänomen?

Es muß der Sohn gewiß nicht das geistige Ebenbild seines Vaters werden. Aber man sollte doch meinen, daß lebhafter als irgend Einer gerade Hans Blum einen Hauch von seines Vaters Geiste verspüren mußte. Den Tod des Märtyrers war Robert Blum gestorben. Sollte das Rindergemüth seines Sohnes Hans nie im Grimm gegen die Mörder des Vaters, die zugleich das „edle Wild

— **Nieger 5000.** Diese Verpflichtung liegt den Erben gemein-
haftlich ob.

Gründung 1867.
Freie Zusendung
aller Aufträge
im Betrage von 20 M. an.

Ferdinand Neumann

Berlin SW., Leipzigerstrasse 51, Ecke Dönhofsplatz.

Gründung 1867.
Freie Zusendung
der grossen
Illustrirten Preislisten.

Ausnahme-Preise, soweit der Vorrath reicht!

Herren-Glace-Handschuhe mit warmem Futter	1,25 M.
Damen-Glace-Handschuhe mit warmem Futter	1,45 M.
Reinwollene Trikot-Damen-Handschuhe schwarz, 4 Knopf lang, Josephinen-Schnitt	35 Pf.
Imit. Schwedisch-Herren-Leder-Handschuhe mit warmem Futter	45 Pf.

Velour-Damen-Röcke mit Plüsch und Blende	1,65 M.
Wollene Kopf-Shawls, schwarz, weiss, rosa, hellblau, cardinal	90 Pf.
Grosse Gingham-Wirthschaftsschürze mit Tasch	95 Pf.

Special-Geschäft

für
**Strümpfe, Strickgarne,
Tricotagen u. Handschuhe.**

Schwarze, wollene platt-gestrickte Damen- strümpfe mit elastischem Rande	50 Pf.
Schwarze, wollene gewebte Damenstrümpfe mit verstärkten Sohlen, Fersen u. Spitzen, engl. lang	75 Pf.
Diamantschw. baumw. gewebte Damenstrümpfe m. verstärk. Sohlen, Fersen u. Spitzen, engl. lang	35 Pf.
Diamantschw. baumw. gewebte Damenstrümpfe mit warmem Futter, englisch lang	45 Pf.
Reinwollene Normal-Socken für Herren	50 Pf.
Englische Vigogne-Schweiss-Socken nicht einlaufend	50 Pf.
Englische Vigogne-Schweiss-Socken mit verstärkten Sohlen, Fersen und Spitzen. Nicht einlaufend.	60 Pf.

Resten von Congress-Stoffen und Tischläufern zu herabgesetzten Preisen.

Reinseidene und halbseidene Handschuhe und Damenstrümpfe in allen Ballfarben.

947M

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Filiale Norden.

Dienstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Reichert, Müllerstrasse 7:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Fräulein Ottilie Baader über: Industrielle Frauenarbeit
und ihre Wirkungen. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Verbandsangelegen-
heiten und Verschiedenes.

Sämmtliche Metallarbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.

179/10

Die Verwaltung.

Fachverein der Tapezirer Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 29. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant
Freigang, Schützenstr. 18-19:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Timm über: Klassenkämpfe im Mittel-
alter. 2. Diskussion. 3. Vierteljahrs-Abrechnung. 4. Vereinsangelegen-
heiten. — Gäste willkommen.

232/9

Der Vorstand.

Lederarbeiter.

Fachverein der in der Lederwaren-Industrie besch. Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Grosse Versammlung

am Montag, den 28. Januar 1895, abends 8 1/2 Uhr,
in Hoffmann's Festsaal, Oranienstr. 180.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten. (Gewerk-
schaftskommission.) 3. Verschiedenes.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich jetzt beim Kollegen
Max Bad, Oranienstr. 16.

Der Vorstand.

Achtung! Dachdecker u. Berufsgenossen. Achtung!

Grosse öffentliche Versammlung

jämmtlicher arbeitslosen Dachdecker und Berufsgenossen

Berlins und Umgegend

am Montag, den 28. Januar, vormittags 10 Uhr, in den Armin-
hallen, Kommandantenstrasse Nr. 20.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Paul Jahn über: Wie
steuern wir am wirksamsten den Schäden und der Arbeitslosigkeit in unserem
Gewerbe? 2. Diskussion.

Hierzu sind jämmtliche arbeitslosen Bauarbeiter ebenfalls freundlichst
eingeladen. Zellerfassung findet nicht statt.

Die Kommission. J. M.: W. Rackwitz, Wollinerstr. 7.

Roh-Tabak

Gustav Radich,
Berlin C,
Spandauer Brücke No. 6.

Berliner Naturheil-Anstalt

S. Sebastian-Strasse No. 27/28.

Krankenkompensation; beste Erfolge bei akuten und chronischen Krank-
heiten; Sonderabtheilung für Geschlechtskrankheiten; Station für Wöchnerinnen;
fünf Aerzte und eine Aerstin thätig; sorgfältigste Pflege. Kuren ohne Unter-
brechung des Berufs (Tageskuren und Nachkuren).

In der Bade-Anstalt Dampfbäder, Massage, Packungen, Knopp'sche
Glasse, Wicel, Dämpfe unter sorgfältigster ärztlicher Aufsicht.

Näheres die Prospekte.

Friedrichsberg und Umgegend!

Montag, 28. Januar 1895, abends 8 1/2 Uhr,
in Schneider's Gesellschafts-Haus, Proskauerstr. 88:

Grosse öffentliche

Gewerkschafts-Versammlung aller Branchen

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Kühn-Sangendiehl über: „Warum
müssen wir uns organisieren?“

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichem Besuch bittet

Der Vertrauensmann.

Künstl. Zähne schmerzlos eingeseht, festigend. Reparaturen sofort. Weniger
Bemittelte Ermäßigung. Kreslawski, Spittelmarkt 13.

Roh-Tabak Friedrich Krause,

Berlin C., Poststrasse 27. [1487b]

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur.
sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 6-7 Uhr. [2145b]

Charlottenburg, Goethestr. 68.

Empfehle den Genossen schöne Woh-
nungen f. 72 Thlr. 2041b

Schöneberg, GutsMuths-Str. 1.

Schöne Wohnungen, 2 Stub., Balkon,
reichl. Zubehör, Badeabtheilung.

Erdarbeiten zur Defäkation, sofortig.
Zuziehen gestattet.

Wohnungen in 2 Stub., Küche, 229

Preussener Allee 229

E. Genosse findet Schlafstelle, 7 M.
monatl., Invalidenstr. 163, 3 Tr. I.

5 Min. vom Charlottenb. Bahnhof,
Leibnizstr. 62/63, Hofwohn. 2 Stuben,
Küche, Korridor; 1 Stube, Küche u.
spottbillig zu vermieten. 2343b

Wolgasterstr. 34.

Grosse u. kleine Wohnungen, 2 u. 1 Stube,
Küche, per sofort u. später. 2030b

Wohnungen.

hell und gesund: 1 Stube mit Koch-
ofen 7 M.; 1 Stube u. Küche 12 bis
18 M.; 2 Stuben u. Küche 20-24 M.;
3 Stuben und Küche 25-27 M.

Dennigsdorferstr. 26.

Billige Wohnungen

mit Wasserleitung u. Hofet. 1 u. 2 St.
u. Zubeh. von 46-72 Thlr. zu verm.

Rixdorf, Prinz Handjery-
strasse 50.

46/19

Kleine Wohnungen billig z. vermieten

Pankow, Kaiser Friedrichstr. 15 b. Subig

Wohnungen, kleine freundl., sof. od.
später. Oranienstr. 25. 2244b

Wohnungen u. Werkstätten bill. z. verm.

Swinemünderstrasse 73 find.

Sickingerstr. 9 (Moabit), neb.

Spar- u. Bauverein, Bahnh. Weissen-
strasse, sof. od. p. April z. verm. Stube
u. Küche, 177-195 M., größere Woh-
nungen gleichfalls billig. 2304b

Möbl. Schlafst. f. 2 u. 3 verm. bei

Voigt, Schindlerstr. 8, f. 1 u. 2 Tr. 2253b

Schlafst. bei Wm. Maier, Naunyn-
strasse 84, v. 3 Tr. 3559b

Schlafst., sep. Eing., b. Meischer,
Adalbertstr. 98 v. 1 Tr. 2414b

Fröbl. Schlafst., sep. Eing., bei Rei-
mann, Dresdenstr. 85, v. 4 Tr. 2375b

2 anst. Herren find. bef. Schlafst.
bei Frau Dünneberg, v. 4 Tr. 2416b

Singermaische Dampferplatz 1, vorn

4 Tr., Schieber. 3510b

Schlafstelle für 2 Herren bei Wolff,
Naunynstr. 52, 4 Tr. r. 2369b

Schlafst. b. Schüler, Höchstr. 88, 3 Tr.

M. Zimmer, 15 M., f. 1 auch 2 Hrn.
Neue Jakobstr. 18, Quergeb. 1 Tr., Fr.
Böhme. 2575b

Schlafst. f. Herren Gitschingerstr. 66,
Quergeb., part., Frau Wernke. 2374b

Balkonzimmer, sep. Eing., als Schlaf-
stelle für Herren, 7 M. Manteuffel-
strasse 69, 3 Tr., Schumann. 2376b

Fröbl. Schlafst. f. Hrn. zu verm. bei

Weigelt, Manteuffelstr. 27, Seitenflügel

4 Tr. Preis 5 M. 2377b

Schlafst., sep. f. 1 od. 2 Hrn., bei

Häutner, Engelstr. 20, Quergeb. 3 Tr.

Saub. möbl. Schlafst., sep. Eing., für

Genossen, Adalbertstr. 88, vorn 4 Tr.,
bei Brandt. 2375b

Genosse findet fröbl. Schlafstelle bei

Stegmann, Naunynstr. 54, 4 Tr. I.

E. möbl. Schlafst. für 1 od. 2 Hrn.

bei H. König, Waldemarstr. 16, v. IV r.

Möbl. Schlafst. f. 2 Hrn., auf Wunsch

Wittgenstr. 144, III r.

Einfach möbl. Zimmer für Herrn

Mariannenstr. 8, 1 Tr. r., am Mari-
annen-Part. 3506b

Saubere Schlafst., sep. Eing., Kott- buscherstr. 2, f. 1 u. 2 Tr. b. Pawl.

Schlafstelle bei W. Meyer, Rüders-
dorferstr. 17, 4 Tr. 2363b

Möbl. Schlafst. f. 2 Hrn., sep.

Friedrichstr. 224, f. 3 Tr., b. Schulz.

Fröbl. Schlafst. zu verm. Naunyn-
strasse 90, v. 4 Tr., b. Wm. Meyer.

Möbl. Schlafst. Reichenbergerstr. 31,
v. 3 Tr., b. Pape. 2338b

Melchiorstr. 5 Stube, Kammer, Küche

235 M., Stube u. Küche 240 M., Stall,
Remise, auch Kellerei z. verm. 2344b

Fröbl. Schlafst., sep. E., Färberstr. 17,
f. 3 Tr. bei Tschernig. 2410b

2 möbl. Schlafst. bei W. Gsch.

Adalbertstr. 84. 2409b

Sumatra, hochfeine Marken, ist ein

kleiner Posten bill. abzugeben. Möckern-
strasse 85.

Möbl. Schlafst. f. Herrn, Adalbert-
strasse 10, v. 3 Tr. b. Adam. 2336b

Möbl. Schlafstelle bei Fr. Erb s.,
Stallschreiberstr. 25, v. 3 Tr. 2357b

Fröbl. möbl. Schlafstelle, Reichenberger-
strasse 63a, Wm. Schröder. 2385b

Schlafstelle für Herrn, Alexandrinen-
strasse 7, Hof 2 Tr. b. Redeg. 2384b

Möbl. Schlafst., Herrn, separat, Plan-
ufer 91, v. III. b. Zopp (Admiral). 2357b

Möbl. Schlafst., Hagenstr. 13 II,
Wm. Petrosch. 2382b

Fröbl. Schlafst., sep. Eing., f. 1 od. 2 H.
b. Wm. Ried, Manteuffelstr. 69, v. 4 Tr.

Genosse findet fröbl. Schlafstelle bei

Milenz, Straußbergerstr. 5. 2408b

Sep. möbl. Zimmer od. Schlafst. f.

Herrn od. Damen, Dresdenstr. 134,
v. 4 Tr., Sterra.

Fröbl. Schlafstelle z. verm., Naunyn-
strasse 77, v. 3 Tr. b. Stod. 2356b

Fröbl. Schlafst. f. 1 od. 2 H., Bräuer-
strasse 1, v. 4 Tr., Matyschewicz. 2361b

Schlafst. f. Herrn, Adalbertstr. 8, v. 3 Tr. r

Fröbl. möbl. Schlafst. f. Herrn, sep.

Eing., Reichenbergerstr. 47, Seitenflügel

1 Tr., Wm. Althle. 2359b

Möbl. Schlafst., sep. E., Adalbert-
strasse 3, v. 2 Tr. 2350b

E. II. möbl. Zimmer od. Schlafstelle

ist z. verm., Naunynstr. 64, f. pt. I.

Fröbl. Schlafstelle (6 M.) zu verm. b.

Trümpler, Mariannenplatz 5, f. r. 2 Tr.

Möbl. Zimmer z. vermieten, Grunth.

Findenstr. 18. 2351b

Suche z. 1. Februar e. leere einsehr.

Stube als Wintermischer. Zu erfragen:

Schlesischestr. 44, im Lokal. 2355b

Möbl. Schlafst. f. Hrn. Schmidtstr. 8

bei Wittwe Vade. 2357b

Fröbl. Schlafst. für Herrn Naunyn-
strasse 52, 2 Tr., Paul. 2369b

Möbl. Schlafst. i. a. 1 Gen. sof. od. spät.

zu verm. Oranienstr. 8, v. 2 Tr. rechts.

Fröbl. Schlafst. 2 H. b. Adler, Dresden-
strasse 97, 3 Tr. 2371b

Fröbl. möbl. Schlafst. Reichenberger-
strasse 109, 3 Tr. r. 2367b

Eine Schlafst. zu verm. bei Krüger,
Boedischtr. 50, Quergeb. 2 Tr. 2408b

Schlafstelle, bessere, für 2 anst. Herrn,
Manteuffelstr. 44, 1 Tr. r. 2372b

Möbl. Schlafst. f. 8 M. b. Wenz,
Friedrichstr. 39, Quergeb. 2 Tr. 2364b

Achtung, Filzschuharbeiter!

Am Montag, den 28. Januar,
abends 8 Uhr,

findet eine Vereinsversammlung der

Filzschuharbeiter und Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend bei G. S. S. S.

(fr. Seefeld), Grenadierstr. 88, statt.

Tagesordnung:

1. Die Arbeitslosigkeit und deren Folgen

in unserem Gewerbe.

2. Vereinsangelegenheit.

125/12 Der Vorstand.

Mützenwerfstat

mit guter Einrichtung ist zu verkaufen;

gleichzeitig kann Arbeit und Wohnung

mit übernommen werden. Zu erfragen

i. Schanitzstr. 13, Prenzlauer Allee 6. [2404b]

Prinzenstr. 13, 1 Treppe, eine

Sadire-Werkstatt sof. zu vermieten.

Billige kleine Wohnungen:

Suberstr. Nr. 40, 1 Stube und Küche

mit u. ohne Korridor z. sofort od. später.

Möbl. Schlafst. Jennstr. 47, Quergeb.

2 Tr., sep. für 6 M. verm. Salomon.

Schlafstelle noch vorn für Herrn, 7 M.,

Wallstr. 31, 3 Tr., Pfeiffer. 2411b

Genosse find. fröbl. möbl. Schlafst.,

Eing. sep., Manteuffelstr. 90, 2 Tr. I. bei

Schulze. 2346b

Kanarienhöhne, Std. 3 M., sind zu ver-

kaufen bei Herda, Hindowerstr. 25, 4 Tr.

Kanarienhöhne, 4 u. 5 M., Wsch. 1 M.

b. Krause, Diegnitzerstr. 30, 4 Tr. [2401b]

Achtung!

Ein Zimmer für Vereine ist zu ver-

geben Brunnenstr. 32 im Lokal. [2396b]

Achtung!

Jahres- und auch Theiljahr, wöchentl.

1 Mart. Gudel, Panthier Platz 2,

Elbstrasse 12.

Frauenleiden

heilt mit grossem Erfolge

ohne Medizin und Operation

Minna Kube,

prakt. Naturheilkundige, 1544L.

Inhaberin

der Naturheil-Anstalt Charlottenburg,

Berliner-Strasse 125.

Sprechstunden 8-5 1/2, Sonntags 8-9.

Schlittschuhe, 20 Pf. an, Kottbuscherstr. 31.

Meiner geschätzten Kundschaft zur Nachricht, daß ich mein Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft
Anfang Februar nach **26, Bad-Strasse 26,** Ecke Prinzen-Allee, verlege.
J. BAER, Badstraße 18, Ecke der Stettinerstraße.

Jordan's Bahn-Atelier, Müllerstr. 175, I.
18948* Künstliche Zähne zu Klinik-Preisen. Eingang Fernstraße.

Brauerei F. W. Hoffmann, Werder a. H.
gegr. 1826. **Werdersches Gesundheitsbier** gegr. 1826.

sowie Potsdamer Stangenbier und nach Pilsener und Münchener Art, überall franko Haus von 1/8 Gebinden an.
Bestellungen: Berlin SW., Mödternstr. 96 und an meinen Vertreter **A. Lewin, Berlin SW., Yorkstraße 70.**

Rohtabak Ernst Förster,
Berlin NO., Kaiserstr. 30.

Rum

anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—.
Jagber-Likör, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorgüg., Literflasche à 1,30.
Ungarwein, med. süß, 1/2 Ausbruch à Literflasche M. 2,10. 3233M*
Eugen Neumann & Co., Belle-Allianceplatz 6a, Neue Friedrichstr. 81,
Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Damenschneiderei u. Schnittmusterzeichnen
(10 M.) lehrt Frau E. Hoffmann, Guroystr. 48. Auch Abend- u. Sonntagskurse.

Mit etwa für 2 Pfennige Brennmaterial während 24 Stunden, also Tag und Nacht eine warme Küche, läßt sich nur erreichen durch den

Spar-Heizapparat „Rapid“
D. R.-Patent Nr. 77319.

Da bei Anwendung von etwas mehr Brennmaterial mit dem „Rapid“ in einer Minute die grösste Hitze, die mit einem Ofen irgend welcher Konstruktion erreicht werden kann, erzielt wird, so ist man selbst bei besonders strenger Kälte stets im Stande, eine Küche mit angrenzender Stube im Nu beliebig zu erwärmen.

Man erhält den Apparat in den meisten Eisenwaren- und Küchengeräth-Handlungen; um jedoch nicht Apparate mit geringerer Leistungsfähigkeit zu erhalten, verlange man ausdrücklich den Heizapparat mit der Roste im Innern und mit der Patent-Nummer 77319 auf dem Messingschild, nur diese allein sind die echten!

Der geringe Preis — 4 Mark das Stück — macht sich durch die enorme Brennmaterial-Ersparnis schon in kurzer Zeit bezahlt.

Zur probeweisen Benutzung — gegen bereitwillige Rückerstattung des Kaufpreises bei Rückgabe — werden Spar-Heizapparate „Rapid“ in nachbenannten Handlungen verabfolgt:

In Berlin N.: O. Gundelach, Schönhauser Allee 61. J. Briggelsky Danzigerstr. 85. NW: Rob. Heinze, Waldstr. 8. E. Vogtherr, Stephanstr. 27a SW: Wilh. Happe, Joffenerstr. 36. Hermann Kurtz, Belle-Alliancestr. 18 SO: Alb. Kneibse, Stalhoferstraße 46b. Albert Zander, Dresdenstraße 126 O: C. Schröder, Große Frankfurterstraße 109. Gustav Krause, Frankfurter Allee 171a. NO: Fritz Menigke, Neue Königstr. 74.

In Weissensee: Ad. Heldemann, Königshaussee 59.
In Rummelsburg: Georg Reiser, Schillerstr. 35.
In Rixdorf und Treptow: Rob. Städt, Hermannplatz 5, bezw. Baumischulenbergweg.

Concurs-Massen-Ausverkauf.
Die Waaren d. Siegf. Grossmann'schen Concursmasse
Rosenthalerstr. 34/35
in Herren- u. Knaben-Garderoben werden zu festen Barpreisen ausverkauft. 49/38

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99 und Rosenthalerstr. 63/64
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 1102L*
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Roh-Tabak J. Fränkel,
Berlin C., Klosterstrasse No. 72.

Friseurin empfiehlt sich in und außer dem Hause
Wanteuffel-Str. 110a S. L. P. Zorberg

Masken-Garderobe
für Herren und Damen
C. Ernst, SO., Köpckeplatz 126, I.
Vereine Preisermäßigung.

Cigaretten
en gros liefert am billigsten Fabrik
S. Rochmann, Georgenkirchstr. 55.
Milchfäbel, Kannen, Satten, Maße, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drehrollen.
Jordan, N. Markusstr. 28.

Brauhaus Hohen-Schönhausen.
Berlin NO., Hohen-Schönhausen. Telephon Amt VII Nr. 1642.

Wir empfehlen hiermit unser aus bestem Malz und Hopfen hergestelltes
Lagerbier

in amtlich geachteten Gebinden und bitten wir briefliche oder telephonische Bestellungen direkt nach Hohen-Schönhausen richten zu wollen. Prompteste Effectuierung aller uns zugehenden Aufträge zusichernd, empfehlen wir uns

Hochachtungsvoll
Brauhaus Hohen-Schönhausen,
Kommandit-Gesellschaft,
F. Puffbaum.

Bad mit Dampf
Specialität Kastenbäder - Verg. Massage
Bad Frankfurt a. M. 136 G. Frankfurterstr. 136
Bad mit Dampf
Specialität Heissluft- und Kastenbäder - Verg. Massage
Volkmar Weizer's Ritterbad
18 Ritterstrasse 18

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, S. vt., gegenüb. Andreasvl.
2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtshain.
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-
statist. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß
ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Bad- u. Bade-Anstalt und Massage
von **H. Mania, Brunnenstr. 16.**
Dampf- und Heissluft-Kastenbäder, Wannen- und medizinische Bäder.
Fuß-, Arm- und einzelne Glieder-Bäder
ohne den ganzen Körper zu strapazieren. Dieferant und Massent sämtlicher
Orts-Krankenkassen und freien Hilfskassen. 54482*
Diensttag und Freitag von 1 Uhr ab nur für Damen.
Die Filiale nur für Massage ist Thurmstraße 46, 4 bis 5 1/2 Uhr.

Bestes Putzmittel der Welt!

UNIVERSAL-METALL-PUTZ-POMADE
ADALBERT VOGT & CO.
BERLIN
FRIEDRICHSBERG.
Diese Universal-Metall-Putz-Pomade ist von uns zuerst im Jahre 1876 zur Einführung gebracht und das Fabrik-
zeichen „Helm“ durch gesetzliche Ein-
tragung zur Schutzmarke gekennzeichnet
worden. Wir stellen dieses Erzeugnis
in den anerkannt hervorragenden und
unübertroffenen Eigenschaften jetzt so-
wohl in rother wie in weisser Farbe
her. Proben und Preisangabe frei
und un berechnet.

Roh-Tabak
(sehr preisw. Sumatra's)
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45.

Altste
Wassengarderobe
der Bonifantstr.
Oranienstr. 49, I.
2. Gesch.:
Weidenweg 22.
Kostume von 1 M. an.
Vereine Preisermäßigung.
Unfalljahren, Klagen, Eingaben,
Putzer, Steglitzerstr. 65

Brauerei Pichelsdorf

Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.
empfehlen ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 13438*

Lagerbier, hell,
Exportbier, dunkel,
Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Höflichste Preise. Niederlage: Berlin, Königin-Angustastrasse 1,
am Hafenplatz, Ringbahnbogen 1-3. Prompteste Bedienung.

Münchener Brauhaus Actien-Gesellsch.

Wir beginnen Sonnabend, den 2. Februar cr., mit dem Ausstoß unseres diesjährigen

BOCK-Bieres

und halten dasselbe den Herren Restaurateuren bestens empfohlen.

Bier in Flaschen führen wir nicht, geben solches auch in Gebinden an Private nicht ab.
Berlin, im Januar 1895. Telephon-Amt III, 8035.
Johannisstr. 18/19.

Die Direction.